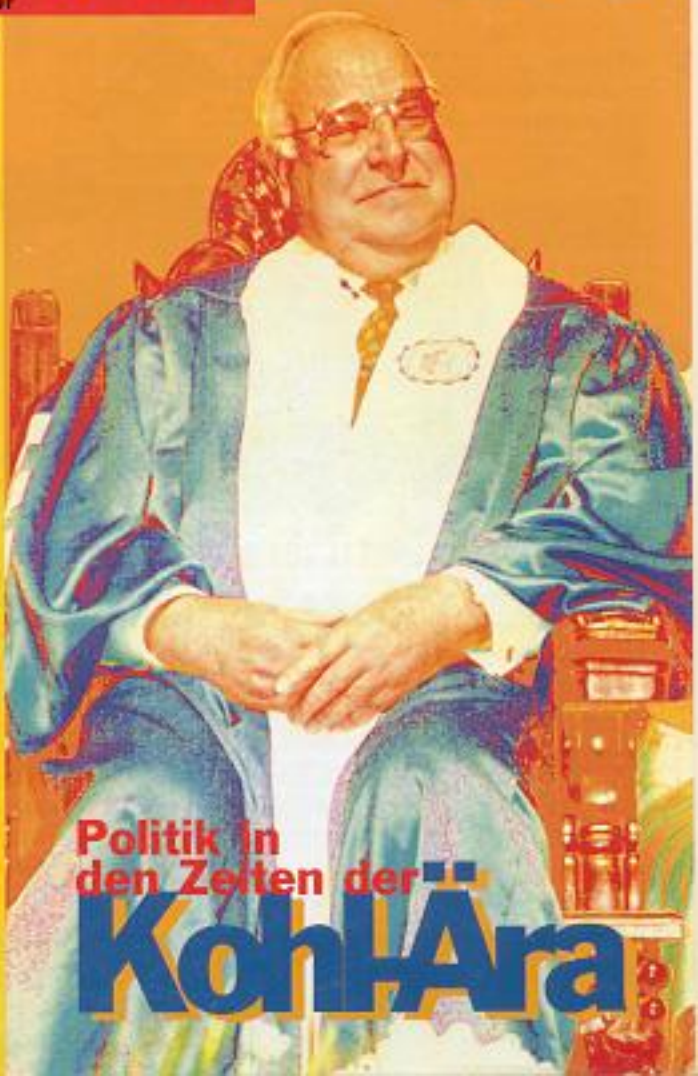
Heft 12 Dezember 1996 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Sekten im Bundestag
- Mommsen: PR-Historiker für VW
- Idiotie im O-Ton: Bürgerrechtler in Paris
- Seifenoper: Die Grünen vor Damaskus
- Seeßlen: Der Krieg in deutschen Medien
- Napoleon Diederichsen



Politik in den Zeiten der KohlÄra

in konkret Dezember 1996

hier konkret von Eckhard Henscheid

Mit der von ihm initiierten »Frankfurter Erklärung« gegen die Rechtschreibreform, unter die zahlreiche renommierte Autoren ihre Unterschrift setzten, erregte der Deutschlehrer Friedrich Denk nationales Aufsehen. KONKRET befragte Eckhard Henscheid nach seinem Engagement in der Sache

von konkret

an konkret

Der Weltgeist, der Kohl heißt von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Mutter Teresa trifft Alfred Rosenberg von Peter Kratz

Die Sekten-Enquetekommission des Deutschen Bundestages ist fest in der Hand rechter Sekten. Ihre Arbeit zielt auf die Linke

Mommsens warme Dusche von Otto Köhler

Erst seine Goldhagen-Beschimpfung, nun ein Persilschein für die Führung des VW-Konzerns während der Nazi-Zeit: Hat der renommierte Historiker Hans Mommsen tatsächlich noch einen Ruf zu verlieren?

Termine

»Deutsches Finale« von Oliver Tolmein

Birgit Hogefelds Verurteilung und Christoph Seidlers Comeback: zwei Spielarten der Staatssicherheitspolitik

Wenn jemand eine Reise tut ...Grüne Seifenoper von Heiner Möller

Unter der kundigen Anleitung Joschka Fischers hat sich die bündnisgrüne Führungsriege im kriegszerstörten Bosnien umgetan und die Erkenntnis mit nach Bonn gebracht, daß die Deutschen das alles hätten verhindern können

Wenn jemand eine Reise tut ...Ent- oder Weder von Georg Fülberth

Unter der kundigen Anleitung Joschka Fischers hat sich die bündnisgrüne Führungsriege im kriegszerstörten Bosnien umgetan und die Erkenntnis mit nach Bonn gebracht, daß die Deutschen das alles hätten verhindern können

Freies Betteln freier Bürger von Oliver Tolmein

Der Hamburger Bürgermeister Voscherau will eine wirtliche Stadt regieren. Deshalb sollen Obdachlose und Bettler aus den Einkaufszentren der Stadt verschwinden

Zu Protokoll

Von der Bastille über die Postille zur Destille: Als »politisches Highlight« des Staatsbesuches von Bundespräsident Roman Herzog in Frankreich firmierte ein Kolloqium mit deutschen Bürgerrechtlern und französischen Politologen zum Thema »Bastille 1789 – Berlin 1989«, das am 17. Oktober im Pariser Goethe-Institut stattfand. KONKRET dokumentiert Auszüge aus den Diskussionsbeiträgen der deutschen Teilnehmerkorona (Roman Herzog, Bärbel Bohley, Friedrich Schorlemmer, Joachim Gauck, Marianne Birthler, Jürgen Fuchs)

Angriff auf das Volkseigentum von Christian Eggers

Ende des Reformismus in Nicaragua: Nach den Präsidentschaftswahlen schreiten die siegreichen Rechten zur Rückgabe des 1979 enteigneten Besitzes

»Mensch bleiben!« von Joachim Rohloff
Die »FAZ« beschwört den »lebendigen Staatsglauben«, in einer westfälischen Kleinstadt macht sich Lynchstimmung breit, und »Emma« empfiehlt doppelseitig geschärfte »Abstechmesser«: Der Fall des mutmaßlichen Kindermörders Dutroux weckt auch hierzulande allerlei Gewaltphantasien

Das Erbe der SPÖ von Erwin Riess
Nach den Wahlen in Österreich: Vom realen zum nationalen Sozialismus

Der Kandidat des Mobs von Werner Pirker
Warum ist Alexander Lebed weg vom Fenster? Und warum ist er immer noch da?

In diesem SinneWie wirtschaften? von Holm Friebe

In diesem SinneDas Weltgericht von Werner Pirker

In diesem SinneZwei Männer, vier Wahrheiten von Wolf-Dieter Vogel

Kunst & Gewerbe von Joachim Rohloff, Michael Rudolf, Marius Babias, Gabriele Werner, Kay Sokolowsky

Zu den Akten von Rayk Wieland

Kriegserklärung von Georg Seeßlen
Die aktuelle Berichterstattung aus den Kriegsgebieten ist eine gefährliche Melange aus Militarismus und Mythologie – das zeigt eine Passage durch verschiedene deutsche Zeitungstexte

Napoleon Diederichsen von Stefan Ripplinger
Die Poplinke entdeckt die Political Correctness und will sie gegen den kapitalistischen Sachzwang richten

Buch & Deckel von Oliver Schmitt
Wolfgang Herles: Eine blendende Gesellschaft. Karl Blessing Verlag, München 1996, 285 Seiten, 38 Mark

Buch & Deckel von Rayk Wieland
Claus Tieber: Die Letzten von gestern. Die Rechten und die Kunst. Picus Verlag, Wien 1996, 220 Seiten, 34 Mark

Buch & Deckel von Holm Friebe
Ulrich Holbein: Sprachlupe. Eichborn Verlag, Frankfurt a.M. 1996, 296 Seiten, 44 Mark

Buch & Deckel von Martin Krauß
Johannes Agnoli: Subversive Theorie. »Die Sache selbst« und ihre Geschichte. Eine Berliner Vorlesung. Freiburg 1996, ca ira-Verlag 1996, 229 Seiten, 30 Mark

Der Konsalik-Schwindel von Otto Köhler
Vier Millionen Mark Fördermittel für die Verfilmung von vier Konsalik-Romanen? Was aber, wenn die Drehbücher mit ihren Vorlagen rein gar nichts zu tun haben?

Kunst, die siegen hilft von Werner Fleischer
Eine Berliner Ausstellung erinnert an den Kampf des deutschen Kaiserreichs gegen den Einfluß der zumeist ausländischen Moderne auf die »deutsche Kunst«. Ein Bestreben, das zur Zeit in der Forderung nach Quoten für deutsche Lieder- und Filmemacher seine Fortsetzung findet

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Melodie & Rhythmus von Harald Peters
Chuck D: Autobiography of Mistachuck; Mercury

Melodie & Rhythmus von Harald Peters
Billy Bragg: William Bloke; Cooking Vinyl/Indigo

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf
Böhse Onkelz: E.I.N.S.; Virgin

Melodie & Rhythmus von Jens Hoffmann
Hüsch, Degenhardt, Neuss, Süverkrüp: Quartett ‘67; Conträr Musik/Indigo

Schindlers Liste und die Folgen von Gabi Hinderberger
Im Frankfurter Ökohaus trafen sich vom 1.-3. September mehr als hundert Menschen aus der BRD, der Schweiz und Österreich – zum Training der Interview-Technik für Steven Spielbergs Shoah-Foundation

Film & Theater von René Martens
Otaku

Film & Theater von Kay Sokolowsky
Basquiat

Film & Theater von Jens Hoffmann
Tykho Moon

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt
Die 120 Tage von Bottrop

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 12/96, S. 3

Eckhard Henscheid

hier konkret

Mit der von ihm initiierten »Frankfurter Erklärung« gegen die Rechtschreibreform, unter die zahlreiche renommierte Autoren ihre Unterschrift setzten, erregte der Deutschlehrer Friedrich Denk nationales Aufsehen. KONKRET befragte Eckhard Henscheid nach seinem Engagement in der Sache

Eckhard Henscheid, Sie sind bekannt als Gegner der »losen Hand« und des zweifelhaften Engagements von Bekanntheiten, sich mit Unterschriften unter Unterschriftslisten ihrer Wichtigkeit und Autorität zu versichern. Was bewog Sie, die »Frankfurter Erklärung zur Rechtschreibreform« zu unterzeichnen?

Die – übrigens nur mündliche – Unterschriftsleistung geschah in der Hektik des zweiten Buchmessentags, die Folgen waren da noch nicht im mindesten abzusehen – erst aus der Zeitung erfuhr ich die nächsten Tage, daß ich als Avantgarde einer Revolution voranreite. Bei den meisten anderen Unterschriftsleistern wird es ähnlich gegangen sein. Wahrscheinlich ist das die Hegelsche List der Vernunft: Der Weltgeist bedient sich unserer als seine Geschäftsführer. Aber: Zum inhaltlichen Kern stehe ich – daß man sich von Bürokraten nichts ge- und verbieten lassen soll, und von Sprachverfügern schon gar nicht. Autoren müssen das ja auch weniger als z.B. Schulkinder – deren wünschenswerte Widerspenstigkeit aber von den Autoren ganz gut patroniert werden könnte. Wenn gesagt wurde, die Autoren hätten sich das ja auch früher einfallen lassen können, stimmt das. Nur: Sie ließen sich's ja gar nicht einfallen. Sondern schlossen sich – aus welchen guten und schlechten Gründen immer – einer etwas späten Aktion an. In Tat und Wahrheit haben Autoren Wichtigeres und ihnen Gemäßeres zu tun, als Duden-Bürokraten zu bekämpfen. Gefordert wären da schon eher und rechtzeitig ihre Gremien gewesen, vom Schriftstellerverband zum PEN-Verein, vom Börsenbuchhandel bis zur Darmstädter Dichtungsakademie, die sich jetzt dick tut und – die »Frankfurter Rundschau« spottet zu Recht – mit ihrer aktiven Widerstandserklärung zum Ende des letzten Büchnerpreisauflaufs den Insubordinationsgrad der Göttinger Sieben von 1837 überschreitet.

Wovor wollen Sie – gemeinsam mit Hans Wollschläger, Gertrud Höhler, Ulla Hahn, Hildegard Hamm-Brücher, Werner Schneyder und Siegfried Unseld – die deutsche Sprache retten?

Von »retten« war und ist keine Rede. Wir haben natürlich auch keine Resolution gemacht und dann abgestimmt – ich nehme an, daß jeder der 500 oder 1000 Unterzeichner ziemlich heteronome Motive und Leidenschaften hat – der bare Wichtigkeitsglaube ist vermutlich auch darunter, und dies dominant, die Verantwortlichkeit fürs Großeganze. Mit selber ging's vor allem darum – und ich hab das dann auch mehrfach dargetan – daß nicht eine Bürokratie durch die nächste reformiert wird, nicht ein Korrektheitswahn durch den nächsten. Meine Dudenvision wäre: In dubio pro libertate, möglichst viel soll erlaubt sein. Daß deutsche Sprache, wenn schon überhaupt »gerettet« werden muß, vor Verheerenderem zu bewahren ist als vor der neuen Bindestrich- und 3-t-Regelung: das habe ich mit meinen »Dummdeutsch«-Wörterbüchern gemeint und dargetan.

Glauben Sie, daß das mit diesen Koryphäen und den anderen Unterfertigern aus z.B. Edingen-Neckarhausen und Neudettelsau zu machen ist?

Bei Neckarhausen zögere ich, vor allem wegen des Ortsteils Edingen. Gerade aus Neudettelsau aber kommt immer wieder mal viel Gutes, mehr jedenfalls als aus Ihrem Hamburg der Helmut Schmidt, Gräfin Marion Dönhoff, Theo Sommer, Jil Sander und Jonny Augstein. Der hat »Finis Germaniae« in seinen »Spiegel«-Erinnerungen ja auch schon auf 1938 festgelegt. Ohne wie wir wenigstens zu kämpfen! – Daß man bei derlei Solidarisierungen fast immer obskure Koalitionen eingeht, ist bekannt – wenn ich hier ausgerechnet mit vielen Lieblingsfeinden unter einer Decke stehen muß, mit den trübsten Tassen von Schneyder über Höhler zu Hamm-Brücher, dann hat mich das schon wieder mehr gefreut. Zuletzt wurde ich, in seinem neuen Buch, von Diedrich Diederichsen frappanterweise ja auch noch mit Otto Graf Lambsdorff und Steffen Heitmann verheiratet – auch nicht schlecht, auch das vermutlich eine konstruktive List des Weltgeists.

Der »Spiegel« titelte: »Rettet die deutsche Sprache!« und Friedrich Denk proklamierte: »Ein Volk steht auf!« Finden Sie diese sehr völkisch-vaterländisch tönenden Appelle angesichts einer Orthographie-Reform, die übrigens auch in der Schweiz und in Österreich durchgeführt werden soll, am Platze?

In der Liste steht nichts von »Ein Volk steht auf«. Das würde auch den Grass, Lenz, Walser, Aichinger, Unseld sen. nicht gerecht, was immer sonst gegen sie zu spotten ist. Was aber die Wirklichkeitshaltigkeit von »Spiegel«-Titeln anbetrifft: die ruhen ja bekanntlich fast immer selig schlummernd in sich selbst.

In der »Frankfurter Erklärung« wird auf »die schwierige wirtschaftliche Lage« verwiesen und das »Ansehen der deutschen Sprache im In- und Ausland« reklamiert. Bezeugen Sie mit Ihrer Unterschrift, daß auch Sie die Sorge um das nationale Anliegen umtreibt?

Diese Zusatzerklärung kam erst hinterher – formal nicht ganz sauber – zu unseren Unterschriften. Das »Ansehen« ist natürlich genauso Unfug wie die »wirtschaftliche Lage«. Wegen der jetzt offenbar mehr Wörter zusammengeschrieben werden. Weilwirjetztallezusammenstehenmüssen. Sogar mit Ulla Hahn. Und ihrem dudenrunderneuerten Doch-na-nie.

Initiator der Kampagne ist Friedrich Denk, ein Deutschlehrer, der in seinem letzten Buch die Rehabilitation der während der NS-Zeit in Deutschland erschienenen Literatur unternommen und u.a. sich für Gerrud Fussenegger eingesetzt hat. Außerdem haben neben Ihnen unterschrieben: Botho Strauß, Heimo Schwilk, Ulrich Schacht, Karl Corino und Ernst Jünger – allesamt Protagonisten der sog. Selbstbewußten Nation. Gehören Sie jetzt dazu?

Offenbar. Aber es wird mir eine Lehre sein. Bei der nächsten Solidaritätsunterschriftsleistung irgend einen Datenspeichercomputer zu befragen. Der auch über Denks dubiose Dudenaktivitäten zugunsten der Heimholung Südtirols nach Oberbayern Auskunft gibt. Und über seine gemeinsame Schulzeit mit Franz Josef Straß – als Schongauer Lateinlehrer.

Was kümmert Sie, der Sie bislang vorbildlich undudenhaft und auch nicht bertelsmänniglich schrieben, das ganze Orthographie-Gesumms überhaupt?

Falls den Herrn Denk, was ich nicht so genau weiß, primär gesäubertes Deutschtum oder aber pure Wichtigkeitskasperei fern von seinem Weilheimer Gymnasium umtreibt: Mir – und wohl manchem anderen Unterschriftler – ging es ein wenig um das, was man früher sehr pathetisch Einübung in Verweigerung, in Ungehorsam nannte. Und das scheint ja auch da und dort so angekommen zu sein. Wenn ein paar Schulkinder oder Eltern künftig bei den rotstifttreuen Lehrern randalieren, dann war das Gesumms ja doch nicht so dumm wie der Duden dummmmacherisch – dies letztere ließe ich selber als Lektor oder Studienrat als etwas besonders Stilistisch-Onomatopoetisches sogar mit Extralob durchgehen.

Konkret 12/96, S. 4

von konkret

Worin wird wohl »das deutsche Nachrichtenmagazin« sich von einer »Polit-Postille« unterscheiden, die es mal »links draußen« verortet, ein andermal »spätstalinistisch« nennt? Darin, daß das Nachrichtenmagazin die Nachrichten enthält und die Postille die Propaganda? Wir werden sehen:

Im Januar 1978 erschien der »Spiegel« mit einem Titelbild, das den Kopf Erich Honeckers unter einem zerbrochenen Emblem der SED zeigte, und den Zeilen: »SED unter Druck / Die innere Situation der DDR / Das Manifest der Opposition«. Im Innern das Blattes wurde ein Papier als »Manifest der ersten organisierten Opposition in der DDR« bezeichnet, verfaßt von »mittleren und höheren SED-Funktionären«, die einen »Bund Demokratischer Kommunisten Deutschlands« gebildet hätten.

KONKRET hatte damals die Behauptungen des »Spiegel« als ersichtlich unwahr und das Papier als klassische Geheimdienstarbeit bezeichnet, während der »Spiegel« wiederum alle, die ihm nicht glauben wollten (und das waren so unterschiedliche Leute wie Brandt, Wehner, Gaus und Gremliza), SED-Komplizen oder »Honecker-Schutzpatron« nannte. Er tat es – wider eigenes Wissen, wie sich gleich, nämlich 18 Jahre später, zeigen sollte – , weil er nicht damit rechnen mußte, daß es je herauskommt, wie überhaupt die gesamte Berichterstattung des »Nachrichtenmagazins« über den kommunistischen Osten unter der Maxime betrieben wurde: Breshnew schickt keine Gegendarstellung.

Es kam der November 1989, der Oktober 1990, und die KONKRET-Redaktion rechnete täglich (nicht) damit, daß sich unter den vielen, die sich Verdienste um den Widerstand gegen das Regime erworben hatten, endlich auch die so ruhmreichen Mitglieder des »Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands« melden würden. Die Jahre vergingen, es blieb still. Bis endlich 1996 ein Dominik Geppert eine Untersuchung des Falles präsentierte und die Redaktion des »Spiegel«, nicht ungeschickt, den Ergebnissen durch einen Vorabdruck im eigenen Blatt ihre Brisanz nahm. Wer würde, wird man sich gedacht haben, noch mit dem Finger auf einen zeigen, der sich selbst angezeigt hat? Und so kam es, daß die Blamage fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand.

Hier nun sei immerhin in Kürze referiert, was Geppert ermittelt hat: Das »Manifest« war dem Ost-Berliner Korrespondenten des »Spiegel« von einem (1) Informanten diktiert worden, den alle mit der DDR befaßten Politiker und Journalisten als Überbringer von Meldungen unterschiedlichster Herkunft und Machart kannten. Sein Name: Hermann von Berg (er konnte 1986 in die BRD ausreisen). Von den sechs Personen, die von Berg heute als Mitstreiter seines Bundes benennt, sind vier bereits vor der Wiedervereinigung gestorben, konnten also nicht befragt werden, ein fünfter hat dementiert, daß es einen »Bund« gegeben habe und das »Manifest« einen »Alleingang von Bergs« genannt.

Summa: Es gab 1978 keine »erste organisierte Opposition in der DDR«, es gab keinen »Bund Demokratischer Kommunisten Deutschland«, der hatte kein »Manifest« verfaßt, sondern überhaupt kein »Papier«. Es gab einen Herrn von Berg und einen »Spiegel«-Korrespondenten in Berlin (DDR), dem jener was erzählt hat, woraus ein »Nachrichtenmagazin« eine »Nachricht« gemacht hat – nach allen Regeln der Kunst. Fragen Sie uns bloß nicht, welcher.

Dreimal KONKRET in anderen Zeitschriften:

· Der einst rein katholische »Rheinische Merkur«, seit seiner Vereinigung mit dem evangelischen »Christ und Hund« *die* ökumenische Wochenzeitung, läßt als Aufmacher seines Kulturteils den berühmten Dichter L. Rathenow zu Wort kommen, der, »weil er seiner Überzeugung treu geblieben ist, am Prangerder Gremlizaisten« stehe und von diesen wie andere »Dissidenten und Bürgerrechtler mundtot gemacht« werde. Weil ja, wie bekannt, die Gremlizaisten die Medien beherrschen, während Rathenow und die anderen auf Samisdat-Handabschriften (wie »FAZ«, »FR«, »SZ«, »Welt«, »Zeit«, »Bild«, »Spiegel«, »Stern«, ARD, ZDF, SAT.1, RTL usw.) verwiesen sind. Sie sind nicht nur mies, sie sind auch bescheuert.

· Eine Zeitschrift, die sich früher dem »Projekt Klassenanalyse« verschrieben hatte und jetzt, nach der Lösung der Klassenfrage, zwar immer noch »Prokla«, aber darunter »Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft« nennt (das hat man jetzt viel, das mit der »kritischen« Wissenschaft), muß sich furchtbar über »UNI KONKRET« und insondere die darin veröffentlichten Aufsätze von Ripplinger und Gremliza aufregen, die den Studenten heute wie denen von 1968 nicht die gebührende Rolle einräumen im – ja im was? im Projekt Klassenanalyse? im Klassenkampf? Ihre bedeutende Rolle in kritischer Sozialwissenschaftlhuberei wurde doch gar nicht bestritten.

· »Neues Deutschland« über Elsässer/Wagenknechts »Vorwärts und vergessen?«:
Fazit: Ein lesenswertes Buch, aber von der intellektuellen Leistung her noch nicht das »Startzeichen für die Rekonstruktion einer kommunistischen Perspektive«. Vielleicht ein Vorspiel. Und vielleicht sollte KONKRET die Diskussionen hierzu für

ein neues Buch sammeln.
Dank für die Anregung. Und für die Mitteilung, von wem solche Arbeit allenfalls noch erwartet wird.
.

Uni-KONKRET 2/96 erscheint am 26. 11. 96 und ist für zwei Mark über gut sortierte ASten oder direkt über den Verlag, Ruhrstraße 111, 22761 Hamburg, zu bestellen.

Konkret 12/96, S. 6

an konkret

Spannende Musik

KONKRET 10/96: »Proud to be a Kraut« von Günther Jacob

Es ist erschütternd, welche hysterischen Formen mittlerweile die Diskussion um die sogenannte »Quote für deutsche Rock- und Popmusik« angenommen hat. Eine beeindruckende Anzahl (ich schätze: die Mehrheit) hiesiger Künstler, darunter größte Namen, hat sich per Unterschrift hinter die Initiative des Deutschen Rockmusikerverbandes gestellt. Die öffentlichen Prügel aber beziehe ich allein. Meine Argumente werden vom Tisch gewischt. Unterstellt wird mir nur zweierlei: Entweder Kunze tut es ausschließlich für sich selbst, weil er sich wohl zu selten beim Frühstück im Radio hört - oder er ist ein heimlicher Rechtsradikaler.

Ich empfinde es als ungeheuerlich, daß ich mir als durch und durch anglophiler Rockmusiker und Musical-Übersetzer aus dem Englischen sagen lassen muß, ich wolle »unser Land geistig abschotten« oder verlange gar »in Zukunft Ariernachweise fürs Musikmachen«. Aber es ist immer das gleiche Spiel: Wer in Deutschland irgendeine wirklich wichtige, unbequeme Auseinandersetzung anschiebt, wird verläßlich postwendend als »faschistoid« beschimpft - aus irgendeinem Sumpfloch erschallt dieses Geschrei dann allemal.

Ich will nichts weiter als eine faire Chance für spannende deutschsprachige Musik - in einem Gesamtspektrum, das auch bei den ausländischen Produktionen weniger Koma- und Debilpop und mehr Querdenker-Schärfe und Witz anbietet. Und wer behauptet, daß Klasse sich ohnehin durchsetzt, ist entweder ein kaltblütiger Etablierter, der Konkurrenz ausschließen will, oder feige und dumm, weil er es sich mit bestimmten Mediengewaltigen nicht verderben will.

Interessante deutschsprachige Rockmusik, und nur dafür spreche ich, muß ermutigt werden und Türen in Radio und Fernsehen aufgemacht bekommen. Keiner will eine Quote. Ich auch nicht. Wir brauchten nur ein Wort wie ein Donnerschlag, das zumindest ist uns gelungen. Ich möchte nichts weiter erreichen als eine Selbstbesinnung bzw. -verpflichtung der Medien, der Musik, die hier entsteht und von uns erzählt, einen fairen Platz neben (möglichst: feiner ausgesuchter) Musik aus aller Welt einzuräumen.

Kein anderes Land auf der Welt ist kulturell so selbstvergessen wie Deutschland. Über die Gründe, die vor fünfzig Jahren dazu geführt haben, habe ich wahrscheinlich mehr gelesen, als die meisten Leute, die mich jetzt so aufgeklärt anpöbeln. Dieser deutsche Selbstzweifel, Selbsthaß ist gefährlich und hinterläßt in vielen kurzgeschorenen Köpfen ein Werte-Vakuum. Wer meine bisherigen 17 Alben zur Kenntnis nimmt, kann mir nur bei perfidester Bösartigkeit unterstellen, daß ich mit solchen Leuten sympathisiere. Aber es gehört zu meinem Job, daß ich über sie nachdenke.

Mit Empörung habe ich nun wahrgenommen, daß sich die CDU/CSU als Trittbrettfahrer zu Wort meldet und die Stellung der sogenannten »Volksmusik« stärken möchte. Diese zynischen schlechten Schlager (es gibt auch gute Schlager!), vorgetragen in Dirndl und Lederhose, die wie eine Seuche Radio und Fernsehen überschwemmt und Rockmusik wie in einem Verdrängungskrieg beinahe schon erledigt haben, haben mit der Musik des »Volkes«, wie sie Künstler wie Hannes Wader, Liederjan oder die Biermösl-Blasn aufbewahren, nicht das geringste zu tun. Auf die Unterstützung der Lobbyisten dieses Heile-Welt-Mülls möchte ich dankend verzichten. Was ich brauche, was wir brauchen, ist sachliche Auseinandersetzung statt Hexenjagd. Natürlich sollen wir weiterhin offen sein für Einflüsse von außen - ich habe alles, was ich als Musiker kann, von England und Amerika gelernt. Aber wenn wir uns dabei nicht um das spezifisch Unsere in uns kümmern, schaffen wir uns geistig selber ab.

Heinz Rudolf Kunze

Osnabrück

H. R. Kunze in eine deutschtümelnde Ecke zu stellen und ihm womöglich noch politisch rechte Ansichten zu unterstellen (wobei beides gängigem Klischeedenken sehr wohl getrennt vorkommen könnte), ist ein dicker Hund. US-Schrott höre ich den ganzen Tag, wenn ich Radio höre, gute, intelligente Texte von deutschen Nachwuchsmusikern, die mit ihren Liedern bzw. Texten auch Denkanstöße geben können (s. auch Lieder v. Kunze), hört man viel zu wenig, der Nachwuchs geht unter. Einige Etablierte wie MMW oder Pur reißen es nicht raus (die nichtssagenden Texte von Westernhagen sind hier eh kein Vorbild). Gut ist nur, daß Ihr das Thema aufgegriffen, die Diskussion belebt habt.

Stefan Füller

Kassel

Mit großem Interesse habe ich auch Ihren Beitrag zur inzwischen weitverbreiteten Diskussion zur Quotenforderung gelesen.

Was ich allerdings merkwürdig finde, ist die Tatsache, daß KONKRET eine Titelgeschichte über einen Künstler macht, mit dem kein einziges persönliches Wort Ihrerseits gesprochen wurde. Hier kann wohl von »Abschlachtung in Abwesenheit« gesprochen werden.

Katharina Rennert

Berlin

Richtung Verrohung

KONKRET 11/96: Titel

Die Titelgestaltung von KONKRET 11/96 finde ich furchtbar. Ich meine nicht die Schrift und die Aufteilung, nein das ist okay, aber dieses Foto für den Titel zu verwenden, das geht mir einfach zu weit. Zu weit in Richtung »Bild-Zeitung«, »Stern« und so und zu weit in Richtung Verrohung. Ich mag dieses Novemberheft nur mit der Rückseite nach oben auf dem Tisch liegen haben.

Ilse Beck

Waldstetten

Konkret 12/96, S. 9

Hermann L. Gremliza

Der Weltgeist, der Kohl heißt

Ich weiß nicht, warum Sie lachen.
Helmut Kohl

Was haben sie gelacht, über Birne, den Dorfdeppen in der großen Welt. Sie lachen nicht mehr. Die Spötter von der »Tageszeitung«, die der Kanzler nicht liest, bringen ihm zu seinem Dienstjubiläum eine acht Seiten lange Huldigung dar, die er nicht lesen wird, und der Herausgeber des Nachrichtenmagazins, mit dessen Redakteuren er seit Jahren nicht spricht, streut auf »Helmut Kohls Weg zum Staatskanzler« seine schönsten Stilblüten. Deutsche Intellektuelle sind noch jedem, der schließlich Erfolg hatte, nachgeloffen. Helmut Kohl hat nie verstanden, warum sie über ihn gelacht haben. Und er wird nicht verstehen, warum sie es nicht mehr tun. Nicht mal, wenn ich es ihm und ihnen erkläre.

Helmut Kohl ist das neue Deutschland in Person, er ist der ideelle Gesamtkraut. In ihm verkörpert sich die neugeborene Weltmacht, mit allem, was sie erträglich, gefährlich und verächtlich macht. Er ist die praktische Negation der Aufklärung, von der die Deutschen sich immer überfordert gefühlt haben. Er denkt nicht, also ist er. Seine allgemein mit Beifall bedachte Erzählung »Ich wollte Deutschlands Einheit«, die er zwei kongenialen Halbalphabeten von der »Bild«-Zeitung ins Mikrophon diktiert hat, handelt davon,

daß die verantwortliche Gestaltung eines langen Atems der ungebrochenen Sehnsucht bedarf, dieses besonders hohen Gutes bodenständiger deutscher Patrioten, deren bittere Erfahrung mit den Schrecken der Vergangenheit stets mit einem tiefen Gefühl der Genugtuung erfüllen, daß zu der Vision, das ganze Haus Europa wetterfest für die Zukunft zu gestalten, keine politisch verantwortbare Alternative existiert ...

Jedes Wort eine Platitüde, kein Einfall, kein Ausruf, kein Gedanke zu den nicht völlig belanglosen Ereignissen seiner Kanzlerzeit, der von ihm in Erinnerung bleiben wird, kein *alea iacta*, kein *soleil d'Austerlitz*, nicht einmal ein »Die Situation ist da«, nur jener einzigartige Abdominalsatz, daß entscheidend sei, was hinten rauskommt.

In ihrer Unbeirrbarkeit gebietet seine Absage an jeden Gedanken Respekt. Helmut Kohl ist für Kritik so unerreichbar wie für Witze. Was gestrichen ist, kann nicht durchfallen, und wo kein Gedanke, da kein Denkfehler. Es ist ihm nichts »nachzuweisen«, denn er hat ja – auf fünfhundert Seiten – nichts gesagt. Kohl ist Medium, so einfältig, so schamlos und so dumm wie die Verhältnisse, die sich in ihm verwirklichen und die, da keine anderen mehr vorstellbar scheinen, nicht gerade richtig und wahr, aber doch schön und gut sein müssen. Hegels Weltgeist in Karo einfach.

Er braucht keine These, keine Antithese und die ganzen dialektichen Gechichten, er hat seine Synthese immer schon parat: Er ist (und ißt) sie. Da streiten sich die Leut herum, wie man die deutsche Vergangenheit loswerden soll. Die einen wollen sie bewältigen, die andern wollen sie rehabilitieren. Kohl rehabilitiert die Geschichte durch Bewältigung, nicht ohne auch die Bewältigung ein bißchen zu rehabilitieren. Er läßt den amerikanischen Präsidenten in Bitburg vor toten SS-Männern trauern, den französischen Präsidenten in Verdun vor toten Hitlersoldaten, und wenn er nach Israel reist, hat er seinen Lieblingsnazi im Gepäck, doch im Bedauern über »die Verbrechen, die in deutschem Namen geschehen sind«, und den Verlust, den die deutsche Kultur durch die Verfolgung ihrer Juden erlitten hat, die Arme, läßt er sich von keinem übertreffen.

Kohls Vater war nicht in Hitlers Partei (nur in Hitlers Wehrmacht) und also »ein Gegner des Nationalsozialismus«, so daß der Sohn keine Nachhilfe in Antifaschismus braucht, wenn er sich von einem durch Arisierung reich gewordenen Chemiefabrikanten und einigen anderen Nazis den Weg ebnen läßt. Er ist kein Nazi, warum sollte, wer ihn mag, einer sein? Die Deutschen mögen ihn, also sind sie keine Nazis. Das kann nur sein, wer ihn nicht mag: die DDR, die ihm »ein einziges Konzentrationslager« war, und Gorbatschow, den er einen Goebbels nannte, bevor der sich zu Kohl bekehrte.

»Heute«, nach vierzehn Jahren Kohlscher Abschüttlung der Vergangenheit, »sind die Beziehungen zu Israel gut«, schreibt Rudolf Augstein, nicht ohne mit leisem Tadel hinzuzufügen: »zumal der Kanzler seinen Geldbeutel offenhält« (weil die Juden, wie man von einem Parteifreund des Kanzlers weiß, immer ankommen, wenn sie in deutschen Kassen Geld klimpern hören). Kohl, immerhin, unterscheidet sich von seinem Vorgänger im Amt eines gesamtdeutschen Kanzlers deutlicher als Kohls Zujubler von denen des Führers, auch wenn dem späten Nachfolger, als er 1994 deutsche Truppen zum ersten Mal wieder auf den Champs Elysees marschieren sehen durfte, Tränen in die Augen traten. Daß und wie er diese Differenz verkörpert, hat es möglich gemacht, daß nur eine historische Sekunde nach der Kapitulation der größten kriminellen Vereinigung der Geschichte, der deutschen Wehrmacht, deutsche Soldaten unterm Beifall oder doch mit schweigender Duldung der einst Überfallenen an ihren alten Kriegsschauplätzen aufmarschieren können.

In den Nationalsozialismus, so stellt sich die Geschichte für den studierten Historiker Kohl dar, sind die Deutschen geraten wie der Hund in den Regen. Als es vorbei war, haben sie sich geschüttelt, bis sie wieder trocken bzw. anständige Demokraten waren. Gegen Auffassungen wie diese läßt sich nicht argumentieren. Man kann lachen oder sie akzeptieren. Die Welt hat sie akzeptiert.

Je einfacher denken, ist eine gute Gabe Gottes, soll sein Vorbild Adenauer gesagt haben, aber: je garnicht ist noch viel besser. Helmut Kohl hat diese Gabe. Anders als Erhard, Kiesinger und Brandt kann er nicht den Fehler machen, sein Treiben intellektuell begründen zu wollen. Es fehlt ihm dazu die Voraussetzung. Er hält sich deshalb gern an den letzten seiner Vorgänger, Helmut Schmidt, an dessen Notwehrreaktionen, die er repetiert (Kohl: »Diese Halb- und Pseudointellektuellen sind mir vollkommen egal«), und an dessen Hausdenker Karl Popper, der mit seinen Tips bezügl. Moral und bürgerlicher Nutzanwendung zu einem Bonifazius Kiesewetter der Philosophie avanciert ist. Unübersichtliche Verhältnisse, so etwa haben die beiden Schüler ihren Popper verstanden, werden im Nu übersichtlich, wenn man drüber wegsieht.

»Wir wollen den Sozialismus bekämpfen, zu Lande, zu Wasser und in der Luft«, hat Helmut Kohl 1976 ausgerufen. Das war grober Unfug, alle haben sehr gelacht, und deshalb ist ja auch nichts draus geworden. Nicht einmal die deutschen Unternehmer haben ihn damals ganz ernst genommen, mancher meinte, er könne mit den Sozialisten die besten Geschäfte machen, wenn man sich mit ihnen vertrage. Daß dies der bessere Teil des Kampfes zu Land, zu Wasser und in der Luft war, sollte sich erst viel später und oft zur Überraschung der Geschäftemacher herausstellen.

Kohl jedenfalls übte schon damals, in der Opposition, neben der Rolle des ideellen Gesamtdeutschen auch die des ideellen Gesamtkapitalisten, die er heute so überzeugend praktiziert, daß er mitunter übereifrige Einzelkapitalisten und sogar ihre Vereine schurigeln kann, ohne das Vertrauen der Klasse zu verlieren. Die deutsche Bourgeoisie weiß, daß ihr jüngster Griff nach der Weltmacht hinter keiner der vorrätigen Charaktermasken bessere Deckung fände als hinter dem ungeheuer dicken, ungeheuer präsenten, ungeheuer bieder und unbeholfen, darum eher gemütlich als gefährlich wirkenden Koloß im Drei-Mann-Zelt.

Wer der Welt erklärt, welchen Krieg er gegen sie führen will, hat ihn schon verloren. Im Unterschied zu Wilhelm II. und Hitler bietet Helmut Kohl jederzeit die Gewähr, diesen Fehler nicht zu machen. Er hat keine Ahnung, was er sagen könnte. Er tut’s einfach.

Konkret 12/96, S. 10

Herrschaftszeiten

Perestrojka

Aus Protest gegen ein Lenin-Denkmal hat die Nationalistische Ukrainische Bewegung (DSU) in einer Ortschaft nahe Odessa ein Hitler-Denkmal errichtet.

Der kleine Diktator 1

Klaus Kinkel ist wütend über die Frechheit seines italienischen Kollegen. Alles schien so gut zu laufen – und jetzt das: »Bakteriens« Außenminister »Napaloni« Dini macht Stimmung gegen »Hynkel«-Kinkels Plan, der neuen Weltmacht »Tomanien« einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Uno zu verschaffen. Statt »nur Deutschland und Japan« zu neuen ständigen Mitgliedern zu machen, soll die Zahl der nichtständigen Mitglieder auf 20 verdoppelt werden, die der ständigen aber unverändert bleiben. Besonders ärgert Kinkel der italienische Hinweis auf die Gleichheit von Italien und Deutschland (etwa gleiche Geschichte, etwa gleiche Größe), dem er auf einigermaßen gesittete Art nicht widersprechen kann. Und so könnte es dem kleinen Nachfolger bei seinem Tanz um den Globus-Ballon gehen wie dem großen Vorbild: daß das Ding platzt.

Der kleine Diktator 2

»Mit einer Sauwut« mußte Hynkel-Kinkel zuvor schon aus Sarajevo abreisen, wo zwar seit dem Sieg im deutsch-jugoslawischen Krieg die D-Mark offizielles Zahlungsmittel ist, die dort eingesetzten Gouverneure aber immer noch nicht ordentlich strammstehen, wenn der Chef kommt. Weil die drei Mitglieder des neuen Staatspräsidiums nicht gemeinsam vor Kinkel antreten wollten, habe Kinkel (»Unsere Geduld geht zu Ende!«) die Herren Krajisnik und Izetbegovic – nach Auskunft des mitgereisten CDU-Politikers Hornhues – »in einem verbalen Gewitter geradezu niedergemäht«.

Leader in partnership

Die USA haben die Übergabe einer Waffenlieferung im Wert von 100 Millionen Dollar, die auf einem Frachtschiff vor der Küste lagerte, an die bosnischen Muslime davon abhängig gemacht, daß die Regierung Bosnien-Herzegowinas ihren Verteidigungsminister Cengic entläßt. Der Fundamentalist Cengic ist nach Auffassung der USA zu eng mit dem Iran verbandelt. Der Minister wurde entlassen, die Ladung gelöscht. Und Hynkel-Kinkel ärgert sich.

Beichtklappe

Mindestens zwanzig Prozent der katholischen Priester sind homosexuell, das Leben als Priester oder Ordensbruder zieht Homosexuelle instinktiv an, weil in diesem Stand die Ehelosigkeit, die anderswo als Makel gilt, eine Tugend ist. Das behauptet nicht der Gottseibeiuns (etwa vertreten durch die Arbeitsgemeinschaft schwuler Jungsozialisten), sondern der Pastoraltheologe und ehemalige Rektor des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hanspeter Heinz, der zugleich bedauert, daß Homosexuellein der katholischen Kirche »in eine Subkultur« abgedrängt würden.

Aus dem Tollhaus

Für Polemiker wird das neue Deutschland zur Arbeitsabschaffungsmaßnahme. Wer sich die Mühe macht, der deutschen Contra, bestehend aus Bürgerrechtlern und Totalitarismusforschern aller Art, nachzuweisen, daß sie nichts anderes im Sinn hat, als Deutschlands Nazi-Verbrechen zu beschönigen oder zu vergessen, macht sich vergebne Mühe, denn sogleich kommt ein Verein schwarzbrauner Lobbyisten daher, der sich den Namen »Zentralrat der Opfer der kommunistischen Diktatur« gibt. Und Ignatz Bubis heißt jetzt Gerhard Löwenthal.

Forschung & Lehre

Texanische Forscher haben ermittelt, daß Nikotin die Kommunikation zwischen Nervenzellen einer bestimmten Hirnregion fördere, was erstens zu größerem Denkvermögen und zweitens zu geringerer Anfälligkeit für Alzheimersche Demenz führe. Drittens hat die Studie ergeben, zu welch erstaunlichen Ergebnissen Wissenschaft kommen kann, wenn die Forscher von privater Seite ein wenig gefördert werden (wie in diesem Fall von der amerikanischen Zigarettenindustrie).

Freie Bürger 1

80 Prozent der Deutschen haben kein Vertrauen in die gesundheitliche Qualität von Lebensmitteln.

Freie Bürger 2

80 Prozent der deutschen Autofahrer fahren nach eigenen Angaben schneller als erlaubt. Warum? Weil, beispielsweise, das Amtsgericht Paderborn einen Autofahrer, der mit weit überhöhter Geschwindigkeit einen Mann totgefahren hat, zu einer Geldstrafe von 2.700 Mark verurteilt.

Freie Bürger 3

Die deutsche Ausländerkriminalität, das heißt: die Zahl der von Deutschen an Ausländern begangenen und sogar von der Polizei als solche verfolgten Straftaten, ist zwischen Juni und August von 110 auf 153 gestiegen.

Freie Bürger 4

1995 wurden auf dem Gebiet der alten Bundesländer 741.900 Angeklagte rechtskräftig verurteilt.

Business

Aus der Buchführung der Firma Greenpeace: Die Anzahl der Spender ist von 4,8 Millionen auf 3 Millionen zurückgegangen. Das Jahresgehalt des Chefs der deutschen Greenpeace-Filiale, Thilo Bode, betrug 1995 rund 160.000 Mark.

Sekten

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer hat sich öffentlich zu dem Aberglauben bekannt, die Arbeitslosigkeit lasse sich bis zum Jahr 2000 halbieren.

Heiliger Geist

Aus einem Bericht des Reisebegleiters Mainhardt Graf Nayhauss (»Bild«-Zeitung) über Kanzler Kohls Besuch auf den Philippinen:

Ich fuhr raus in den Norden Manilas zum »Smokey Mountain«, der rauchenden Müllkippe der 10-Millionen-Stadt, wo 200.000 Menschen, vorwiegend Kinder, im Müll vom Müll leben. Überall stöbern Männer, Frauen und Kinder nach verwertbaren Resten... Alptraum menschlicher Gesellschaft... Drei Stunden später die heile Welt. Helmut Kohl wird von der Ateneo Universität die Ehrendoktorwürde verliehen. Philippinische Studenten singen auf deutsch: »Komm Heiliger Geist!« Der Kanzler ist bewegt, spricht: »Gott segne dieses Land.«

Schon geschehen.

Remedur 1

Um die Gewalt an den Schulen einzudämmen (bzw. zu verallgemeinern), hat Großbritanniens Bildungsministerin vorgeschlagen, die Prügelstrafe wieder einzuführen.

Remedur 2

Auf der Titelseite meldet »die größte Zeitung der westlichen Welt«, daß Finanzminister Waigel nicht wisse, woher er die drei Milliarden nehmen soll, die ihm gerade wieder fehlen. Auf der nächsten Seite weist »die größte Zeitung der westlichen Welt« dem Minister den

Weg:

Kredit abgelehnt? Schnell, seriös und unbürokratisch fangen wir an, wo andere aufhören, ohne Bankauskunft, ohne Bürgen. Finanzdienst Nord.

Die Adresse? Wird Ihnen gefallen, Herr Minister: 18059 Rostock, Charles Darwin Ring 4.

Sparschwein

Erich Riedl, Haushaltsexperte der CSU im Bundestag, ist hinter anderer Leute Geld her wie kein zweiter. Kaum hatte der europäische Rechnungshof der EU-Kommission vorgeworfen, zehn Prozent ihres Etats unsachgemäß ausgegeben zu haben, forderte er die Bundesregierung auf, die deutschen Zahlungen an die EU um zehn Prozent zu kürzen. Den Talentsuchern der CSU war Sparschwein Riedl dadurch aufgefallen, daß er als Präsident von 1860 München den Verein in kürzester Zeit in die größte Pleite der örtlichen Fußballgeschichte geführt hatte. Später geriet Riedl in Verdacht, bei einem Rüstungsgeschäft 500.000 Mark Schmiergeld kassiert zu haben. (Das Verfahren läuft noch.) Geld ist seine Welt.

Neues China

Vor dem Asien-Pazifik-Ausschuß der deutschen Wirtschaft hat Deutschlands China-Botschafter Konrad Seitz vom Land seiner Gastgeber ein Bild himmlischen Friedens gezeichnet: Auch wenn deutsche Lobbygruppen und einige Zeitungen ein Reich des Bösen an die Wand malten, sei China auf dem Weg zu einem Rechtsstaat und einer Bürgergesellschaft. Veranstaltungen wie die Tibet-Konferenz der Naumann-Stiftung und die Tibet-Resolution des Bundestags hätten die Chinesen sehr verärgert und Deutschlands Platz als »privilegierter Wunschpartner« gefährdet. Zum Empfang des deutschen Botschafters seien vor einem Jahr noch chinesische Generale gekommen, in diesem Jahr aber bloß ein Oberst. Zwar habe Außenminister Kinkel die »Delle« bei seinem Besuch wieder ausgebeult, doch sei der deutschen Wirtschaft in der Zwischenzeit zumindest ein großes Geschäft durch die Lappen gegangen, zugunsten der Schweizer Konkurrenz.

Nebenwiderspruch

Seinen Wahlsieg verdankt Bill Clinton den Frauen. Während etwa gleich viele Männer für Clinton wie für seinen Gegner Dole stimmten, lag Clinton bei den Frauen mit rund 25 Prozentpunkten vorn. Wahlforscher bezeichnen den Unterschied des Wahlverhaltens als »gender gap«. Sie tragen vor, Frauen seien von Natur aus sozialer eingestellt als Männer und bevorzugten daher die »sozialere« Partei. Der »Frankfurter Allgemeinen«, die sich zu diesem Thema von einer Frau berichten ließ, verdanken wir die Hinweise, daß »zwei Drittel der Arbeitnehmer, die zum Mindeststundenlohn von 4,25 Dollar arbeiten, Frauen« sind und Frauen »viel seltener als Männer in den Genuß von betrieblichen Pensionen oder anderen Absicherungen kommen«. Viel mehr Frauen fielen in die Kategorie »arm«, weshalb »die Beibehaltung der sozialen Rolle des Staates« für sie ungleich wichtiger sei. Ist Klassenkampf der Feminismus der klugen Frau?

Genozid in Flensburg

Nach Abschluß seines verdienstvollen Einsatzes bei der Zerschlagung Jugoslawiens, die ein paar hunderttausend Tote gefordert hat, zieht es Tilman Zülch, den Erfinder und Vorsitzenden der »Gesellschaft für bedrohte Völker«, nach Norden. Weil die Bildungswissenschaftliche Universität Flensburg das Fach »Friesisch«, das in den letzten vier Jahren kein einziger Student mehr belegt hatte, einsparen wollte, kam ihr der Handelsreisende in völkischem Wahn mit Vergleichen zu Bosnien und zum Kosovo. Zülch: »Die Vorstufe zum Genozid ist der Ethnozid.« Das Vorhaben sei »ein Schlag ins Gesicht der friesischen Sprachgruppe und ein fatales Signal für den Minderheitenschutz in ganz Deutschland und Europa«. Wann wird Zülchs Mitstreiter Stefan Schwarz im Fernsehen berichten müssen, daß Schleswiger Ärzte friesischen Jungfrauen holsteinische Schafsembryos zwangsimplantieren?

Weltrechtsprinzip 1

Nicht viel Glück haben die Deutschen bislang bei ihrer Belieferung des UN-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag mit serbischen Kriegsverbrechern. Nachdem das Tribunal bereits im Juni den Serben Goran Lajic hatte freilassen müssen, der nach monatelanger Haft in Deutschland nach Den Haag ausgeliefert worden und doch nur das Opfer einer Verwechslung gewesen war, gerät nun auch die Anklage gegen den im Februar 1994 in München verhafteten, von den Medien als »Schlächter von Omarska« unverzüglich abgeurteilten und später ans Tribunal überstellten bosnischen Serben Dusko Tadic ins Wanken. Hatte das Gericht bereits vor Monaten zunächst die Anklage wegen Vergewaltigung fallenlassen müssen, weil die Belastungszeugin ihre Aussagebereitschaft widerrief, und hatte sich während weiterer Zeugenvernehmungen herausgestellt, daß, wie die »Taz« enttäuscht resümierte, »die meisten Zeugen ... Tadic bei den zur Last gelegten Verbrechen jedoch nicht selbst gesehen (hatten)«, »die Beweislage« also »dürftig« sei, so ist nach der »Enttarnung des Hauptbelastungszeugen« (»FR«), Dragan Opacic, als von den bosnischen Muslimen erpreßten und in wochenlangem Training für seinen Auftritt vor dem Tribunal geschulten Denunzianten »von der Anklage gegen Tadic nicht viel übrig« (»FR«).

Weltrechtsprinzip 2

Was aber weltweit rechtens ist, bestimmt Klaus Kinkel. Kaum war der bosnische Agent aufgeflogen, eilte der deutsche Außenminister nach Den Haag und erklärte, daß das Wegfallen des Zeugen für den Fortgang des Prozesses gegen Tadic

»praktisch keine Rolle« spiele. Wofür der Präsident des Tribunals, Antonio Cassese, sich artig bedankte und Kinkel als »Vater des Tribunals« würdigte: »Das Tribunal ist das geistige Kind Kinkels.« Es wird, wie man weiß, von einer Propagandakompanie betreut, zu deren eifrigsten Mitgliedern neben dem unvermeidlichen Tilman Zülch auch die »Taz« gehört. Zülch kommentierte den Versuch der bosnischen Muslime, der Haager Wahrheitsfindung mit falschen Zeugen nachzuhelfen, in den ARD-»Tagesthemen« mit dem Hinweis, sie hätten eben »in Sachen Genozid-Dokumentation eine unglückliche Hand«. Die »Taz« aber mutmaßte prompt, »daß Opacic von den Karadzic-Serben präpariert wurde, um die Glaubwürdigkeit des Verfahrens und des gesamten Tribunals zu unterminieren«.

Nostalgie

Wer erinnert sich noch an den »Friedensforscher« Alfred Mechtersheimer, Abgeordneter der Grünen im Bundestag? Und wer liest die Illustrierte »Focus«? Auch keiner? Dann kennt auch niemand diese dort abgedruckte Anzeige:

Liebe bosnische Gäste in Deutschland! Unser Land hat doppelt so viele Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aufgenommen wie alle anderen Staaten zusammen. Mindestens 15 Milliarden wurden bisher aus Steuergeldern für diese humanitäre Aktion aufgebracht. Jetzt erwarten wir, aber mehr noch Ihre Landsleute, die in Ihrer Heimat durchgehalten haben, daß Sie beim Wiederaufbau Bosniens helfen. Wir sind enttäuscht, daß bisher nur wenige der weit über 300.000 Bosnier zurückgekehrt sind... Wir möchten nicht, daß Sie abgeschoben werden. Erwidern Sie die Solidarität und kehren Sie als Freunde Deutschlands zurück. Laßt Eure Heimat nicht im Stich!

Dies ist eine Aktion im Rahmen der DEUTSCHLANDBEWEGUNG. Verantwortlich: Dr. Alfred Mechtersheimer

»Ausländer raus!« auf alternativ.

Trauerarbeit

Der »Frankfurter Allgemeinen«, die jüngst beklagte, daß Margot Honecker nicht unter der Guillontine endete, ist jetzt ein anderer gestorben:

Artur Axmann, der letzte »Reichsjugendführer«, also der oberste Chef der Hitlerjugend und des Bundes Deutscher Mädel. Er hatte eine Funktionärslaufbahn in der NSDAP hinter sich, zu deren »sozialistischem« Flügel er wohl gezählt haben würde, hätte Hitler diesen Teil der Partei nicht 1934 blutig entmachtet. Sein Jura-Studium hat Axmann abgebrochen; 1932 ging er in die »Reichsleitung« der NSDAP als hauptamtlicher Funktionär, widmete sich dem Aufbau von Jugend-Betriebszellen, wirkte mit bei der Neuformulierung des Jugendgerichtsgesetzes. Vielen Hitlerjungen damals imponierte es, daß Axmann sich bei Kriegsausbruch zur Wehrmacht meldete.

So weit, so gut – eine im Allgemeinen tadellose deutsche bzw. Frankfurter Karriere, die dann zwar einen kleinen Fleck bekam, den aber die »FAZ« sofort wieder rauskriegt:

Ins Bedenkliche geriet sein Wirken mit der Aufstellung des »Volkssturms«. Allerdings hat Axmann den »Volkssturm«, also die Mobilisierung der allerletzten Reste, nicht erfunden. Das ging auf einen Erlaß des »Führers« zurück. Er wurde von einer Spruchkammer als »Hauptschuldiger« eingestuft; die Strafe von drei Jahren Freiheitsentzug galt mit der Untersuchungshaft als verbüßt. 1958 wurde er noch einmal mit einem »Sühneverfahren« überzogen, das mit einer erheblichen Geldbuße endete.

Und mit vielleicht noch drei Punkten in Flensburg, wegen Mobilisierung ohne »Führer«-Schein? F.K. Fromme heißt der mitfühlende Autor, der den Naziführer mit einem deutschen Gruß verabschiedet. Es ist derselbe Fromme, der zuvor Frau Honecker unters Fallbeil gewünscht hatte.

Joschka läuft gerade mit wehenden Fahnen ins Lager von Verteidigungsminister Rühe über

Ludger Volmer (Grüne) über Parteifreund Fischers Balkanpolitik

Ich bin der Herr des Verfahrens, aber nicht der Herr der Lö-cher

Theo Waigel, Bundesminister der Finanzen

Ich halte es wie Napoleon, der einmal sagte: Du willst Wien? Dann nimm Wien!

Henry Kissinger, Träger des Friedensnobelpreises, über die Nato-Ausweitung nach Osten

Konkret 12/96, S. 14

Peter Kratz

Mutter Teresa trifft Alfred Rosenberg

Die Sekten-Enquetekommission des Deutschen Bundestages ist fest in der Hand rechter Sekten. Ihre Arbeit zielt auf die Linke

Das Mittelalter ist in den Deutschen Bundestag zurückgekehrt: Seine »Enquete-Kommission Sogenannte Sekten und Psychogruppen« tagt als Heilige Inquisition. Die Themen der Kommissionsarbeit, ihr Inhalt und der Stand der Beratungen sind geheim; Experten, Betroffene, Sekten- und Kirchenmitglieder, die vor der Kommission als Zeugen aussagen sollen, bleiben incognito; von den Kommissionsmitgliedern – elf MdB und ihre Stellvertreter, elf sogenannte Sachverständige sowie ein nicht stimmberechtigtes Mitglied der PDS-Gruppe – werden nur die Namen und Titel veröffentlicht. Kein Ort, keine Universität der vermeintlich sachverständigen Professoren wird angegeben, Nachfragen zur Qualität ihres Sachverstandes sind unerwünscht. »Die Herren möchten nicht angerufen werden«, rechtfertigt das Sekretariat der Kommission den »einstimmigen« Beschluß seiner Mitglieder, außer der nackten Namensliste, dem Beschluß des Deutschen Bundestages zur Einsetzung der Enquete-Kommission und dem Abschlußbericht, der in zwei Jahren vorliegen soll, nichts an die Öffentlichkeit dringen zu lassen.

Daß der Bundestag in den Zeiten der gesellschaftlichen Respiritualisierung nicht die Fahne des aufgeklärten bürgerlichen Bewußtseins hochhält, sondern sich in Geheimniskrämerei ergeht, scheint vordergründig seinen Grund in der Sektenstruktur der Kommission selbst zu haben: Man kämpft seit Jahren gemeinsam und verbissen gegen einen oft nicht faßbaren Feind; man wurde von »Scientology«, »VPM« oder »Universelles Leben« schon verklagt, fühlt sich verfolgt und bedroht, schottet sich jetzt ab – eine verschworene Gemeinschaft mit deutlicher Hierarchie, auf die ihr Untersuchungsgegenstand bereits abgefärbt hat. Die geistigen Führer der Kommission zitieren sich fortwährend gegenseitig, erklären sich selbst zu Sachverständigen und bilden ein eingespieltes Gesinnungs-Kartell, das jede Kritik von außen als teuflische Agitation der Sekten abwehrt – typisches Symptom einer Hexenjagd. Wem nutzt sie?

Einige Sektenexperten haben tatsächlich viel zu verbergen: Tonangebende Mitglieder der Enquete-Kommssion stammen aus erzkonservativen Fraktionen der christlichen Kirchen und mit ihnen verbundenen Teilen der völkischen extremen Rechten. Einige haben selbst Verbindungen zu Sekten oder gehören ihnen an, und die enge Verknüpfung der neureligiösen Bewegungen untereinander verzahnt sie – ob sie es wollen oder nicht – sogar mit ihren angeblichen Feinden, bis hin zur »Scientology Church« oder zu »Universelles Leben«. Mitglieder der Enquete-Kommission treten für die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten ein, und sie möchten die bisher nicht kontrollierte Religions-Konkurrenz einbinden, denn die Funktion der neu erwachten Religiösität als Überbau des Sozialabbaus ist zu wichtig, als daß man sie den Hasardeuren spiritueller Moden überlassen dürfte. Bei näherem Hinsehen erscheint die Kommission vor allem als ein Experimentierfeld, um reaktionäre ideologische Entwicklungen zusammenzufassen, die in den Zeiten kommender Massenarmut benötigt werden.

Die selbsternannte »Initiatorin« dieser parlamentarischen Inquisition, die SPD-Abgeordnete Renate Rennebach aus Berlin, die sich den köstlichen Titel »Sektenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion« zulegte, garantiert für das hysterische Element: Sie fürchtet überall »Gehirnwäsche«, der die Bevölkerung hilflos ausgeliefert sei, als läge 1984 in der Zukunft. Huxley und Skinner, Orwell und Moskau, James Bond bei den Rotchinesen: das heißt heute alles »Scientology«. Doch die wissenschaftliche Psychologie – und nicht nur die marxistisch orientierte – hat über die Bewußtseins-Science-fiction einer »Schönen neuen Welt« immer schon gelächelt, weil die menschliche Psyche so eben nicht funktioniert. Dennoch setzen die meisten Enquete-Sachverständigen auf Angstmacher und beschwören in ihren Schriften die Gefahren von »Psychotechniken«, »Manipulation«, »Willenlosigkeit«, »schleichender Orwellisierung«, »Hypnopädie«, »Unterwanderung der Gesellschaft«, gar »chemischer Beeinflussung«. Zur Abwehr der Unbill fordert Rennebach kurzerhand eine Einschränkung der Religionsfreiheit im Artikel 4 des Grundgesetzes, »damit nicht jeder behaupten kann, er sei Jesus«, wie sie der »Berliner Zeitung« sagte. Mit Rennebachs Zutun übertrieb die SPD-Mitgliederzeitung »Vorwärts« maßlos die Zahl der Sektenanhänger und sah in einer Titelgeschichte die Deutschen schon »Im Bann der Sekten – Marsch auf Bonn: Kampfansage der 350.000«.

Kampf gegen die Befreiungstheologie

Doch statt der Sekten marschiert wieder das verschreckte Kleinbürgertum, wie bei derAbschaffung des Asylrechts, als angeblich die »Ausländerflut« schwappte. Der weltanschauliche Eifer einiger Abgeordneter kommt denen recht, die das eigentliche Ziel der Sekten-Enquete bestimmen: den Kampf gegen die Linke. Dafür steht z.B. der Enquete-Sachverständige Jürgen Keltsch, ein Jurist, ehemals Staatsanwalt und dann Richter am bayrischen Oberlandesgericht in München, der aber vor allem über Psychotherapie dilettiert. Vor der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung gab Keltsch im Frühjahr 1996 sein Bekenntnis ab: Er will den Sektenbegriff so umdefinieren, daß alle Weltanschauungen, die eine Gesellschaftsveränderung und einen »Neuen Menschen« zum Ziel haben, gleichermaßen bekämpft werden können. Dazu zählt er im Rückgriff auf

den Politikwissenschaftler Eric Voegelin »den Progressivismus, den Positivismus, Marxismus, Kommunismus« und fügt strafverschärfend gleich den »Faschismus und den Nationalsozialismus, aber auch die Psychoanalyse« sowie den »Therapeutismus« und den »Guruismus« der Aufzählung hinzu – Sammelbegriff: »politischer Extremismus mit therapeutischem Legitimationsanspruch«. Hierunter fallen für Keltsch »auch alte wie neue Religionsgemeinschaften, ... wenn sie sich zur Veränderung der Gesellschaftsbedingungen gesellschaftspolitisch engagieren. Wir verweisen auf die Theologie der Befreiung. ... Die gemeinsame Idee ist die Veränderung des Menschen und der Gesellschaft mit dem visionären Ziel, einen jetzt bestehenden schlechteren Zustand in einen idealen zu verwandeln.« Ein Sachverständiger aus dem Mustopf? Ein verschreckter Kleinbürger, dem undifferenziert jede Veränderung Angst macht?

Keltsch hat es auf die Linke abgesehen, wie sein Hinweis auf die Befreiungstheologie zeigt. Zu derart definierten Sekten erklärte er vor der Seidel-Stiftung alle, die »die Welt zum Besseren verändern« wollen, »eine neue bessere Gesellschaft und Welt zu erreichen« hoffen, und zwar »durch eigenes menschliches Handeln« und »in einem historischen Prozeß«. »Dabei wird die derzeitige staatliche und gesellschaftliche Werteordnung ... negiert, ... Konflikte mit der Gesellschaft und der staatlichen Ordnung werden als notwendiges Übel auf dem Weg zum Neuen Menschen und zur Neuen Gesellschaft einkalkuliert.«

Für Keltsch ist dies alles eine Frage der »Psychohygiene«, wie er sagt: Marxismus, Befreiungstheologie oder Guruismus sind ihm gleichermaßen »gesundheitlich nicht empfehlenswert«, eine »ungesunde Lebensform«. Die Linke als Krankheit – das hatten wir doch schon mal. Bei seinem Appell zur »Psychohygiene« beruft er sich ausgerechnet auf den rechtsextremen Psychologen Peter Hofstätter, der 1940 die neuen mathematischen Methoden der Psychologie einsetzen wollte, um die Judenselektion zu effektivieren, und der in den 70er und 80er Jahren zum Agitator der »Neuen Rechten« wurde. Doch Keltsch will keine neuen Gaskammern und Luminalspritzen, sondern sanftere, systemkonforme Repressionsmethoden.

Im Rahmen des Kapitalismus, den Keltsch stabilisieren möchte, behandelt er das Problem der Sekten unter dem Etikett des »Psychomarktes« oder des »Lebenssinnmarktes«, Weltanschauung betrachtet er als Ware, die angeboten und konsumiert werde; einen »Schutz des Kunden« will er einführen und die Anbieter den Vorschriften des »Verbraucherschutzes« und der Gewerbeordnung unterstellen. Auf diese Weise zum Feierabend-Lebenssinn neutralisiert, wird dann wohl sogar der Marxismus Gewinne abwerfen, und einem Befreiungstheologen, der Guerillakämpfer versteckt, kann einfach »gemäß § GewO« (Keltsch) der Gewerbeschein entzogen werden! Tatsächlich scheint sich dieser Sachverständige die Welt derart vorzustellen. Und Rennebach hat die Idee bereits übernommen: »Bei jedem Lebensmittel steht drauf, was drin ist«, glaubt sie naiv im »Vorwärts«-Interview und fordert »Verbraucherschutz auch für den Sekten- und Psychomarkt«. Und was, wenn Jesus draufsteht und Papst drin ist?

Mal sehen, was in der Sekten-Enquetekommission noch so drin ist: Der Sachverständige Hans Gasper, ansonsten »Referent für theologische Grundsatzfragen sowie Sekten- und Weltanschauungsfragen in der Zentralstelle Pastoral der Deutschen Bischofskonferenz«, fordert von den Kirchen: »Wie eine Sekte leben, ohne Sekte zu sein.« Es müsse »die gemeinsame Schnittmenge zwischen Sekte und Kirche gefunden werden«, um ein soziales Umfeld, ein »Glaubensmilieu« zu schaffen, aus dem heraus die Mißstände der Gesellschaft nicht etwa verändert, sondern in dem »die vielen Unübersichtlichkeiten heutigen Lebens« und »die unvermeidlichen Dunkelheiten und Ungewißheiten des Lebens angenommen« und »ertragen« werden könnten, »z. B. durch Magie« – Opium fürs Volk. »Halt und Geborgenheit« fehlten nämlich heute, »der Verlust von Autorität« sei zu beklagen. »Heilige Meister« und »Großleitbilder wie z. B. Mutter Teresa oder Papst Johannes Paul II. oder auch der Dalai Lama« müßten her, dann könne endlich dem »Prozeß der Versektung« der Gesellschaft begegnet werden, wie Gasper es ungeniert nennt, als hätte nie jemand von ihrer »Verjudung« geredet. »Gehorsam« gegenüber dem »bevollmächtigten Ausleger autoritativer Texte, z. B. der Bibel«, sei nötig, und Keltsch mag wieder auf die Befreiungstheologen verweisen, die dem Papst nicht gehorchen wollten.

Rechter Sekten-Funktionär zieht die Fäden

In der Sekten-Enquetekommission hat sich eine klerikal-faschistische Koalition gebildet, die bereits in den 30er und 40er Jahren vereint gegen die Linke stand. Ihren braunen Teil repräsentiert der Jurist Ralf Bernd Abel, selbst CDU-Mitglied. Er ist der unbestrittene Vordenker des deutschen Sekten-Diskurses, obwohl er selbst tief in die Sekten-Szene verstrickt ist, und stellt die lebendige Bestätigung des Vorwurfs dar, den die rechtsextreme Konkurrenz aus USA, die »Scientology Church«, gegen diesen Diskurs erhebt: daß er eine Nazi-Veranstaltung sei.

Der Multifunktionär Abel firmiert mal als Rechtsanwalt und Notar in Schleswig, mal als Rechtsanwalt in Hamburg, mal als Jura-Professor im thüringischen Schmalkalden; mal heißt er Ralph, mal Ralf, mal Ralf Bernd, mal Ralf B. – es ist immer derselbe. Er ist auch Vorstandsmitglied der »Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit e. V.« (Bonn), die private Firmen bei der Abwehr unerwünschter Computer-Hacker berät und mit dem Bundesinnenministerium zusammenarbeitet, und sitzt gemeinsam mit dem früheren SPD-Innenminister Hans Peter Bull im Kuratorium der halbstaatlichen »Datenschutzakademie Schleswig-Holstein«. Mal vertritt Abel »Scientology«-Aussteiger und Sekten-Opfer vor Gericht, mal klagt er im Namen der Sekte »Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e. V.« (DUR), der er selbst angehört, gegen

Antifaschisten – erfolglos, denn die DUR darf nach rechtskräftigen Urteilen der 90er Jahre als »völkisch-rassistische Sekte«, als »Nazi-Sekte« und als »nazistische Tarnorganisation« bezeichnet werden, die »seit einigen Jahren die Geschichte der Freien Protestanten in Rheinhessen als eigene Geschichte beansprucht, um ihre faschistische Herkunft zu vertuschen«. In einem Prozeß vor dem Landgericht Berlin, in dem Abel persönlich als Vertreter der DUR auftrat, urteilte das Gericht nach der Prüfung mehrerer hundert Seiten Beweisanlagen, »daß bis in die jüngste Vergangenheit bei der Klägerin« – der DUR – »in maßgeblichen Positionen solche Personen tätig waren, die eben nationalsozialistisches Gedankengut vertreten haben«. Doch Abel schrieb anschließend an eine besorgte Freundin der Sekte: »Liebe Monika Griefahn, an den Vorwürfen ist wirklich nichts dran.«

Im Frühjahr 1996 verfaßte Abel für den schleswig-holsteinischen Sektenbeauftragten Hans-Peter Bartels – ein vormaliger Redenschreiber des SPD-Vorsitzenden Björn Engholm – das berühmt gewordene Rechtsgutachten über die Verfassungsfeindlichkeit der »Scientology Church«. Gleichzeitig schrieb er in der renommierten »Neuen Juristischen Wochenschrift« (NJW) über die »Entwicklung der Rechtsprechung zu neueren Glaubensgemeinschaften«, aber die verlorenen Prozesse seiner DUR erwähnte er mit keinem Wort.

Dieser eifrige Datenschützer und Sektenjäger hat vieles zu verbergen, bisweilen auch seine Identität: Erste Veröffentlichungen zum Thema schrieb er unter dem Pseudonym »Klein«, und als er selbst noch klein war – neunzehn Jahre jung und konfessionslos – , klagte Soldat Abel beim Wehrbeauftragten des Bundestages gegen die Pflichtteilnahme am Standortgottesdienst seines Fernmeldebataillons, wie der »Spiegel« 1968 berichtete.

Seit 30 Jahren ist Abel auch ein Multifunktionär der »Deutschen Unitarier«, die nach 1945 als Auffangorganisation der verbotenen nazistischen »Deutschen Glaubensbewegung« entstanden und bei denen sich folgerichtig hohe Funktionäre aus SS, SA und NSDAP sammelten, um weiterhin NS-Ideologie zu betreiben. Das »Glaubensgut« der DUR bestimmen – bis heute – verurteilte Kriegsverbrecher, Ideologen der Germanentümelei und enge Mitarbeiter des NS-Propagandaministers Josef Goebbels, des »Beauftragten des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Schulung und Erziehung der NSDAP« Alfred Rosenberg und des Chefs des SS-Rasse- und Siedlungsamtes Walter Darré: Dietrich Klagges, Wilhelm Hauer, Herbert Böhme, Eberhard Achterberg, Marie Adelheid Reuß-zur Lippe, die die Sekte ab 1946/47 aufbauten und von ihr immer noch verehrt werden. Auch der exkommunizierte katholische Priester Albert Hartl, der von Heinrich Himmler persönlich für die SS geworben worden war und dann das KZ Dachau mit Christen zu füllen half, der dann im Reichssicherheitshauptamt zum unmittelbaren Vorgesetzen Adolf Eichmanns aufstieg, maßgeblich am Zustandekommen des Euthanasie-Programms beteiligt war und schließlich am Kriegsende Kontakte zu Bischof Alois Hudal im Vatikan knüpfte – dem Organisator der »Rattenlinie«, des Fluchtwegs für die hohen Nazi-Verbrecher nach Übersee – gehörte bis in die 80er Jahre zu den DUR-Führern. Die Sekte wird heute – unwidersprochen – auf 200 aktive Mitglieder geschätzt.

Abel war jahrelang Rechtsvertreter der DUR, Vorsitzender des »Hilfswerks der Deutschen Unitarier« (das hauptsächlich Altenarbeit für alte Nazis betreibt), Jugendreferent und Studentenbetreuer der Sekte sowie »ständiger Mitarbeiter« und »Schriftleiter« der Nazi-Zeitschrift »glaube und tat/unitarische blätter«, in der zu Abels Zeiten immer neue Bekenntnisse zum Nazi-»Kirchenkampf« und zu den religiösen Ideen Alfred Rosenbergs und seines Apologeten Hauer zu lesen waren. Abel verantwortete z. B. den Abdruck eines Nachrufs auf SS-Hartl mit, den DUR-Präsident Horst Prem – heute ein leitender Ingenieur der Dasa – verfaßte: Der Himmler-Protegé sei »Wegweiser« der »Deutschen Unitarier« gewesen. Ebenfalls unter Abels Mitverantwortung fiel der wohlwollende Abdruck eines Textes der antisemitischen Sektengründerin Mathilde Ludendorff und einer Werbeanzeige für deren Buch *Triumph des Unsterblichkeitswillens* in den »unitarischen blättern«. Auch am Schwerpunktheft »Die Ausländer – Belastung oder Bereicherung« war Abel beteiligt: Hier wurde vor einer Gefährdung der »Erbanlagengemeinschaft« durch die »Andersartigkeit« einer »fremdvölkischen sozialen Unterschicht« gewarnt, deren Nachkommen bald »als lauter Mustafas, Mohammeds und Ali Babas hier herumlaufen«. Höhepunkt dieses Heftes war das Bekenntnis zur Militanz als »Teil meines Glaubens«: »Die Orientalisierung und Afrikanisierung unseres Landes macht mich zusehends trauriger und aggressiver.«

Abels Sekte hat die besten Verbindungen zu den wichtigsten Gruppierungen des organisierten Rechtsextremismus. Funktionäre und Ideologen der DUR in den 70er, 80er und 90er Jahren waren oder sind Gründer oder Kandidaten der »Kieler Liste für Ausländerbegrenzung«, von NPD und »Republikanern«, Autoren des Grabert- und des Arndt-Verlages, Redakteure, Autoren oder Abonnenten der Auschwitz-Leugner-Zeitschrift »Die Bauernschaft«, von »Nation+Europa« oder »Junge Freiheit«. »Ehrenpräsidentin« der DUR wurde 1985 Sigrid Hunke, die führende Religionswissenschaftlerin des europäischen Neofaschismus; von ihr schrieb z. B. Alain de Benoist große Teile seines Buches *Heide sein – zu einem neuen Anfang* ab. Hunke – 1985 auch »Schillerpreis«-Trägerin des ebenfalls von Herbert Böhme gegründeten rechtsextremistischen »Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes« – habe sich »leidenschaftlich für die Wiederentdeckung unserer ureigenen europäischenKultur und Religiösität eingesetzt«, lobte Ralf Bernd Abel.

Das Selbstverständnis der »Deutschen Unitarier« als Herrenmenschen bekannte niemand deutlicher als der völkische Agitator Friedrich Schöll, der vor der bayrischen DUR-Landesgemeinde ausrief: »Ich bin Gott!« Bis heute verteidigt die Sekte diesen Wahn als »tiefste religiöse Aussage«, denn als Pantheisten glauben ihre Mitglieder, das Göttliche befinde sich

im Menschen und seinem Handeln selbst, als Rassisten aber glauben sie, dieses »Gotterleben« sei den »Ariern« vorbehalten, die Semiten z.B. seien leider nun mal nicht selbstgöttlich: falsche Gene, falsches »Blut«. Abel versteht sich ausdrücklich als Nachfolger dieser Nazi-Götter. Er präsentierte sich in den »unitarischen blättern« als Schüler des früheren SS-Offiziers Alarich Augustin, der in den 40er Jahren im besetzten Brüssel die SS-Kult-Organisation »Ahnenerbe« vertrat – Walter Darré hatte das »Ahnenerbe« gegründet – , der in den 70ern in »glaube und tat« forderte, die alten Forschungen von 1934/35 nach dem angeblichen germanischen naturspirituellen Kulturerbe an den Externsteinen im Teutoburger Wald müßten wiederaufgenommen werden, und der in den 80ern auf öffentlichen Veranstaltungen der DUR vor »ethnischer Unterwanderung« und »Überfremdung« warnte. Augustin sei sein »Lehrer« gewesen, so Abel, der ihm den »überzeugenden weltanschaulichen Entwurf jenseits von Marx und Christus« vermittelt habe.

Verankert im Sekten-Netz

Was die »Scientology Church« nicht wissen mag, wenn sie in Zeitungsanzeigen den deutschen Sekten-Diskurs als nationalsozialistisch bezeichnet, und was ihre Opfer und Aussteiger nicht wissen, wenn sie den Schleswiger Rechtsanwalt um Hilfe bitten: Ralf Bernd Abel und Konsorten stehen den Konkurrenz-Herrenmenschen von »Scientology«, die sich ebenfalls für Götter halten, nicht nur geistig nahe. Das enge Netz der Sekten, in dem auch die DUR verknüpft ist, reicht selbst bis zur »Scientology Church«, auch bis zur antisemitischen Sekte »Universelles Leben/Heimholungswerk« des Würzburger »Sprachrohrs des Ewigen«, das bürgerlich Gabriele Wittek heißt und ähnliche antijüdische Verschwörungstheorien wie die »Ludendorffer« verbreitet. Daß es in DUR-Schriften von »Krishna«, »Brahmo Samaj«, »Schwarzfußindianern«, »Sonnenreligion« nur so wimmelt, daß es enge Beziehungen von DUR-Funktionären – z. B. von Abels früherem »Schriftleiter«-Kollegen der »unitarischen blätter« Günter Pahl – zur »Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas« (ANSE) gibt, tat Abels Ruf als Sektenjäger ohnehin bisher keinen Abbruch. Doch er und andere propagierten in den »unitarischen blättern« auch immer wieder die Schriften des ehemaligen katholischen Priesters Hubertus Mynarek, ein Verehrer des »Kirchenkampf«-Führers Hauer und eine Zentralfigur der gesamten deutschen Sektenszene. Mynarek, den das evangelisch-liberale »Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt« 1986 unter der Überschrift »In der Tradition von Blut und Boden« porträtierte, schrieb 1979 für die Jugendarbeit der DUR das Buch *Orientierung im Dasein*. 1983 äußerte er sich in seinem Buch *Religiös ohne Gott? Neue Religiösität der Gegenwart in Selbstzeugnissen* wohlwollend über Sekten wie »Transzendentale Meditation«, Bhagwan oder »Scientology« und ließ »Geistliche der Scientology-Kirche« – wie er schrieb – ihre Thesen vertreten. 1985 trat Mynarek bei »Universelles Leben/Heimholungswerk« auf und sagte dem evangelischen »Sonntagsblatt«: Vieles, was er in den Schriften des »Heimholungswerks« der Gabriele Wittek gelesen habe, sei ihm sympathisch, und »das, was sie schreiben, ist durchaus etwas Positives«. Ende der 80er warb die DUR für Mynareks Vortragsreisen, der nun auch Autor in den »unitarischen blättern« war und bis heute in Zeitschriften der sogenannten Freireligiösen schreibt, die sich schon 1933 mit der nazistischen »Deutschen Glaubensbewegung« verbündeten und seit 1992 gemeinsam mit der DUR im »Dachverband freier Weltanschauungsgemeinschaften« sitzen.

Daß die Nazis dennoch die Konkurrenz-Herrenmenschen aus USA bekämpfen, macht nicht nur einen Sinn als Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs mit anderen Mitteln. Ron Hubbards »Scientologen« sind ökonomische Liberalisten, sie glauben an die Gleichheit des Geldbeutels: Jeder Afrikaner, Asiate oder Araber, der sich die teuren Tests und Kurse der »Scientology Church« leisten kann, kann sich auf diese Weise die vermeintliche Selbstgöttlichkeit kaufen und daraus weltliche Macht ableiten wollen – ein Greuel für völkische Rassisten, die mit Alfred Rosenberg auf die unlösbare Verbindung von »Glaube und Blut« setzen, damit niemand außer den »Ariern« herrsche.

Kein Interesse an Aufklärung

Die CDU/CSU berief Ralf Bernd Abel als Sachverständigen in die Sekten-Enquetekommission, doch im Grunde haben auch die anderen Parteien kein Interesse an der Entwirrung dieses Sekten-Netzes, denn ausnahmslos alle sind in die Szene verwickelt. Entsprechend ist der Untersuchungsauftrag formuliert, damit nur ja nicht zu viele Querverbindungen bekannt werden: Weder rechte christliche Sekten wie Pfingstler, Jesus-Marschierer, Evangelikale, Opus Dei oder Bibelausleger sind Gegenstand der Enquete noch islamistische Gruppen, die z.Z. versuchen, die CDU zu unterwandern, noch Osho/Bhagwan-Gläubige oder die Anthroposophen, die wegen des Rassismus von Rudolf Steiner neuerdings umstritten sind und Abgeordnete der SPD (Schily propagiert z.Z. Steiners Ideen auf öffentlichen Veranstaltungen) und der Grünen (Häfner) im Bundestag sitzen haben; erst recht fehlen Naturspirituelle, Freireligiöse und völkische Neuheiden als Objekte der Enquete. Aber mindestens fünf Kommissionsmitglieder gelten bei Antifaschisten, die die Szene aus ganz anderer Warte seit Jahren beobachten, als Vertrauensleute der »Deutschen Unitarier«: Außer Abel der SPD-Abgeordnete Klaus Hagemann, der bis Ende 1994 Bürgermeister des rheinhessischen Städtchen Osthofen war, in dessen Gemeindeblatt im selben Jahr DUR-Werbeartikel abgedruckt wurden, und der persönlich bekannt ist mit dem Leiter des hochgeheimen »Auslandsamtes« der DUR; die Sachverständige Ursula Caberta y Diaz (SPD), Sektenbeauftragte des Hamburger Senats, die den Rechtsanwalt Abel mit der Bearbeitung ihrer Strafanzeige gegen »Scientology« beauftragte und vor lauter blindem Eifer den Showmaster

Thomas Gottschalk der Sekten-Nähe bezichtigte – die Affäre endete als plumpe Namensverwechslung; Renate Rennebach (SPD), über die aus dem Sekten-Arbeitskreis des Asta der FU Berlin zu hören ist, sie präsentiere sich selbst als Duz-Freundin Abels, was ihr langjähriger Mitarbeiter Frank Sassenscheidt – heute von der SPD-Bundestagsfraktion als Referent für Sektenpolitik angestellt, so etwas gibt es wirklich! – zwar bestreitet, aber sogleich hinzufügt: »Das heißt nicht, daß Frau Rennebach etwas gegen Abel hätte.«

Auch der Sachverständige Hansjörg Hemminger zählt dazu; er vertritt die rechtslastige »Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen« (EZW), eine offizielle Einrichtung der Evangelischen Kirche in Deutschland, bei der auch rechtsextreme Neuheiden wie Karlheinz Weißmann publizieren konnten und deren langjähriger Chef Reinhard Hummel sich positiv auf Sigrid Hunke bezog. 1989 brachte die EZW ein freundliches Buch über die »Deutschen Unitarier« heraus, in dem alle hohen Nazi-DUR- Funktionäre vorgestellt werden – auch Hartl – , jedoch ohne zu erwähnen, was diese vor 1945 taten. Die DUR kaufte sofort einen Teil der Auflage und verbreitet nun das Buch – über das nach einem Beschluß des Landgerichts Gießen gesagt werden darf, es sei »eine unkritische und wissenschaftlich nicht abgesicherte Darstellung«, sein Autor erwähne »an keiner einzigen Stelle die faschistischen Bezüge der Sekte« und habe »weder die Quellen noch die einschlägige Sekundärliteratur zu diesem Problem ausreichend studiert« – als Persilschein. Solche Freundlichkeit zwischen den Sekten erstaunt nicht, denn Hemmingers EZW führt sich selbst auf den Evangelikalen Walter Künneth zurück, einen Antisemiten, der seinem Diskussionspartner Alfred Rosenberg in den 30er Jahren ausdrücklich und schriftlich das Recht auf die Judenverfolgung zugestand.

Wenig Aufklärungsinteresse hat wohl die FDP, denn Abels Nachfolger als Chef des »Hilfswerks der Deutschen Unitarier«, Ernst Mohnike, kandidierte 1994 für die Freien Demokraten in Hamburg-Bergedorf zum Bundestag. Als Fax-Absender im DUR-Prozeß vor dem Berliner Landgericht, an dem neben Abel auch Mohnike teilnahm, war das Bergerdorfer FDP-Parteibüro angegeben, und etliche FDP-Politiker, bis hin zu Jürgen Möllemann, besuchten die »Jugend- und Bildungsstätte Klingberg der Deutschen Unitarier« in Scharbeutz an der Ostsee, die Mohnike leitet: Auf dem Gelände sind »Thing-Plätze« für völkische Sonnwendfeiern, man kann hier aber auch Russisch lernen und Exkursionen von Klingberg nach Königsberg buchen. Zu immer neuen Vorträgen lädt Mohnike hierher auch den Sonnenmystiker Baldur Springmann ein, einst Gemeindeleiter der DUR, der im Arndt-Verlag des Dietmar Munier publiziert; Munier gehört zu den rechtsextremen Rückeroberern des Gebiets von Kaliningrad und hat zur Zeit Einreiseverbot nach Rußland.

Es ist auch fraglich, ob die PDS ein Aufklärungsinteresse hat. Denn der einzige DDR-Dissident aus Gregor Gysis Rechtsanwaltskanzlei, der noch öffentlich den PDS-Bundestagsgruppenchef verteidigt, ist Rudolf Bahro. Und der wird nicht nur gleichermaßen vom PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky und vom Sprecher der »Kommunistischen Plattform« Uwe-Jens Heuer als Bündnispartner umworben, er war auch Bhagwan-Fan und engagierte sich bei der autoritär-sexistischen Psychogruppe »ZEGG«, die aus zahlreichen anderen Sekten-Ideologien schöpft, bis hin zu den Anthroposophen. Ein Auftritt von »ZEGG«-Vertretern, die Bahro in seine Vorlesungsreihe an der Humboldt-Universität eingeladen hatte, wurde von der Uni-Präsidentin Marlis Dürkop mit der Begründung verboten, dies sei eine Sekte, deren Ziele im Widerspruch zur humanistischen Grundeinstellung der Universität stünden. Bahro beruft sich neuerdings auch positiv auf Sigrid Hunke und lud sogar den theologischen Chef der »Deutschen Unitarier«, Wolfgang Deppert, zum Gastvortrag in die Humboldt-Uni ein, diesmal ohne Verbot.

Die Grünen wollten die unselige Sekten-Enquetekommission von Anfang an nicht und haben genügend Gründe, sie wieder abzuschaffen. Kürzlich erst verkauften sie ihr Haus Wittgenstein bei Bonn – zum Sonderpreis unter dem Verkehrswert – an die erzkonservative rußlanddeutsche Mennoniten- und Baptistenvereinung »Internationales Centrum für Weltmission e. V.« (ICW), die sogleich erklärte, in der ehemaligen Grünen-Parteizentrale Missionare ausbilden zu wollen. Zu deren Aufgabe gehört nach Aussage des ICW-Sprechers Heinrich Löwen »auf jeden Fall« und »aus Gründen der Bibel« der Kampf gegen die Abtreibung und gegen die gleichgeschlechtliche Ehe. Für den Grünen-Bundestagsabgeordneten Volker Beck, der die Ehemöglichkeit für schwule und lesbische Paare fordert und auch in der Sekten-Enquetekommission sitzt, ist dies zwar »ärgerlich«, aber »ein normales Immobiliengeschäft, der freie Markt eben«. Die Partei habe Geld gebraucht, und man solle doch bitte nicht jede religiöse Kleingruppe gleich zur Sekte erklären.

Verbraucherschutz am freien Gesinnungs-Markt? Grün steht drauf, aber braun ist drin: Der »Arbeitskreis Spirituelle Wege in Wissenschaft und Politik« der Partei Bündnis 90/Die Grünen wird von dem Sekten-Allround-Ideologen Hubertus Mynarek und dem ehemaligen Grünen-MdB Karin Zeitler geführt. Zeitler will den »Gemeinschaftsgedanken der 20er und 30er Jahre« mit dem »Kommunegedanken der 60er und 70er Jahre« verbinden, damit »unsere moderne, materielle, kranke Welt wieder zu einem gesunden, ausgeglichenen Zustand findet«, wie sie in der größten deutschen New Age-Zeitschrift, »esotera«, schrieb, in der Mynarek gleichzeitig behauptete: »Spiritualität ist die Seele der Politik«. Der Schwerpunkt des Spiri-AK liegt in Baden-Württemberg, wo Mynarek zeitweise für die Grünen Wahlkampf machte, doch die Heidelberger Grünen-Bundestagsabgeordnete Angelika Köster-Loßack, ebenfalls Mitglied der Sekten-Enquetekommission, will von alledem noch nie etwas gehört haben. Vielleicht weiß ihr Fraktionskollege Gerald Häfner mehr, der sich im Bundestagshandbuch als Mitarbeiter des anthroposophischen »Internationalen Kulturzentrums Achberg« vorstellt, das eng mit Mynarek zusammenarbeitete.

Die SPD entsendet seit der Wahl 1994 nicht nur die meisten christlichen Theologen in den Deutschen Bundestag (sechzehn, davon sieben Geistliche; CDU/CSU: zehn, davon vier Geistliche; Grüne: zwei; FDP und PDS je einen), sie ist auch am tiefsten in die Sektenszene verwickelt. Da duzt sich nicht nur Mohnike mit Griefahn, da verteidigen nicht nur ein paar Saarbrücker Jusos ihr Idol Mynarek und die Kieler Jusos den DUR-Chef Deppert in ihrer Zeitschrift »Rot-Kielchen«. Der konservativste SPD-Bezirk Nordhessen (Kassel) und der kleinste SPD-Bezirk Rheinhessen (Mainz) sind Sekten-Hochburgen, ihre Regionen sind seit 75 Jahren Zentren der faschistischen Religiösität. Der Kasseler Oberbürgermeister Lauritz Lauritzen, später Willy Brandts Wohnungsbauminister in Bonn, sprach schon in den 50er Jahren auf einem Kongreß der »Deutschen Unitarier«; der Kasseler SPD-Bundestagsabgeordnete Holger Börner trat 1974 bei der DUR auf und gab den »unitarischen blättern« 1988 ein Interview; bis heute verteidigt er seine Sekten-Freunde gegen jeden Nazi-Vorwurf. Und auch sein Nachfolger Horst Peter – ansonsten ein Sprecher des linken Flügels der SPD – konnte den Verlockungen der Kasseler DUR-Gemeinde nicht widerstehen. Hessens SPD-Kultusminister Holzapfel besuchte 1993 persönlich den »Unitariertag« in Baunatal, zu dem Ministerpräsident Hans Eichel eigens ein »herzliches« Grußwort verfaßt hatte.

Vor allem die sogenannten Freireligiösen Gemeinden – pantheistisch-naturspirituell orientiert und traditionell wahlweise der SPD oder der NSDAP zugeneigt – sind heute eine Drehscheibe für die Sektenvernetzung. Zahlreiche ihrer Mitglieder sind Funktionsträger der SPD, kommunale Abgeordnete und Bürger- und Oberbürgermeister der Partei. In ihrer Zeitschrift »Wege ohne Dogma« (WOD), die seit 1992 erscheint, werben die Freireligiösen aber auch für Veranstaltungen der DUR und preisen die Bücher Mynareks an, der hier auch selbst schreibt; der »WOD«-Redakteur Eckard Pilick schreibt auch in den »unitarischen blättern«. SPD-MdB Doris Barnett (Ludwigshafen), die wie SPD-MdB Eckhart Pick (Mainz) selbst Mitglied der Freireligiösen ist, wird in »WOD« gefeiert und gibt ein Interview. Gleichzeitig beschuldigt das Blatt Antifaschisten, »kulturelles Aids« zu verbreiten und mit »Viren« sowohl die »FAZ« als auch die »Taz« »zu infizieren«, deren »politisches Immunsystem« bereits zusammengebrochen sei, weil sie negativ über »die freireligiös-unitarische Bewegung« berichtet hätten – die Sekten sehen sich selbst verschmelzen.

Unter diesen Bedingungen kann man nicht erwarten, daß die »Enquete-Kommission Sogenannte Sekten und Psychogruppen« des Bundestages nach zwei Jahren Geheimsitzungen 1998 einen umfassenden, sachlichen und bürgerlich-aufgeklärten Abschlußbericht veröffentlichen wird. Dagegen muß man befürchten, daß die geplanten staatlichen Maßnahmen zum Schutz psychisch labiler Personen, die angesichts der Praktiken mancher göttlicher Verführer durchaus erwägenswert sind, vorzeitig im Sektennetz kursieren werden.

Peter Kratz ist Diplom-Psychologe und veröffentlichte 1994 das Buch »Die Götter des New Age. Im Schnittpunkt von >Neuem Denken<, Faschismus und Romantik«.

Konkret 12/96, S. 20

Otto Köhler

Mommsens warme Dusche

Erst seine Goldhagen-Beschimpfung, nun ein Persilschein für die Führung des VW-Konzerns während der Nazi-Zeit: Hat der renommierte Historiker Hans Mommsen tatsächlich noch einen Ruf zu verlieren?

6. November 1996, Pressekonferenz in der Niedersächsischen Landesvertretung zu Bonn. Hans Mommsen lehnt sich zufrieden zurück. Er hat – nach all dem Ärger mit Goldhagen in den letzten Monaten – endlich eine zehnjährige mühevolle Arbeit zu einem guten Ende gebracht. Vor den Journalisten liegt das 1055 Seiten dicke Buch, das er mit seinen Mitarbeitern verfaßt hat: Und was kaum einer mehr vermutete, Hans Mommsen tritt nachdrücklich für eine Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter von VW ein und würdigt den »vorbildlichen Umgang des Unternehmens mit der unabhängigen Forschung«.

Die begann 1986. Damals fragte einer – und fragen muß doch erlaubt sein: »War nicht der Archipel Gulag ursprünglicher als Auschwitz? ... Rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte?« Ernst Nolte fragte so in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, nicht ohne Grund. Das bundesdeutsche Zentralorgan fühlte sich verpflichtet, der Deutschen Bank beizustehen. Die sah sich nämlich nach dem Erwerb des Flick-Konzerns um die Jahreswende 1985/86 öffentlich und weltweit mit der Vergangenheit konfrontiert. Der ehemalige Hauptankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, Robert A. Kempner, hatte vom Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Friedrich Wilhelm Christians, verlangt, die »gesundheitlich schwer geschädigten überlebenden Sklavenarbeiter« des Flick-Konzerns zu entschädigen. Die Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft sei eine gute Gelegenheit, die Sache zu bereinigen, »damit den Aktien nicht ein Geruch von Schweiß und Blut anhaften kann«.

Die »FAZ« erkannte sofort Kempners Irrtum und gab vor, was zu tun sei: »... wird man sich an die Regierungen wenden müssen, nämlich an die Regierungen in Bonn, Ost-Berlin und wohl auch in Wien. Es geht nicht an, auf einzelne Firmen Schuld abzuwälzen, für die der Staat einzustehen hat.« Denn: »Ein Betrieb konnte ihm angebotene Zwangsarbeiter schwerlich ablehnen – wenn er sich nicht der Sabotage an seinem Produktionsauftrag schuldig machen wollte.« Andererseits gab sie zu bedenken, daß »ein Teil der Häftlinge nur deshalb überlebte, weil er zur Zwangsarbeit herangezogen wurde«.

Das ging dem Historikerstreit voraus, mit dem Ernst Nolte Auschwitz zu einer Erfindung Stalins machte und Hitler zu einem Fremdkörper in der deutschen Geschichte. Nolte fand Verbündete unter seinen Fachkollegen, aber viele deutsche Historiker stellten sich ihm entgegen. Einer von denen, die Noltes maßlosen, fürchterlichen und zynischen Auschwitz-Vergleich besonders energisch bekämpften, ist Hans Mommsen gewesen. Der Bochumer Historiker erhielt im gleichen Jahr von Vorstand und Betriebsrat des Volkswagenkonzerns den Auftrag zur »lückenlosen Aufklärung« der Geschichte des Volkswagenwerkes, insbesondere seiner Zwangsarbeiter in der NS-Zeit. Das Volkswagenwerk will vor der Weltöffentlichkeit nicht so dastehen wie Flick und die Deutsche Bank, die sich, genervt durch die internationale Aufmerksamkeit, doch noch entschlossen, fünf Millionen Mark an überlebende Flick-Opfer zu zahlen – ein Tausendstel der fünf Milliarden, die Flick selbst von der Deutschen Bank bekam. Natürlich ohne Anerkennung einer Rechtspflicht.

Schon nach zwei Jahren – im Oktober 1988 – legte Mommsen im Kongreßpark Wolfsburg erste Forschungsergebnisse vor. Manche der damaligen Zuhörer fanden es nicht richtig, daß immer noch Schulen, Straßen und Plätze in Wolfsburg nach dem Gründervater des aus 1933 geraubten Gewerkschaftsgeldern entstandenen KdF-Werkes der Deutschen Arbeitsfront, nach Ferdinand Porsche, genannt werden. Dem Manne, der schon 1934 gefordert hatte, der vom Führer gewünschte Volkswagen dürfe »kein Fahrzeug für einen begrenzten Verwendungszweck« sein, er müsse »nicht nur als Personenwagen«, sondern auch »für bestimmte militärische Zwecke geeignet« sein. Doch Mommsen zeigte eine Abneigung gegen Straßenumbenennungen und würdigte Ferdinand Porsche in seiner »Ambivalenz«: Er meinte damit »dieses zähe Festhalten an der PKW-Produktion, auch wenn es nur der Kübelwagen ist, aber immer mit dem Ziel der Massenproduktion« (– im Kübelwagen stürmten Großdeutschlands mordende Soldaten in Europa und Afrika vor). Aber man sei sich »doch vollkommen einig in der Ablehnung der Verhältnisse des Dritten Reiches«, beschwichtigte er die etwas verständnislosen Zuhörer. Und im übrigen seien das alles nur vorläufige Forschungsergebnisse. In vier Jahren, 1992, wollte Mommsen mit seinem Team die Untersuchungen abgeschlossen haben.

Im September 1991 rufe ich beim Volkswagenkonzern an und frage, wie es denn nun mit der Entschädigung der Zwangsarbeiter stehe. Pressesprecher Witzel versichert mir, er bedauere, aber Professor Mommsen, der bekannte Historiker, müsse erst noch zu Ende forschen, bevor man über eine Entschädigung reden könne. Einen Monat später stellt der Gelehrte zum zweiten Mal seine – immer noch nicht abschließenden – Ergebnisse auf einem neuen Kongreß in Wolfsburg vor. In den 77 Seiten schriftlicher Forschungsergebnisse, die Mommsen nun – 1991 – verteilen läßt, findet sich durchaus Kritik an VW und Porsche im Dritten Reich, doch wichtig für den Konzernvorstand ist nur, was Mommsen zum

leidigen Problem einer Entschädigung der Zwangsarbeiter zu sagen hat: die sei nicht möglich. Wie soll man überhaupt feststellen, wer wirklich entschädigungsberechtigt ist? Und überhaupt werde man durch »pauschale Abstandszahlungen« an die Häftlinge der Sache nicht gerecht, da würde in der Bürokratie zuviel Geld hängen bleiben, und das führe dann zu einem »unkontrollierten Schleppersystem«. Besser sei doch die »überindividuelle Hilfe«, wie sie VW ja gerade erst zugesagt hatte: zwölf Millionen Mark für Jugendbegegnungsstätten in Polen. Rund 100 Millionen Mark war der Konzern seinen Zwangsarbeitern schuldig geblieben, mit Zins betragen diese nicht ausgezahlten Löhne bis heute weit über zwei Milliarden Mark. Aber Mommsen ist, was die individuelle Entschädigung von Zwangsarbeitern betrifft, sehr penibel: »Ich habe Angst vor sekundären Korruptionserscheinungen.«

Frei von solchen Ängsten hat Mommsen Anfang November 1996 in Bonn das Ergebnis seiner wissenschaftlichen Bemühungen vorgelegt, flankiert von zwei Herren des VW-Vorstands, vom niedersächsischen Kultusminister Rolf Wernstedt (»Die hier vorgestellte Arbeit wird in der wissenschaftlichen und politischen Literatur ein Standardwerk sein«) und flankiert auch von dem bekannten Vermittler Hans Koschnick, der »ebenfalls gratulieren« möchte.

Das Buch enthält manches kritische, auch sehr kritische Wort über die Behandlung der Zwangsarbeiter im Volkswagenkonzern. Doch es gibt Wichtigeres: »Es ging uns darum, die Geschichte des Volkswagenwerkes in ihrer Vielschichtigkeit darzustellen ...« Was gehört dazu? »Die Konstruktion und Durchsetzung des Volkswagens durch Ferdinand Porsche ...« Ein Heldenlied. Mommsen läßt es sich auch nicht nehmen, »Verdienste« Ferdinand Porsches und seines Nachfolgers und Schwiegersohns Anton Piëch zu würdigen, der Männer, die mit Zwangsarbeit den Konzern aufbauten.

Der »Siegeszug, den Porsches Modell in den 50er Jahren antrat«, war auch, formuliert Mommsen, »den im Krieg erprobten Vorzügen seiner Konstruktion zu verdanken« – das ist wahr. Siegeszüge haben gern etwas mit den Erprobungen des Krieges zu tun, das muß man professionell sehen und »Politik« aus dem Spiel lassen. Im engeren Kreis, ermittelte Mommsen, scheine Politik damals »niemals Gegenstand von Unterhaltungen« gewesen zu sein, denn: »Porsche war und blieb in erster Linie durch eine hochgradig professionelle Einstellung bestimmt.« Und da war er eisern: »Er trug stets Zivil und vermied es, den ihm von Himmler verliehenen SS-Rang zur Kenntnis zu nehmen.« Auch war da noch sein »persönlicher Charme«, ja: »Auch Adolf Hitler erlag der Ausstrahlung des wesentlich älteren Porsche ...« Erlag? Hat er sich nicht selbst erschossen?

Das Werk, so heißt es auf Seite 908, nutzte »Porsches persönliche Querverbindungen, um bevorzugt Arbeitskräfte zu bekommen«. Das ist ganz schön quer formuliert. Eine Verbindung fehlt. Im Interesse eines abgerundeten Bildes der Persönlichkeit Porsches hätte es doch nahegelegen, die Beurteilung durch Rudolf Höß, den Kommandanten des KZ Auschwitz, zu zitieren. Ihm wurde bei seiner Vernehmung das Foto eines Mannes gezeigt. Der ebenfalls von einer hochgradig professionellen Einstellung bestimmte Höß erkannte sofort: »Porsche. Er hat sehr viel mit]SS-Oberführer Maurer zu tun gehabt in dem Volkswagenwerk, wo sehr viele Häftlinge eingesetzt waren.« Doch dieser für das Gedeihen des Volkswagenwerks unentbehrliche Gesprächspartner Porsches kommt bei Mommsen ebensowenig vor wie Porsches Lieferant, der Auschwitz-Kommandant Höß.

Immerhin – Fortschritt der Wissenschaft – versucht Mommsen heute nicht mehr mit dem Hinweis auf Privates abzustreiten, daß Porsche mit Sohn Ferry im März 1944 bei Himmler vorsprach und persönlich um 3500 KZ-Häftlinge bat. Bei dieser Gelegenheit bekam Porsche von Himmler »als Ausdruck des seit längerem bestehenden guten Einvernehmens« den »Totenkopfring des Reichsführers SS«. Noch beim ersten Wolfsburger Symposium 1988 reagierte Mommsen sehr aufgeregt, als die Rede darauf kam, daß Porsche für die Erstellung eines Gußwerkes in Wolfsburg KZ-Häftlinge bestellt hatte. Mommsen: »Diese ganze Sache mit dem Gußwerk beruht nur auf einer Quelle, also wenn ich mal ins Privatleben ginge und Leute so beurteilen wollte ...« Die »eine« Quelle war ein Bündel amtlicher Dokumente, die gedruckt vorlagen.

Porsches Schwiegersohn Anton Piëch, der in Wien – laut Mommsen – »hohes Ansehen« genoß, weil er als Rechtsanwalt österreichische Nazis verteidigt hatte, erwarb sich seit 1941, als er des Schwiegervaters Nachfolge antrat, »entscheidende Verdienste« (Mommsen) beim Ausbau des Unternehmens. Zum einen wegen seines »umfassenden Einstiegs in die Luftrüstung«. Zu dieser Unternehmenserweiterung gehörte auch – wie aus dem Buch hervorgeht – »die Übernahme eines ursprünglich jüdischen Unternehmens, der Luckenwalder Feintuchfabrik GmbH«. Auf der Pressekonferenz dementierte Mommsen, daß er diese Arisierung als ein Verdienst ansehe. Das war auch nötig. Ein bekanntes antisemitisches Wochenmagazin hatte in seinem Vorbericht über Mommsens Buch die Reaktion des gegenwärtigen VW-Chefs Ferdinand Piëch – Sohn von Anton und Enkel von Porsche – vermeldet: »Piëch sorgt sich offenbar, daß er in Sippenhaft genommen werden könnte für unhaltbare Vorwürfe. Sein Vater und sein Großvater seien keine Nazis, viel weniger noch antijüdisch eingestellt gewesen. Allein die Insinuation jedoch könnte VW in seiner Auseinandersetzung mit General Motors im Falle López schaden. In Amerika gelten andere Regeln.« Dort hat nämlich der Jude das Sagen.

Auch der Großvater hatte schon kundige Leute in den USA abgeworben. Nicht nur bei General Motors. Besonders schlimm traf es einen aufrichtigen Freund des deutschen Volkes, einen hochverdienten Antisemiten, dessen Buch *Der Internationale*

Jude 1934 in Deutschland in 34. Auflage erschienen war: Henry Ford, von dessen Nachruhm heute noch der Henry-Ford-Bau der Freien Universität Berlin kündet.

Da ist etwa Hans Mayr, bis 1938 Betriebsleiter bei Ford in Detroit, US-Staatsbürger, abgeworben von Porsche. Verglichen mit seiner beruflichen Veränderung könnte Ferdinand Piëchs López-Abwerbung – selbst wenn da einige Opel-Geschäftsgeheimnisse und Konstruktionspläne dazukommen sollten, wie die Staatsanwaltschaft behauptet – ein Peanut sein. Mommsen vertieft das Thema nicht. Aber er schreibt über den Ex-US-Bürger, der noch im Februar 1945 für die Herstellung von 150.000 kompletten Panzerfäusten gegen seine ehemaligen Mitbürger in US-Uniform sorgte: »Er war ausschließlich um sachliche Arbeit bemüht ...« Und auf der nächsten Seite: »Er wurde im April 1945 of-fenbar irrtümlicherweise von der amerikanischen Besatzungsmacht verhaftet ...« Irrtümlicherweise. Denn, Fußnote: »Der ihm während des Kriegs übertragene Rang eines Wehrwirtschaftsführers hatte nach seiner eigenen Aussage keine sachliche Bedeutung. Entnazi-fizierungsakte Hans Mayr.« Welch eine Quelle.

Mommsen weiß gerade in den Tagen der deutschen Katastrophe zwischen den Kräften der Ordnung und denen der Unordnung einfühlsam zu unterscheiden: »Das spätestens am 11. April]1945 eintretende Machtvakuum – die SS und der Werkschutz waren abgezogen, der Volkssturm hatte sich aufgelöst – rief eine bedrohliche Lage und vereinzelt Plünderungen hervor. Schon in den vorausliegenden Tagen hatte es bei der ausländischen Belegschaft Anzeichen von Renitenz gegenüber dem Werkschutz gegeben. Nunmehr bestand die Gefahr, daß durch protestierende und plündernde Zwangsarbeiter erheblicher Sachschaden entstand.« Die – wie Mommsen formuliert – »städtischen Funktionäre« betrieben die Bildung »eines Selbstschutzes«, um die deutsche Bevölkerung zu schützen »vor Übergriffen bewaffneter Banden«. So jedenfalls hieß es noch in den Druckfahnen. Es war wahrscheinlich der – wie schimpft man so einen? – politisch korrekte Lektor, der im fertigen Buch aus den bewaffneten »Banden« bewaffnete »Ausländer« gemacht hat.

Und da ist der Fall des Werksarztes SS-Hauptsturmführer Dr. Hans Körbel, dem Mommsen ein günstiges Führungszeugnis ausstellt: »Er verband beträchtliche Fachkompetenz mit übertriebenem Ehrgeiz ...« Trotzdem ließ ihn 1947 die britische Besatzungsmacht hinrichten. Mommsen mißbilligt das entschieden: »Eine Personalisierung, die in die Irre führt.« Der Anklagevertreter hatte Körbel 1946 im Prozeß befragt: »Würden sie als Arzt sagen, daß Lebensschwäche eine korrekte medizinische Diagnose ist.« – »Es ist keine wissenschaftliche Diagnose.« – »War es eine, die von Ihnen erfunden wurde? – »Ja.« – »Ist es richtig, daß Lebensschwäche bei weitem die häufigste Diagnose war, die Sie bei toten Kindern]unter Körbels Betreuung verstorbene, den Müttern entzogene Kinder der Zwangsarbeiterinnen in diesem Heim stellten.« – »Ja, wir hatten praktisch nur diese Todesursache und besonders bei den Säuglingen.«

Dieser Dialog ist nicht bei Mommsen nachzulesen, er hätte ja auch dessen sicheres Urteil über die beträchtliche Fachkompetenz des SS-Arztes gestört, sondern beim Wolfsburger Stadtarchivar, dessen Forschung sich Mommsen zuweilen gern bedient: »Die Forschungsgruppe konnte gutenteils auf die Dokumentation und Darstellung zurückgreifen, die Herr Dr. Klaus-Jörg Siegfried zur Geschichte der Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945 veröffentlicht hat.« Aber eben eher gutenteils, selbst wenn sie vorher schlechtenteils war.

Es gibt da beispielsweise in Mommsens Werk eine Fußnote, die deutlich macht, was heute getan werden kann, damit Vergangenheit, die uns lästig ist, endlich vergeht. Mommsen schildert auf Seite 898, wie junge ungarische Jüdinnen in Auschwitz zur Zwangsarbeit bei VW selektiert wurden, also zum vorläufigen Überleben. Sie gehörten nun zu den – wie Mommsen schreibt – »produktiv Beschäftigten«, nämlich »im Bereich der Panzerfaust- und Tellerminenfertigung«. Ihnen ging es jetzt – welch ein maßloser, fürchterlicher, zynischer Vergleich, aber für die rund drei Millionen Mark Honorar, die VW an Mommsen und seine Mitarbeiter zahlt, kann man schon etwas erwarten – »besser als in Auschwitz«.

Der Historiker, dessen »Detailversessenheit« der »Spiegel« angesichts dieses Buches bewundert, schreibt über die zu VW verschleppten ungarischen Jüdinnen: »Die Unterbringungsbedingungen erschienen für sie im Vergleich zu den Verhältnissen in Auschwitz als geradezu ausgesprochen komfortabel. Die Räume waren ausreichend geheizt, die Doppelstockbetten mit Stroh und Laken versehen, es gab kalte und warme Duschen sowie eine Krankenstation, die von einer als Häftlingsärztin fungierenden jüdischen Zahnärztin geführt wurde.«

An dieser Stelle steht die Fußnote, die – wissenschaftlich exakt – auf die Quelle für diese Beschreibung einer komfortablen Unterbringung verweist: das Buch des Wolfsburger Stadtarchivars Siegfried über die Zwangsarbeiter des Volkswagenwerks. Doch auf den angegebenen Seiten – dort wird die Aussage der erwähnten Häftlingsärztin abgedruckt – findet sich kein Wort von Komfort, von kalten und warmen Duschen. Vielmehr dies: »Als Folge der äußerst erbärmlichen Lebensbedingungen der Mädchen, d. h.: Sie lebten in einem Keller, in dem das Wasser von der Decke tropfte und Wasserlachen auf dem Fußboden bildete, bekamen viele Tuberkulose, und mehrere starben.«

Mommsens warme Dusche. Ich habe Hans Mommsen auf der Pressekonferenz gefragt, wie er seine Wissenschaft so aus dieser Quelle schöpfen konnte. Ihn kratzte das nicht: »Wenn Ihre Kritik sich auf diesen Bereich konzentriert, wäre ich persönlich sehr glücklich.« Herr Siegfried sei ja auch da, mit dem könne ich das klären. Nach der Konferenz haben wir geklärt. Ergebnis: Mommsen hat tatsächlich das Gegenteil dessen geschrieben, was bei Siegfried steht.

Erinneren wir uns: Als ich im September 1991 bei VW anrief, hatte mir der Pressesprecher erklärt: Mommsen müsse erst noch zu Ende forschen, bevor man über eine Entschädigung für die Zwangsarbeiter reden könne. Von einer Entschädigung dieser Arbeiter durch Volkswagen ist auf der Pressekonferenz in Bonn höchstens mit einem verwunderten Kopfschütteln die Rede gewesen. Positives findet sich nur im Vorwort zum nun endlich vorliegenden Ergebnis von Mommsens Forschungen. Es stammt von Hans Koschnick – auch er ein ehrenwerter Mann, der in Bonn offen bekannte, daß er diesen von ihm gezeichneten Text nur zu 40 Prozent selbst geschrieben hat – , der größere Rest stammt von Mommsen und von VW-Direktor Peter Meyer-Dohm. Dieses Trio also schreibt dort: »Ohne die Vorgänge während des Krieges zu bagatellisieren, gelangt die heutige Volkswagen AG zu der Entscheidung, auf eine individuelle Entschädigung für ehemalige Zwangsarbeiter, Häftlinge und Kriegsgefangene im allgemeinen zu verzichten.« Sie verzichten, großmütig, die Herren des VW-Konzerns – Porsche-Enkel und Piëch-Sohn Ferdinand ist heute dort Vorstandsvorsitzender.

Hans Mommsen aber verzichtet nicht. Als er in Bonn mit der Präsentation seines Buches fertig ist, wirft er sich entschlossen in die Brust und verlangt von der Bundesregierung, sie solle die ehemaligen Zwangsarbeiter entschädigen. Bravo. Eingerahmt von zwei Herren des VW-Vorstands, die huldvoll entsagen, fordert Mommsen unerschrocken und ohne falsche Rücksicht von der Bundesregierung eine finanzielle Unterstützung für die Opfer des VW-Konzerns. Welch ein Mann, welch ein unabhängiger Kopf.

Hans Mommsen mit Manfred Grieger: *Das Volkswagenwerk und seine Mitarbeiter im Dritten Reich.* Econ Verlag, Düsseldorf 1996, 1055 Seiten, 78 Mark

Konkret 12/96, S. 22

Termine

Noch bis 18.12 Hamburg; Filmreihe zum Spanienkrieg, genaues Programm gegen 3 Mark zu bestellen bei Kino 3001; Schanzenstr. 75; 20357 Hamburg

22.11. - 31.12. Linz; Hochschule für Gestaltung: »Verbrechen der Wehrmacht« – Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung

1.12 Krefeld; Kulturfabrik, Dieemer Str. 13; 20.00 Uhr: »Die Offenbarung der Propheten«, Lesung und Diskussion mit Thomas Ebermann und Rainer Trampert

3.12. Braunschweig; Alternatives Jugendcafé Mumpitz; 19.00 Uhr: Sozialabbau, was ist das? Überblick über den Sozialabbau der letzten Jahre in Deutschland

4.12. Bochum; Café Konkret; Kortumstr. 19; 19.30 Uhr: »Die Offenbarung der Propheten«, Lesung und Diskussion mit Thomas Ebermann und Rainer Trampert

4.12. Bielefeld; Bunker Ulmenwall, Kreuzstr. Null; 19.30 Uhr: Die Blindheit der Justitia oder die reaktionäre Entwicklung im Strafvollzug – Referent: Dr. Ulrich Kamann

5.12. Essen; KKC (an der Uni), Segerothstr.; 21.00 Uhr: »Die Offenbarung der Propheten«, Lesung und Diskussion mit Thomas Ebermann und Rainer Trampert

7.12. Hannover; Faust e.V.; Wilhelm-Bluhm-Str. 12; 9.00 Uhr: Internationale Konferenz »Rassismus und Nationalismus in West- und Osteuropa seit 1989 – Reaktionen auf die Umbrüche in den Industriegesellschaften?« Info und Anmeldung bei INTERFOBI e.V.; Adresse wie oben; Tel.: (0511) 924 50 77

10.12. - 12.12 Hamburg: Pferdestall; Allende-Platz 19.00 Uhr: Anarchistische Filmproduktion im Spanienkrieg 1936-39 an Videobeispielen. 1. Teil zum Thema Umstrukturierung der Filmlandschaft und Entwicklung des Dokumentarfilms; 2. Teil: Entwicklung des Spielfilms

12.12. Hannover; Café Siesta; Wilhelm-Bluhm-Str 12; 20.00 Uhr: »Reise nach Spanien« – Guernica, Legion Condor, Fliegerhorst Wunstorf und die Tradition der Bundeswehr« – Über die Bombardierung Guernicas, die Täter, ihre Ausbilder aus der Nordheide und wie diese Tradition gepflegt wird

12.12. Braunschweig; Gewerkschaftshaus; 19.30 Uhr: Der schlanke Staat – Staat und Demokratie im Kapitalismus heute. Johannes Agnoli referiert über den Abbau der sozialen und demokratischen Rechte in Deutschland und seine Legitimation durch das rechtsstaatliche System

12.12. Bielefeld; Bunker Ulmenwall; Kreutzstr. Null; 19.30 Uhr: Referat zum Thema »Warum nimmt die Jugendkriminalität zu? – Ist die Justiz zu lasch?«

12.12 Hannover; FLZ Linden; Windheimstr. 4; 20.00 Uhr: Franz-Josef Degenhardt und Sohn Kai Degenhardt

13.-15.12 Hannover: Seminar der Jungen Linken unter dem Titel »Weltordnen leicht gemacht – Über Imperialismus, die neue Weltordnung und den Rest«. Info und Anmeldung bei: Junge Linke; Borriesstr. 28; 30519 Hannover; Tel.:(0511) 838 62 26

17.12. Dortmund; Literaturcaféhaus; Humboldstr.44; 20.00 Uhr: Teilnehmer der intergalaktischen Konferenz in Chiapas (Mexiko) berichten

Vorschau: 18.-20. 4.1997: Gramsci-Tagung im Jagdschloß Glienicke bei Berlin. Info und Anmeldung: Uwe Hirschfeld; Goethestr. 74; 34199 Kassel

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungen veröffentlicht. Voraussetzung hierfür ist, daß die Termine spätestens am ersten des VORMONATS hier eingehen: KONKRET, Stephan Meyer, Ruhrstr. 111, 22761 Hamburg, oder per FAX an 040 – 851 25 14

Konkret 12/96, S. 23

Oliver Tolmein

»Deutsches Finale«

Birgit Hogefelds Verurteilung und Christoph Seidlers Comeback: zwei Spielarten der Staatssicherheitspolitik

Weil es es in Deutschland eigentlich nur noch gute Nachrichten gibt, die schlechte vorweg: Birgit Hogefeld ist von der Sonderstrafkammer des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Weil sie nach Meinung der Staatsschutzrichter durch ihre Beteiligung an der Ermordung des US-Soldaten Pimental sowie an dem Sprengstoffanschlag auf die US-Air-Base im August 1985, der zwei Menschenleben forderte, besonders schwere Schuld auf sich geladen hat, kann sie nicht, wie andere Lebenslängliche, nach 15 Jahren ihre »vorzeitige« Haftentlassung beantragen. Daß das nicht zur Deeskalation beiträgt und weder ein großzügiges Urteil noch ein gerechtes ist, wurde auch andernorts konstatiert.

Sonderstrafkammern, wofür gäbe es sie sonst, legen den Grundsatz »im Zweifel für die Angeklagte« bei tatsächlichen oder mutmaßlichen RAF-Mitgliedern eben auf ganz besondere Weise aus: Jeder Zweifel erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Schuldspruchs für die Angeklagte. Und Zweifel gab es in diesem Verfahren nach der Beweisaufnahme überaus reichlich: an jedem Punkt der Anklageschrift nämlich. Zweifel an den Aussagen von Zeugen, die erst kurzsichtig waren und nach zehn Jahren plötzlich klare Vorstellungen von dem hatten, was sie ohne Brille gesehen haben wollen; Zweifel an der Zuordnung einer Handschrift, die dadurch ausgeräumt wurden, daß die Handschrift anderen noch schlechter zuzuordnen war als der Angeklagten; Zweifel daran, über wen man heute überhaupt spricht, wenn man RAF sagt. Insofern ist es bemerkenswert, daß Birgit Hogefeld nicht auch noch wegen der zweifelhaften Mittäterschaft am Tod des GSG-9-Mannes Newrzella in Bad Kleinen verurteilt worden ist. »Über die Todesumstände von Michael Newrzella war ich mir vor diesem Prozeß nicht im Klaren. Erst darüber, wie hier seitens des Senats auch zu dieser Frage durchgängig gemauert wurde, bin ich mir heute sicher, daß Michael Newrzella von seinen eigenen Leuten erschossen worden ist. Möglich, daß sie es nicht wissen, denn auch hier wurden Spuren systematisch verwischt, aber sie halten es für wahrscheinlich, und deshalb durfte diese Frage hier gar nicht erst verhandelt werden.«

In ihrem Schlußwort hat Birgit Hogefeld unter anderem präzise beschrieben, worum es in den zwei Jahren ihres Verfahrens vor allem ging: Die Wahrheitsfindung über die Ereignisse in Bad Kleinen sollte auf jeden Fall verhindert werden. Daß sie zu diesem Punkt überhaupt angeklagt wurde, zeigt, daß auch die Staatsschutzjustiz ihre Möglichkeiten bisweilen falsch einschätzt: Trotz der verbreiteten Bereitschaft, den Tod von Wolfgang Grams als letztlich ungeklärten Betriebsunfall hinzunehmen, mochte die Öffentlichkeit doch nicht akzeptieren, daß nun ausgerechnet die einzige, die an diesem Tag keine Waffe in die Hand genommen hatte, wegen der tödlichen Schüsse in Bad Kleinen als Mörderin verurteilt werden sollte.

Der Vorsitzende Richter Erich Schieferstein hat sich in dieser Frage als Pragmatiker erwiesen. Den Juristen, der als engagierter Anhänger der Feindjustiz auch schon den Frankfurter Startbahngegner und Magistratsdirektor Alexander Schubarth wegen Landfriedensbruchs verurteilt und die Freilassung des lebensgefährlich erkrankten Linksmilitanten Ali Jansen auch gegen den Willen der Bundesanwaltschaft nach Kräften verzögert hat, wird das einige Überwindung gekostet haben. Aber politische Justiz fordert eben auch von denen, die sie praktizieren, ihren Preis: Nicht alle Ressentiments können nach Herzenslust ausgelebt werden. Die meisten aber doch: Der Frankfurter Staatsschutzjurist wird gewiß sehr befriedigt gewesen sein, daß er während des Verfahrens sogar Unterstützung durch das Bundesverfassungsgericht bekam, das seiner Auffassung beitrat, einer Gefangenen, die sich wie Birgit Hogefeld mit ihrer RAF-Vergangenheit auseinandersetzt, ohne sich selbst und andere zu denunzieren, dürfe auf gar keinen Fall ein Interview geben.

Was zu den guten Nachrichten überleitet: Während Birgit Hogefeld auf unabsehbare Zeit inhaftiert und damit gegenüber interviewinteressierten Journalisten zum Schweigen verurteilt ist, konnte der »Spiegel« einen anderen »most wanted«-Mann in aller Ruhe befragen. Das hat wohl damit zu tun, daß mindestens der auch KONKRET-Lesern bekannte »Herr Benz« (Heft 9/96), der Meinung ist, Christoph Seidler sei doch kein ganz so schlechter Deutscher, wie es das BKA seit Jahren vermutet hat. Denn Seidler hat, so sagt er jedenfalls selbst und wird darin vom Verfassungsschützer »Benz« unterstützt, gar nicht den Deutschen Bankier Alfred Herrhausen auf dem Gewissen, sondern wahrscheinlich nur ein paar Israelis. Ein wahrhaft »deutsches Finale« (»Spiegel«-Überschrift). Denn statt in der deutschen »Terrorsekte« RAF will der Linksradikale, der im »Spiegel«-Gespräch eröffnet, ihm sei »schnell klargeworden, daß das illegale Leben mich völlig überfordert«, unter dem Kampfnamen »Ali« in der »Palästinensischen Befreiungsarmee« (PLA) aktiv gewesen sein: Der Mittdreißiger, der 1984 untertauchte, um der ständigen Überwachung durch die deutschen Staatsschützer zu entgehen, wäre zwar eigentlich lieber nach Lateinamerika gegangen, »weil ich mich mit dieser Region intensiver beschäftigt hatte. Aber letztlich war mir vor allem wichtig, in ein Land der Dritten Welt zu kommen und dort zu leben.«

Und weil die Gelegenheit günstig ist und die »Spiegel«-Reporter zwar kein Herz für Terrorismus bzw. andere RAF-Aussteiger haben, dafür aber ein offenes Ohr für militanten Volkskitsch, darf Seidler noch ein wenig darüber plaudern, wie es denn an der Grenze zu Israel so zugeht: »Vertrieben, rechtlos und ständig in der bloßen Existenz bedroht« sind die

Palästinenser dort, »das ist so bis heute«. Seidler will sich deswegen überlegt haben, in einem medizinischen Projekt zu arbeiten, aber »das Projekt kam nicht zustande, weil der zuständige Arzt auswanderte, um seine Familie vor den ständigen israelischen Luftangriffen zu schützen. Dann habe ich hauptsächlich bei einer militärischen Einheit als Fahrer gearbeitet.« Zeitweise war Seidler wohl auch »Führer einer kleinen Kampfeinheit« – und man möchte gerne wissen, was für führende Deutsche er denn sonst noch in diesen Befreiungskämpfen kennengelernt hat oder was er über die Ermordung des deutschen RZ-Mitgliedes Gerd Albatus durch die palästinensischen Genossen denkt: Taktvollerweise fragt der »Spiegel« nicht nach, und auch die Bundesanwaltschaft hat schlechteres zu tun, als zu erforschen, wie groß der Schaden ist, den ein Deutscher im Ausland anrichtet, weil er hierzulande den Druck der Illegalität nicht aushält.

Wie Seidlers Versuch ausgeht, sich mit Unterstützung des »Herrn Benz« wieder in Deutschland einzurichten, ist noch nicht klar: Seine Chancen stehen aber sicher besser, als es die von Birgit Hogefeld jemals waren. Pikant ist, daß der Mann, den das Bundesamt für Verfassungsschutz so nachhaltig fördert, ausgerechnet von einem V-Mann des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz schwer belastet wird. Der psychisch außerordentlich labile Siegfried Nonne, der in einer betreuten Wohngemeinschaft lebt, hat seine Aussagen in den letzten Jahren allerdings selber so oft modifiziert, widerrufen und dann doch wieder bestätigt, daß selbst eine Sonderstrafkammer damit ihre Mühe haben dürfte. Schwerer wiegt wohl, daß die Kölner Verfassungsschützer einen erfolgreich aussteigenden Seidler brauchen, um ihr »Benz«-Programm zum erwünschten Erfolg führen zu können: Die gute Behandlung Seidlers wäre dann die Kehrseite des rigiden Vorgehens gegen Hogefeld. Wer sich stellt – das wäre die Botschaft an die verbliebenen Illegalen – , kann Glück haben; wer nicht vertrauensvoll »Benz'« Hand ergreift, wird dagegen auf jeden Fall irgendwann erwischt und landet lebenslänglich hinter Gittern. Denn es geht in der Auseinandersetzung zwischen Staat und RAF längst nicht mehr darum, daß die einen Sieger, die anderen Besiegte sind – der Triumph des autoritären Selbstbewußtseins, das für kommende Aufgaben gefragt ist, erwächst nur aus der völligen Unterwerfung des Feindes.

Konkret 12/96, S. 24

Heiner Möller

Wenn jemand eine Reise tut ...
Grüne Seifenoper

Unter der kundigen Anleitung Joschka Fischers hat sich die bündnisgrüne Führungsriege im kriegszerstörten Bosnien umgetan und die Erkenntnis mit nach Bonn gebracht, daß die Deutschen das alles hätten verhindern können

Mitte 1991 brach der Bürgerkrieg in Jugoslawien aus. Seit April 1992 tobte er in Bosnien-Herzegowina. Im Oktober 1996 entschließt sich die Parteispitze der Grünen, ins (ehemalige) Kriegsgebiet zu fahren. Was sieht sie? Zerstörungen, Kriegswunden überall. Alles, was die grüne Delegation zu sehen bekommt, ist bekannt, auch den Grünen, die in den Jahren zuvor zahlreiche Delegationen vorzugsweise nach Kroatien und ins muslimische Bosnien entsandt hatten, aber erst jetzt bis ins Mark erschüttert scheinen. Geflissentlich überhört wird die Bemerkung der grünen Bundestagsabgeordneten Angelika Beer: »Das hätte man in jedem Reisebericht von uns nachlesen können.« Was also ist passiert?

Betroffenheit, ziemliche, ziemlichere, allerziemlichste Betroffenheit ist ausgebrochen. Bilder, nicht Wahrheiten, korrigieren Weltbilder, zum Beispiel bei der »linken« Fraktionssprecherin Kerstin Müller (ziemlich betroffen): »Wer hier war, denkt anders.« Die Lehren? Für Fraktionsgeschäftsführer Werner Schulz (ziemlicher betroffen) die, die er von Beginn intus hatte: »Wir hätten hier viel früher eingreifen müssen.« Joschka Fischer aber (am allerziemlichsten betroffen), hat sein militärpolitisches Coming-out: »All das hätten wir verhindern können.« Wir? Die Grünen? Nein, Deutschland natürlich.

Endgültig sind sie angekommen. Krista Sager sieht »Deutschland als eine ›Garantiemacht‹ im früheren Jugoslawien«. Fischer fürchtet um die deutsche Europa-Hegemonie: »Meldet sich Deutschland aus der Verantwortung für Bosnien ab, dann meldet sich Europa ab.« Doch der für den Parteikonsens notwendige Abstand der »Linken« zu den Realos bleibt bei aller rapiden grünen Rechtsentwicklung gewahrt. Man streitet nicht mehr, ob deutsches Militär in Jugoslawien eingesetzt wird, sondern wie: per Nato oder per Uno. Hatten die »Linken« und Pazifisten Ende letzten Jahres noch jeden »Einsatz von Militär als Mittel der Politik strikt« abgelehnt, schwätzt Kerstin Müller nun davon, daß »wir ein langfristig tragfähiges Konzept für Bosnien entwickeln« müssen. Besonderes Anliegen ist ihr – wie Volker Rühe – »die Verfolgung von Kriegsverbrechern«. Und Ludger Volmer schwafelt vom »grünen Gestaltungsanspruch in der Praxis«, plädiert »für eine Weiterentwicklung mit Augenmaß«, das ihn Anschluß halten läßt: »Deutschland darf sich nicht raushalten« – eine völlig unbegründete Sorge.

Schwerer hat es dagegen Jürgen Trittin. Für den linken Parteisprecher wurde die »Katharsis« der Bosnienreise (»SZ«) zum Mediendesaster. »Allein Trittin klammert sich an sein Weltbild«, höhnt der »Spiegel«. Aber auch Trittins Verteidigungslinie – ein »klassisches UN-Mandat mit allen Konsequenzen«, ein »robuster Blauhelmeinsatz«, an dem auch deutsche Soldaten unter Uno-Kommando beteiligt sein könnten – geht weit über den Parteitagsbeschluß vom Dezember letzten Jahres hinaus. Anerkennend stellt die »Taz« fest, daß auch die »Linken« bei den Bündnisgrünen keine »historisch begründeten Vorbehalte« mehr gegen den Einsatz deutscher Soldaten in Jugoslawien haben.

Wie Rühe will Fischer deutsche Nato-Kampftruppen in Bosnien stationieren, weshalb die Bundeswehr ihre grüne Weihe erhält: »Das ist eine demokratische Bürgerarmee.« Nicht nur weil seine Delegation wie schon eine Woche zuvor der Bosnien-Berichterstatter des Europaparlaments, Daniel Cohn-Bendit, die Vorzüge eines Bundeswehrhubschraubers beim Reisen und Fotografiertwerden im ehemaligen jugoslawischen Kriegsgebiet zu schätzen wußte (Trittin allerdings mußte seine Reise fast zu Fuß fortsetzen, als er mäkelte, die zivilen Aufgaben hätte auch das Technische Hilfswerk erledigen können). Nein, es waren die Infrastrukturarbeiten der deutscher Soldaten und die freundliche Aufnahme der Grünen bei der Truppe, die diesen tiefen Wandel des Verhältnisses der Grünen zum Militär bewirkt haben.

Zugegeben, die aktuelle deutsche Kriegführung ist paradox, geradezu wunderlich. Da beginnt man 1991 einen deutschen Medienkrieg gegen Jugoslawien, setzt ihn auf der politischen Bühne als Anerkennungskrieg fort, mit dem – allerdings gescheiterten – Ziel einer militärischen Intervention (CDU-Strategе Lamers im September 1991: »Deutschland hat in der EG allein gestanden mit der Forderung nach Anerkennung und der Verknüpfung eines solchen Schrittes mit der Frage der Gewaltanwendung«), um dann doch noch das Bürgerkriegsgeschehen durch Unterstützung zweier Kriegsparteien und die Anerkennung Bosnien-Herzegowinas erfolgreich anzuheizen. Und nachdem die deutsche Politik die Trümmer eines Krieges hinterlassen hat, marschiert das deutsche Militär zwecks Wiederaufbaus ein. Diese Entwicklung kann man natürlich im Oktober 1996 vor Ort nicht sehen.

So kommt, spät zwar, Helmut Kohls Erkenntnis aus den achtziger Jahren auch bei den Grünen zu Ehren, daß die Bundeswehr die eigentliche deutsche Friedensbewegung sei. Ganz ähnlich mag Heiner Geißlers Diktum, demzufolge der Pazifismus Auschwitz erst möglich gemacht habe, Fischer zu seinem Bosnienreisefazit inspiriert haben: »Wir haben tatenlos dem Wüten eines neuen Faschismus entgegengesehen. Diesen Zusammenhang muß auch die deutsche Linke begreifen, auch die pazifistische. Wer nicht handeln will, handelt dennoch bei einem Genozidversuch.«

Die gewandelten Grünen sind sich treu geblieben: Auch außenpolitische Ministrabilität gibt es nur um den Preis von Betroffenheit. In Bosnien ist Marieluise Beck irgendwann in Tränen ausgebrochen: »Wir haben zu spät reagiert.« Die Ehrenbürgerin der Stadt Lukavac hat erst kürzlich das Bundesverdienstkreuz erhalten, wegen ihres Bosnien-Engagements. Der »Taz«-Kriegsberichterstatter Rathfelder registrierte aufmerksam, daß Joschka Fischer »sichtlich bewegt« gewesen sei.

Für die Betroffenheitsregie der gesamten Tour zeichnete die Fischer-Crew verantwortlich. Organisiert wurde sie, inklusive Abstecher an Orte, wo sich medienwirksam Tränen vergießen ließen, vom Menschenrechtsbeauftragten der Partei, Uli Fischer. In Afghanistan hatte der sich Mitte der achtziger Jahre (zusammen mit dem Ehrenmullah Milan Horaczek) auf einem von Mudschaheddin-Kriegern eroberten sowjetischen Panzer in Siegerpose fotografieren lassen. Joschka Fischer weiß um die innergrüne und öffentliche Wirkung von Inszenierungen, die nicht Verstand, sondern grünes Gefühl ansprechen. 1995 brauchte es die Bilder von Srebrenica, um die Grünen auf den Nato-Einsatz einzustimmen. 1996 sind es die Reisebilder, die die Partei zum Sprung über die letzte Hürde animieren sollen: die deutsche Großmacht als international zuständige Militärmacht anzuerkennen.

Gleichgesinnte Medienvertreter haben diese Schmierenkomödie in die Öffentlichkeit getragen. Wenngleich einigen, so ganz nebenbei, die Handschrift ihres Regisseurs nicht entgangen ist. »Sechs Tage lang hat ... Fischer die gesamte Führungscrew der Grünen durch Bosnien reisen lassen«, vermerkt die »Süddeutsche Zeitung«. Und den »Spiegel« amüsiert die »listige Regie der Reise, die Fischer schon vor einem Jahr angeregt hatte«. Sie »sorgte für steten psychologischen Druck auf die innerparteilichen Gegner«.

Was macht Fischers grüne Führungsstärke aus? Seine Person? Oder sein Geschick, das grüne Gemüt realpolitischen Erfordernissen einzupassen? Seine linken Konkurrenten haben da keine Chance. Nicht nur, weil sie dieses Spiel weniger gut verstehen, sondern vor allem weil sie sich – siehe Ludger Volmer – in ihrem Vorsatz, sich mit »realpolitischen Alternativen« von Fischer unterscheiden zu wollen, nur lächerlich machen können. Den echten Realos reichen auch im Nato/Uno-Streit die schlichten Antworten Fischers: Ein weiterer Uno-Einsatz in Bosnien sei wünschenswert, aber »nicht im Angebot«. Das ist einfach wahr.

Heiner Möller schrieb in KONKRET 11/96 über die Gutweltmacht Deutschland

Konkret 12/96, S. 26

Georg Fülberth

Wenn jemand eine Reise tut ...
Ent- oder Weder

Unter der kundigen Anleitung Joschka Fischers hat sich die bündnisgrüne Führungsriege im kriegszerstörten Bosnien umgetan und die Erkenntnis mit nach Bonn gebracht, daß die Deutschen das alles hätten verhindern können

Durch den weitgehenden Wegfall von Staatlichkeit in Bosnien ist ein Zustand eingetreten, den Thomas Hobbes als einen Krieg aller gegen alle bezeichnet hätte. Die Einsicht, daß die BRD hierzu viel beigetragen hat, hilft nicht bei der Behebung des Übels. Zyniker werden gar den menschenrechtsliebenden Kampagnenführern gegen Serbien eine Mitschuld geben. Falls sie etwas bewirkt haben, dann dies, daß keine neue stabile Herrschaft (mit allen Nachteilen, die so etwas unter den gegebenen Umständen gehabt hätte) entstand. So war eben im Lande selbst niemand stark genug, den anderen seinen Willen aufzuzwingen.

Die Uno, so hört man, sei technisch nicht imstande, ersatzweise jene Aufgaben zu übernehmen, die sonst Sache des Staates sind. (Vielleicht ist da auch ein bißchen sabotiert worden.) Also tritt die Nato an, was wohl immer noch besser ist, als wenn die WEU das macht (von einem Alleingang der Bundeswehr ganz zu schweigen). Aus den Taten der Wehrmacht 1941 ff. läßt sich weder eine zwingende Rechtfertigung fürs Hingehen noch fürs Wegbleiben der Deutschen folgern. Hier handelt es sich lediglich um die Frage, ob diese sich an einer Aktion beteiligen, die im Moment sinnvoll zu sein scheint und bei der als friedlich geltende andere Völker gerne mittun.

Dies (abzüglich des Hinweises auf die menschenrechtsliebende Kampagne gegen die Serben) dürften die Argumente sein, mit denen die Grünen früher oder später ihre Zustimmung zu einer Fortsetzung des Bundeswehr-Einsatzes in Bosnien begründen werden. Für eine Regierungspartei im Wartestand ist das völlig in Ordnung. Eine andere Logik darf es für sie wegen der grundsätzlichen Entscheidungen, die sie längst getroffen haben, nicht geben.

Wer Gemäßigte von heute mit ihren radikalen Ansichten von gestern konfrontiert, führt zwar prominente Damen und Herren vor (nach einiger Zeit übrigens nur noch sich selbst: eine hilflose Person), sagt aber nichts zur Sache. Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und der Fraktions-Kovorsitzende können, falls Sie überhaupt Lust zu einer Entgegnung haben, antworten, sie hätten sich früher halt geirrt, oder die Verhältnisse seien nicht mehr so.

Ganz anders sieht es natürlich für eine Partei der prinzipiellen Opposition aus. Diese muß es allemal ablehnen, sich positive Gedanken über die Aufgaben eines Staates, dessen gesellschaftliche und politische Orientierung sie bekämpft, in einem internationalen System, das sie ablehnt, zu machen. Einer solchen Partei kann man sich anschließen (ich versende Beitritts-Formulare), oder man kann sie, falls einem das bestehende Angebot nicht paßt, gründen. Dort mag eine Argumentation gegen den Bosnien-Einsatz entwickelt werden, die ebenso schlüssig ist wie diejenige Joseph Fischers, allerdings auf anderen Voraussetzungen beruht und zu anderen Ergebnissen führt.

Nur hat das alles nichts mit den Grünen zu tun. Mit ihrem Ja werden sie endlich bei sich selbst ankommen, ihr Nein (in dieser Angelegenheit und anderen) haben sie sich nie so recht geglaubt. Diejenigen, die das – als Mitglieder oder Wähler/innen – jahrelang durcheinandergebracht haben, sind selber schuld. Jede Gegenstimme oder Enthaltung würde nur eine Lebenslüge verlängern – nicht der Grünen, sondern ihrer Ewigen Jusos.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 11/96 über den Fall Heinz Dürrbeck

Konkret 12/96, S. 28

Oliver Tolmein

Freies Betteln freier Bürger

Der Hamburger Bürgermeister Voscherau will eine wirtliche Stadt regieren. Deshalb sollen Obdachlose und Bettler aus den Einkaufszentren der Stadt verschwinden

»Ich habe überhaupt nichts gegen Bettler. Ich habe aber etwas dagegen, daß Menschen, deren Lebensweisen sich deutlich außerhalb der Lebensweisen normaler Mitteleuropäer bewegen, zum Maßstab für das Zusammenleben aller gemacht werden.«
Henning Voscherau

Raimund R. ist ein freundlicher Mensch: Mit grauer Hose, einem an den Ärmeln zerschlissenen Sakko und hellblauem Hemd bekleidet sitzt er an der Bushaltestelle auf der Hamburger Mönckebergstraße. Nicht neben den anderen auf der Bank, sondern im Dreck, an einen Baum gelehnt. Auf Bettler muß der Groschenspender herunterblicken können. Raimund R. macht es nichts aus, daß Passanten sein liebevoll gemaltes Pappschild: »Lieber betteln als stehlen«, das er neben sich auf den Boden gestellt hat, zur Seite treten. Wenn gelegentlich einer seine Krücke aus dem Weg kickt oder abfällig über ihn spottet, weil er sich – liegt es am Alkohol oder an seiner leichten spastischen Lähmung? – kaum artikulieren kann, nimmt er es geduldig hin. Nicht einmal, daß er hier, wo er sitzt, Minute um Minute sehen kann, wie schön, wie gut, wie locker man im real existierenden Kapitalismus leben kann, erfüllt ihn mit Haß – er will ja auch nur sein Scherflein abhaben: 50 Mark am Tag hat er schon mal einsammeln können, meistens allerdings sind es weniger als zehn. Außerdem ist Raimund R. Einzelleidender – mit anderen Obdachlosen und Bettlern will er nichts zu tun haben: »Haben Sie denn Freunde hier?« – »Gar nicht. Gott sei Dank nicht.« – »Wieso denn Gott sei Dank nicht?«- »Wieso? Die saufen und kiffen. Weißt du, da habe ich keinen Bock drauf.« – »Dann sind Sie den ganzen Tag ganz alleine?« – »Ja. Tag und Nacht.« – »Und wie lange schon?« – »Seit zwei Jahren. Das habe ich mir früher auch nicht gedacht.«

Raimund R. sitzt nicht nur auf der Straße – er lebt hier. Der kalte Bürgersteig, auf dem er hockt, ist sein Wohnzimmer, sein Bett. Die Einkäufer und Einkäuferinnen, die an ihm vorbeilaufen und ihm nichts geben, wissen Raimund R.s Toleranz und die der anderen, die hier sitzen und auf ihren Pappschildern einfache Tugenden predigen, nicht zu schätzen: »Eine Spende – das sieht Gott« hat einer auf seinen Zettel geschrieben; »Ich will nur zu essen, kein Geld für Alkohol«, ein anderer; »Bitte um Spende oder um Arbeit«, steht auf einem dritten Stück Karton.

Demut und Anpassungsbereitschaft gegenüber einer Gesellschaft, die ihnen nichts zu bieten hat, helfen den Obdachlosen und Bettlern dieses Jahr nichts: In einer Jahreszeit, in der sonst – Weihnachten naht – die Mitleidswelle etwas höher schwappt, hat Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau eine Debatte über die Vertreibung der Armen aus der Öffentlichkeit losgetreten. Vertreibung sagt er selbstverständlich nicht. Der Sozialdemokrat kämpft nur für »Lebensqualität« – ein Begriff, den Willy Brandt in den frühen 70er Jahren in die politische Debatte geworfen hat. »Mehr Lebensqualität« wurde zum Schlagwort für ein Lebensgefühl, das ein bißchen Wohlstand, ein bißchen Frieden und ein bißchen Freiheit zu einer gut konsumierbaren Melange verrührte. Bis dann in den 80er Jahren Wertewandel angesagt war und man den Begriff der Krebsforschung überließ, die ihn an die Intensivmedizin weiterreichte, wo er zum Parameter einer Berechnung geworden ist, wie lange es sich lohnt, dem Patienten die Behandlung noch zu zahlen. Voscherau hat den so mit einer gewissen Selektionsintention ausgestatteten Begriff für die politische Debatte wiederbelebt – und zwar so: »Zur Lebensqualität der überwältigenden Mehrheit rechtstreuer, fleißiger, steuerzahlender, häufig geringverdienender Bürger« gehöre, daß sie nicht daran erinnert werden wollen, was der Kapitalismus für Alternativen für sie bereit hält, wenn sie mal aufhören sollten zu funktionieren.

Voscherau hat das in einem Interview mit der »Leipziger Volkszeitung« etwas anders formuliert: »Diese Bürger, die Leistungsträger sind, wollen auch nicht ständig von Menschen mit passiver Aggressivität um eine milde Gabe angebettelt werden.« Passive Aggressivität ist das Pendant zu dem, was in den 80er Jahren den Landfrieden und die Freiheit gefährdet hat: die passive Schutzwaffe. Und so wie damals in einer großen gemeinschaftlichen Anstrengung mit schärferen Gesetzen, mehr Polizei und entschlossener Rhetorik das Leben für Startbahn-Bauer, Atomkraftwerk-Betreiber, Militär und Politiker noch lebenswerter gemacht wurde, soll auch heute wieder durch festes Zupacken dem Guten und Schönen zur Durchsetzung verholfen werden.

Am Anfang stand ein knapper Entwurf der Hamburger Innenbehörde: Würde es die Stadt nicht wirtlicher machen, hatte ein Referent überlegt und niedergeschrieben, wenn Betteln in der Innenstadt verboten würde und man ein Gesetz schaffte, daß es erlaubte, die, die es dennoch täten, aus den guten Gegenden der Stadt wegzuschaffen? Als die Senatsdrucksache mit dem etwas hölzern klingenden Titel »Maßnahmen zur Bekämpfung der Unwirtlichkeit der Stadt« und dem Dienst-Stempel »vertraulich« von der »Taz-Hamburg« der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde, versuchten selbst die Auftraggeber noch,

die Maßnahmen der Vertreibungspolitik schamhaft als reines Gedankenspiel darzustellen. Eine allererste Skizze sei das, kaum der Rede wert.

So schien es gut und harmlos, bis schließlich der Bürgermeister selbst sich einschaltete: Dem Reserveoffizier mit einem stillen Faible für die große Koalition gefällt die Vorstellung von einer cleanen Stadt nicht nur außerordentlich, er entwickelt aus ihr im Gespräch mit der »Leipziger Volkszeitung« gleich seine Vision nationalsozialdemokratischer Politik fürs nächste Jahrtausend. Voscherau denkt egalitär und will Armen, »die keinen Anspruch darauf haben, andere belästigen zu dürfen«, und den »vaterlandslosen Gesellen in der reichen deutschen Oberschicht, deren Zahl insbesondere in der Erbengeneration zunimmt« und die die »Unterminierung des demokratischen Nationalstaats durch die Globalisierung« betreiben, gleichermaßen an den Kragen. Das alles zum Besten der Demokratie: »Denn nur eine realitätsnahe SPD kann den Export des Haider-Rezeptes in die Bundesrepublik verhindern.«

Daß, wer Nazis verhindern will, sich selbst rechtsaußen profilieren muß, ergibt sich aus einer knappen Berechnung, die Voscherau vornimmt: »Das 40prozentige Nichtwähler-Potential in Deutschland ist in Großteilen ein hinter dem Ofen schlummerndes Haider-Potential. Und vermutlich gehört knapp die Hälfte der SPD-Wählerschaft auch dazu. Das sind zusammengezählt sehr viele.« Hätte das ein anderer gesagt, ihm würde vorgehalten, linke Feindbilder – antinational verkleidet – am Leben halten zu wollen. So aber wird gerechnet. Das Ergebnis ist nicht überraschend, aber folgenreich: Die eigene Klientel ist nach 50 Jahren SPD-Politik wenigstens zur Hälfte für nazistische Parolen anfällig – »sehr viele« braucht man eben, um mehrheitsfähig zu bleiben.

Während Voscheraus Vorstoß zur Vertreibung der Bettler aus den Einkaufszentren in kürzester Zeit sechzig Verbände, Gruppen und Initiativen zusammenführte, die gegen die Ausgrenzungspolitik des Hamburger Senats Front machen wollen, haben seine Überlegungen zur Eingrenzung des Haiderschen Wählerpotentials keine Reaktionen provoziert. Weder die Beschwörer der Zivilgesellschaft noch die Heitmeyerianer, weder die eine rot-grüne Zusammenarbeit favorisierenden Genossen noch die Linken, die ihre Hoffnung in die Rebellion von unten setzen, haben den Hamburger Bürgermeister korrigiert oder ihm gar widersprochen.

Statt dessen werden Plädoyers für freies Betteln freier Bürger gehalten, wird zum spektakulären »Bettel-In« für jedermann geblasen und den Obdachlosen auf der Straße kurz mal eine zusätzliche Mark in den Hut geworfen. Ein kollektives karitatives Engagement, das in seiner bedenkenlosen Geschäftigkeit allerdings recht verzweifelt wirkt: Sozialpolitik in den 90ern heißt nun schon, sicherzustellen, daß in den Innenstädten noch gebettelt werden darf. Die Medien sind glücklich. Sie haben ein Thema und treiben die Debatte kräftig voran: In den »Tagesthemen« predigt Ulrich Wickert Gemeinsinn, und in den Talkshows darf jeder was anderes meinen – »laßt sie doch sitzen«, »die haben hier nichts verloren«, »die stören doch niemanden«, »die schädigen mein Geschäft«. Na also. Es funktioniert doch mit der Demokratie.

Dem Mann in grün mit Schlagstock und Pistole ist die Debatte über ein neues Gesetz gegen Bettler ziemlich egal. Er geht schließlich auf St. Pauli Streife und nicht in der feinen Innenstadt. Und auf St. Pauli werden Punker und andere Sitzenbleiber zur Not auch ohne neues Gesetz vertrieben. Aus der S-Bahn und dem U-Bahnhof. Von dem Mauervorsprung vor dem Schwimmbad, wo ein gutes Dutzend obdachloser Polen vor dem Sturmtief Lilly Schutz suchte. Auch Karl N. und seine Kumpane haben vor einer Stunde ihren Platz vor dem Geldautomaten vor der Haspa verloren. Jetzt sitzen sie gutgelaunt im Windschatten eines Zeitungskioskes. Der Hut auf der Straße ist leer. Die Weinflasche auch schon fast. In der Innenstadt waren sie alle mal – und keiner hat es dort ausgehalten: »Wenn du Alkohol trinkst, kannst du da gar nichts verdienen.« Wer nichts hat, soll wenigstens asketisch leben. Damit, daß sie in St. Pauli keine Ruhe finden, haben sie sich arrangiert. »Und außerdem«, wirft einer in die Runde, »kriegen sie uns nicht weg, weil wir immer wieder kommen. Es sei denn, sie stecken uns in den Knast – und da ist's wärmer.« – »Eben«, sagt Karl, »und in Stuttgart war's schlimmer. Hier ist es nur schlimm.«

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 11/96 über die Rechte der Tiere

Konkret 12/96, S. 30

Zu Protokoll

Von der Bastille über die Postille zur Destille: Als »politisches Highlight« des Staatsbesuches von Bundespräsident Roman Herzog in Frankreich firmierte ein Kolloqium mit deutschen Bürgerrechtlern und französischen Politologen zum Thema »Bastille 1789 – Berlin 1989«, das am 17. Oktober im Pariser Goethe-Institut stattfand. KONKRET dokumentiert Auszüge aus den Diskussionsbeiträgen der deutschen Teilnehmerkorona (Roman Herzog, Bärbel Bohley, Friedrich Schorlemmer, Joachim Gauck, Marianne Birthler, Jürgen Fuchs)

Herzog: Wir befinden uns in einem Gebäude, das zum zweihundertsten Geburtstag der Französischen Revolution erbaut worden ist, vielleicht gibt es deshalb überhaupt keinen besseren Ort, um über die Parallelen nachzudenken, die der Titel unserer heutigen Veranstaltung zieht. Der Fall der Bastille am 14. Juli 1789, der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 sind zwei Symbole für das Ende von Unterdrückung und Unfreiheit. Sie markieren beide den Beginn neuer Epochen, und bei beiden Ereignissen geht es um die Frage der Freiheit. Aber, meine Damen und Herren, seien Sie unbesorgt, ich möchte die Parallele nicht überstrapazieren. Die Unterschiede sind zu offenkundig, als daß man sie hier übergehen dürfte. Aber daran möchte ich festhalten, daß in beiden Ereignisse eine historische Parallele zumindest zwischen Paris und Berlin greifbar wird, bei der ein gemeinsamer Einsatz für die Freiheit und die Achtung der Menschenrechte sichtbar ist.

Das revolutionäre Frankreich war, nachdem die Revolution geglückt war, ein Fremdkörper im monarchischen Europa, seine Revolution war der erste Schritt zur Selbstbestimmung des französischen Volkes, im Namen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die Menschenrechte, die die Nationalversammlung verkündete, sollten aber für alle Menschen gelten – freilich realisierbar waren sie vorerst nur in Frankreich. Ihr universeller Anspruch war aber jedenfalls ein entscheidender Grund dafür, daß sich die Ideen von Freiheit und Gleichheit alsbald über ganz Europa ausbreiteten. Frankreich, 1789 noch isoliert, wurde auf diese Weise zur Keimzelle eines neuen Europas der Freiheit. Die DDR, und mit ihr das Ancien régime der SED, waren ein Fremdkörper im Europa von 1989. Doch diesmal in einem, zumindest in seiner westlichen Hälfte, freien Europa. Genauer gesagt: Die DDR war vor der friedlichen Revolution von 1789 (!) der Schlußstein eines Unterdrückungssystems, das in dem Moment zusammenbrach, als die Mauer fiel.

Die Wiedergeburt der Freiheit und der Menschenrechte in ganz Europa löst gewissermaßen die Verheißungen von 1789 ein. Es gibt universelle Rechte und Werte. Wir sind dafür verantwortlich, daß sie respektiert werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen diese Frauen und Männer (die Bürgerrechtler/innen auf dem Podium, d. Red.) besonders ans Herz legen. Sie gehören zum Besten, was Deutschland in seiner jüngeren Geschichte hervorgebracht hat. Ich mache solche Bemerkungen nicht regelmäßig, sondern nur in krassen Ausnahmen. Und das ist eine Ausnahme.

Bohley: Bonjour. Ähm. Also ich werde mal wieder mehr praktisch sprechen, weil ich – ähm – keine Theoretikerin bin, sondern ich bin auch aus meinem Leben heraus überhaupt auf die Frage der Menschenrechte gestoßen. Ich bin sozusagen in einem Land großgeworden, das Antifaschisten als Reaktion auf den Faschismus gegründet haben, und das war eine Diktatur. Und diese Diktatur hat nicht nur mein Leben bestimmt, sondern das Leben meiner Generation. Wir sind davon geprägt, und irgendwann haben wir versucht, das Leben in unserem Land zu ändern und die Menschenrechte ins Bewußtsein der Menschen zu rufen, die natürlich sehr oft gedacht haben, man kann eigentlich gar nichts ändern, wir müssen uns dem fügen, auch diesem Druck, in dem wir leben. Wir haben erlebt, daß die Mauer gefallen ist, und wir haben erlebt, daß Widerstand sich lohnt. Jetzt gibt es diese DDR nicht mehr, jetzt gibt es dieses vereinte Deutschland, die Menschenrechte sind in der Verfassung garantiert, alles, was wir damals angestrebt haben, ist realisiert, und trotzdem gibt es gerade einige Bürgerrechtler aus der ehemaligen DDR, die immer wieder die Frage der Menschenrechte ansprechen und die dafür natürlich auch angegriffen werden, gerade weil eben heute die Frage nach der Einhaltung der Menschenrechte – ähm – oft auch störend ist. Sie ist für viele deshalb störend, weil natürlich nach 1989 nicht plötzlich alle Menschen neu geboren wurden, sondern weil sehr viele mit ihrer alten Prägung weitergelebt haben, und die Bundesrepublik stand 1989 oder 1990, nach der Wiedervereinigung, vor der Frage eigentlich: Wie leben wir mit den Menschen zusammen, die ständig die Menschenrechte verletzt haben? Es ist eigentlich einigen Bürgerrechtlern zu verdanken, daß die Akteneinsicht in die Stasi-Akten ermöglicht wurde, sie haben damals die Staatssicherheit besetzt, und daraufhin sind entsprechende Gesetz geschaffen worden, und in diesen Akten – ähm – ist sehr viel Moder deutlich geworden ... Wir waren, damals, 1989, der Meinung, daß die Lüge ans Tageslicht muß, daß die Lüge die Gesellschaft vergiftet ...

Die Revolution 1989 war eine friedliche, es sind keine Menschen an die Later-nen gehangen worden, das war unsere Auffassung von Menschenrechten. Wir haben gesagt, der Mensch hat auch das Recht,sich zu irren. Aber er muß zu seiner Lüge stehen. Und es gibt leider viel zu wenige, die zu ihrer Lüge stehen, die auch zu ihren Fehlern stehen ...

Ich denke, daß die Frage der Menschenrechte uns einfach nicht verlassen wird, sie begleitet uns und auch die Menschenrechtsarbeit, die ist eigentlich so etwas wie Sisyphosarbeit. Man nimmt immer wieder diesen Stein als Einzelner auf und rollt ihn ein Stück weiter, und daran entscheidet sich eigentlich das eigene Menschsein ...

Ähm, wir, die wir in der DDR großgeworden sind oder in den sozialistischen Ländern – ähm – , uns sind die Täter einfach genauso nah wie diejenigen, die sich gegen die Täter gewehrt haben. Und wir wissen einfach, daß die Täter auch gute Anzüge getragen haben. Auch in die Oper gegangen sind, auch Gedichte gelesen haben. Sie haben vielleicht – ähm – dieselben Sachen geliebt, die wir geliebt haben. Und trotzdem standen sie auf der anderen Seite. Und ich denke, zur Aufarbeitung einer Diktatur gehört, daß das anerkannt wird, daß wir nicht nur die Opfer kennen, sondern daß wir auch die Täter kennen ...

Und wenn ich jetzt an Bosnien denke, wo sich auch immer wieder die Frage nach Menschenrechten stellt, wo sich auch die Frage stellt, wie verhält sich denn jetzt das Europa zu Bosnien und zu diesem Konflikt in Jugoslawien, dann – ähm – erlebe ich sehr oft, daß der Konflikt weggedrängt wird, indem gesagt wird, daß dort Menschen einfach nicht miteinander leben können. Da ist ein alter Konflikt aufgebrochen, und die waren halt schon immer so auf dem Balkan. Ich glaube aber, daß der Konflikt in Jugoslawien ein ganz anderer war. Dort war das System nicht so kaputt, wie es in der DDR kaputt war, die Machthaber dort haben noch etwas gesehen, um das es sich zu kämpfen lohnt, und sie haben einfach einen latenten Konflikt aktiviert. Und sie haben ihn so aktiviert, daß dieser furchtbare Krieg dort entstanden ist. Und ich denke, daß wir hier in Westeuropa viel zu lange weggesehen haben und uns damit selbst eigentlich getröstet haben, indem wir gesagt haben, dort ist etwas aufgebrochen, was schon immer da war ...

Ich glaube einfach, daß sich an Bosnien entscheiden wird, ob wir überhaupt dazu kommen, von einem vereinten Europa zu sprechen oder ob das nicht so sein wird, daß wir einfach an diesem Punkt unseren eigenen Wert aufgeben werden. Also das, was wir von Freiheit, was wir – ähm – von Freiheit und von Demokratie und von Menschenrechten halten. Daß wir das einfach nur noch für uns, in unserem kleinen – ähm – Westeuropa gelten lassen und daß wir glauben, wir könnten diese Grenze ziehen.

Schorlemmer: Ich möchte am heutigen Tage, am 17. Oktober, daran erinnern, daß dies der letzte Arbeitstag des Mauerarchitekten Erich Honecker war, der gesagt hatte, kurz vorher, sie würde noch 100 Jahre stehen, und der Außenminister hatte gesagt, sie sei eine tragende Wand, die Mauer des europäischen Hauses. Das ist dann sehr schnell geplatzt, und ich hatte ein gewisses Vergnügen, auf einem roten Teppich zu laufen, auf dem Erich Honecker wohl 1988, glaube ich, die Republik Frankreich besuchte. Die Mauer wurde von denen gestürmt, für die sie bestimmt gewesen war, und nicht von denen, gegen die sie nach der Propaganda bestimmt war. D.h., es fiel damit nicht nur ein Todesstreifen, es fiel nicht nur eine Einmauerung – es fielen auch die Lügen über die Mauer an diesem Tag. Und ich muß einfach daran erinnern in diesen Oktobertagen, es geht mir immer noch auch nahe, obwohl es sieben Jahre schon zurückliegt: Als dann am nächsten Tag, am 18. Oktober, Egon Krenz die Herrschaft übernahm und das denkwürdige Wort »Wende« prägte, machte er uns eine wahnsinnige Angst natürlich vor der chinesischen Lösung. Und wir hatten große Sorge, daß es jetzt dazu käme, daß der Marx-Engels-Platz zum Platz des Himmlischen Friedens werden könnte. Dies ist nicht passiert. Dies ist ein – vielleicht, ich weiß auch nicht – , so etwas ist als Theologe ja auch etwas Wunderbares gewesen, unabgesprochen ... Daß es uns gelang, die Taktik dieses Systems zu durchbrechen, die nämlich darauf hinauslief: Der Gegner will den Frieden und den Fortschritt gefährden und die Macht der Arbeiterklasse mit Gewalt zerstören und die Arbeiter aufhängen. Noch am 10. Oktober wurde in den Kreisparteiversammlungen gesagt (das war so die Sprache): »Es muß erkannt und zugegeben werden, daß wir in den letzten Wochen ein Gefecht verloren haben, wobei es jetzt darum geht, nicht auch noch die Schlacht zu verlieren. Wir müssen analysieren, warum der Feind so tiefe Wunden schlagen konnte, ohne daß die Verteidigung wirksam werden konnte. Konkret geht es darum, Ziel und Richtung anzugeben. Dem Feind die Faust – allen anderen die offene Hand.« Das war noch die Sprache am 10. Oktober, einen Tag nachdem die Leipziger die großartige Delegitimierung des Systems vollzogen, indem sie bereit waren, in die offenen Gewehrläufe zu laufen ...

Ich behaupte, diese Revolution ist eine Revolution gewesen, weil kein Blut floß, und nicht, obwohl kein Blut floß. Wenn Blut geflossen wäre, wäre alles verloren gewesen. ... Ich denke, daß die Angst immer Angst macht, und wenn man anderen mit Gewaltlosigkeit, mit aktiver, die Angst nimmt, kann es sein, daß es auch gewaltlos ausgeht. Was natürlich schade ist, ganz anders als in Frankreich: Wenn da nicht ein paar geköpft werden, gibt es keine besonderen Entlastungseffekte. Und man lebt mit den alten Köpfen, immer noch, und es ist sehr viel schwieriger, sie allmählich aus den Positionen zu bringen mit den Mitteln des Rechtsstaates, wo man ja eigentlich, da stimme ich Bärbel Bohley zu, Gerechtigkeit wollte – aber, ich sage immer: Lieber den Rechtsstaat als Gerechtigkeit, denn wir haben auch gesehen, wohin Gerechtigkeit führen kann.

Wir in der Bürgerbewegung haben dann erleben müssen, daß 40 Jahre mundtot Gemachte, Gebückte, zu 98 Prozent Gebückte, die alle zwei Jahre einen Zettel falteten und alles andere auch mitmachten, wirklich a) gehen konnten und b) reden konnten. Und daß die Demokratie Spaß machte. Und daß sie mitmachten. Und daß sie nicht nur reden konnten, sondern auch redeten. Daß dann aber in einer Zeitverschiebung von sechs Monaten vor die Lust an der Demokratie sich die Lust an richtigem Geld schob. Äh, kann auch jeder verstehen. Äh, ich auch. Ich hatte ja vorher immer schon ein bißchen davon. Insofern darf man da nicht bös sein. Und dann kam die Frage nach dem »D«, Deutschland, dazu, also eine Verschiebung des »D« – von der Demokratie über die D-Mark zu Deutschland. Nun haben wir alles Dreies. Nun haben wir alles Dreies. Ein Glück!

Gauck: Ich will Ihnen sagen, was am allerintensivsten gewirkt hat auf uns, die wir Begriff und Wirklichkeit der Freiheit hinter die Friedenssicherung zurückgestellt haben: Es ist letztlich die Idee der Würde des einzelnen und unserer Fähigkeit und Berufung zur Freiheit. Und man kann über den Westen sagen, was man will, und die sozialen Nöte und die Deklassierungsdinge benennen – aber es ist diese Anwesenheit und Möglichkeit von individueller und politischer Freiheit. Und sie enthält immer eine ganz starke Einladung, das Leben zu bejahen und es nicht nur zu verlassen. D.h., es enthält eine Verheißung, und ich sehne mich überhaupt nicht mehr nach den großen Hoffnungen, sondern es ist für mich wunderbar, daß sich der öffentliche Raum für einen Diskurs eröffnet hat, wo Menschen ganz unabhängig von Hypostasierungen und Religionen und politischen Religionen ihre Interessen miteinander besprechen, sie abgleichen und dabei versuchen, bei diesem Interessenabgleich Würde und Freiheit nicht zu eliminieren. Und es gibt nun mal nur eine Gesellschaft, die dies relativ weitgehend ermöglicht: das ist die Ihre hier im demokratisch verfaßten Parlamentarismus im Westen. Es bringt nichts, diese biederen Möglichkeiten im Grunde im Angesicht der Ewigkeit oder des Heils zu nivellieren, sondern im politischen Diskurs ist das Beschreiben des weniger Schlechten und die Suche des nächsten Schrittes, dieses weniger Schlechte zu gestalten, mit einer ganz elementaren Verheißung erfüllt.

Birthler: Für mich ist die wichtigste Erfahrung von 1989, daß es so etwas gibt in einer Situation, in der alles festgefahren ist, tot scheint, in der einem fast nichts mehr einfällt, daß dann etwas Neues beginnt, losgeht, und daß Menschen dies bewirken können, begünstigt natürlich durch verschiedene Umstände. Und diese Erfahrung – und deshalb ist die mir so wichtig – werden wir noch brauchen können, weil aus dieser Erfahrung eine Hoffnung erwächst. Denn wir werden immer wieder in Abhängigkeiten kommen, das Gefühl haben, wir sind jetzt festgefressen, es bewegt sich nichts mehr, im Blick auf ganz verschiedene Problemlagen dieser Gesellschaft. Mir ist der prinzipielle Unterschied dieser Gesellschaften, der, aus der ich komme, und der, in der ich jetzt lebe, wohl klar, aber dennoch sind wir noch nicht im gelobten Land. Und diese Erfahrung, die ich in Hoffnung ummünze, die brauche ich sehr dringend, und ich versuche, sie immer wieder nutzbar zu machen, auch wenn ich jetzt in Ostdeutschland Gespräche führe, wo Leute den Eindruck haben, sie sind in einer Sackgasse, es geht nicht mehr weiter und so: Zu wissen, auch wenn eine Situation tot ist – ist ja fast so etwas wie eine Ostererfahrung – , auch wenn eine Situation tot ist, kann es weitergehen. Das ist für mich die wichtigste Lehre.

Fuchs: Ich bin der Auffassung, daß (der Staat, d. Red.) das, was die Menschen an eigener Solidarität, eigener zwischenmenschlicher Wärme und an eigener Herzlichkeit und Barmherzigkeit selbst zu leisten imstande sind, auch nicht leisten kann und auch nicht leisten soll. Ich bin der Auffassung, daß der Staat genug tut, wenn er Räume dafür öffnet, daß ich diese menschlichen Eigenschaften entfalten können kann. Vor einem Staat, der meint, für Barmherzigkeit, Wärme und Solidarität als Gesetzgeber zuständig zu sein, fürchte ich mich, ich halte das für eine der wesentlichen Erkenntnisse aus der Geschichte der DDR, die gerade dieses für sich in Anspruch genommen hat. Und an die Adresse von vielen westlichen Intellektuellen möchte ich die Bemerkung richten, daß ich sehr erstaunt darüber bin, wie wenige von ihnen vor sich selbst erschrecken, wenn sie darüber nachdenken, mit welchem System sie in gewisser Weise in Osteuropa sympathisiert haben.

Bärbel Bohley: Ich finde es einfach gefährlich zu sagen, das Dritte Reich ist zu Ende, die DDR ist zu Ende; aber sie wachsen überall, sie kommen wieder, und ich denke, daß die Völkergemeinschaft sich darüber Gedanken machen muß, wie sie darauf reagiert. Das ist eigentlich die Frage für die nächsten Jahrzehnte.

Konkret 12/96, S. 33

Christian Eggers

Angriff auf das Volkseigentum

Ende des Reformismus in Nicaragua: Nach den Präsidentschaftswahlen schreiten die siegreichen Rechten zur Rückgabe des 1979 enteigneten Besitzes

Auch wenn es kaum jemand bemerkt hat: In Nicaragua, einst Ziel von westeuropäischem Revolutionstourismus, haben Wahlen stattgefunden. Und die FSLN hat schon wieder – wie vor sechs Jahren – nicht genügend Stimmen für einen Sieg sammeln können. Zwar gibt es noch ein bißchen Hickhack darum, ob bei dem Urnengang alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Aber der Sieg des ehemaligen Somozisten Arnoldo Alemán scheint klar zu sein. Die FSLN konnte ihr Ergebnis von 1990 ungefähr halten – nach Auszählung von 80 Prozent der Stimmen lag der sandinistische Präsidentschaftskandidat Daniel Ortega bei rund 40 und Alemán bei etwa 50 Prozent. Der Sieger kündigte sofort seine vordringlichste Aufgabe als Präsident des Landes an: die Rückgabe des von den Sandinisten nach dem Triumph der Revolution 1979 enteigneten Privateigentums.

»Nach der OEA, EU und den USA und trotz erheblicher Unregelmäßigkeiten sprach sich eine große Anzahl von Persönlichkeiten, Institutionen und Parteien für eine Anerkennung der Wahlen aus«, teilte die Bonner Botschaft Nicaraguas am 25. Oktober mit – fünf Tage nach dem Urnengang in dem mittelamerikanischen Land. Der Kandidat der Sandinisten, FSLN-Chef Daniel Ortega, habe die Wahlen zwar auch schon »insgesamt als gültig« bezeichnet, wolle jedoch erst noch das Ergebnis einer Kontrollzählung der Stimmen abwarten und dann eine »Entscheidung« bekanntgeben.

Das kann sich noch hinziehen. Die Sandinisten behaupten, 60.000 für Ortega abgegebene Stimmen seien auf dem Weg von den Wahllokalen ins Hauptquartier des Obersten Wahlrates verschwunden. Doch auch eine nachträgliche Anrechnung dieser Voten für die FSLN würde unterm Strich nichts mehr ändern. Der Abstand zwischen Ortega und dem Kandidaten der Rechten, Arnoldo Alemán, ist mit etwa zehn Prozent zu groß. Die FSLN hat die Wahlen verloren. Fair waren sie ohnehin nicht.

Über 100.000 der 2,4 Millionen Wahlberechtigten konnten gar nicht erst an der Abstimmung teilnehmen, weil sie die notwendigen Wahlunterlagen nicht erhalten hatten. In einigen Wahlkreisen wurden Menschen schlicht mit Waffengewalt gezwungen, für Alemán zu stimmen; in der Hauptstadt Managua wurden sandinistische Beisitzer aus den Wahlbüros geworfen; und schließlich stand die gesamte Abstimmung unter der Drohung Alemáns, im Falle eines Sieges der FSLN könnte ein neuer Bürgerkrieg beginnen.

So wartete der mutmaßliche Wahlsieger auch gar nicht lange damit, sich zum neuen Präsidenten des Landes zu erklären. Bereits nach der Auszählung von nur knapp drei Prozent der Stimmen feierte Alemán seinen »überwältigenden Sieg«. Kurze Zeit später gab er in der Hauptstadt Managua seine zukünftige Kabinettsliste bekannt und erklärte, worum es seiner Regierung vorrangig gehen werde: die Rückgabe des nach dem Sieg der Revolution 1979 »beschlagnahmten Besitzes«. Alle von der sandinistischen Regierung damals enteigneten Nicaraguaner würden ihr Eigentum jetzt zügig zurückbekommen. Da geht es um nicht gerade wenige Ländereien und Fabriken. Über 5.000 Enteignungen wurden schon seit der Niederlage der FSLN bei den Wahlen 1990 von der Regierung Violeta Chamorras rückgängig gemacht. Doch noch immer sind mehr als 125.000 Rückgabe-Klagen anhängig. Und auch die Familie des ehemaligen Diktators Somoza, dessen Anhänger Arnoldo Alemán schließlich war, will ihr früheres Privateigentum natürlich zurück haben.

Zwar haben Daniel Ortega und die FSLN im Laufe des Wahlkampfes viele Zugeständnisse an die Rechte im Land gemacht. So gingen die Sandinisten ein Wahlbündnis mit dem Großgrundbesitzer und Viehzüchter Juan Manuel Caldera, dem sie im Falle eines Wahlsiegs sogar das Amt des Vizepräsidenten versprachen, sowie mit früher bewaffnet kämpfenden Konterrevolutionären ein. Letzteres gab die nicaraguanische Botschaft in Bonn am 1. Oktober so bekannt: »Wahlbündnis von Ortega und ehemaligen ›Contras‹ – Bei einem Wahlsieg verpflichtet sich Daniel Ortega, der Gruppe um José Benito Bravo alias ›Commandante Mack‹, einem ehemaligen Mitglied der Nationalgarde, die Führung des Innenministeriums, des Instituts für Agrarreform und des Ministeriums für Naturschätze und Umwelt und weiterer Institutionen bis hin zur Gemeindeebene zu überlassen.«

Außerdem versprach Ortega dem einflußreichen und stramm rechten katholischen Kardinal des Landes, Obando y Bravo, daß es im Falle eines sandinistischen Wahlsieges keinen Militärdienst mehr geben und die Kirche vor der personellen Besetzung des Bildungs-, Innen- und Verteidigungsministeriums konsultiert werde. Schließlich wurde auch noch das Parteilied der FSLN, in dem es heißt: »Wir kämpfen gegen den Yankee, den Feind der Menschheit«, als »Wahlkampfhymne« abgeschafft und durch Beethovens »Ode an die Freude« ersetzt. Daniel Ortega plädierte öffentlich für eine »Versöhnung« mit Washington: »Ich bin ein Freund der USA.«

Doch eine Rückgabe des während der Revolution enteigneten Privateigentums wäre mit der FSLN und ihrer Basis wohl nicht zu machen gewesen. Die »Aussöhnung« mit »der nationalen Bourgeoisie und danach mit anderen Parteien«, mit denen die Sandinisten »zusammen als Nation kämpfen« wollten, sei »in dem Moment, wenn es um Eigentumsinteressen

geht, unmöglich«, erklärte Daniel Ortega bereits im Mai 1995. Das bedeute nicht, »den traditionellen Kapitalisten den Raum zu nehmen, aber wir können nicht akzeptieren, daß sie das Regierungsmandat ausnutzen, um das Eigentum der Volkssektoren zu rauben«. Die Grenzen des sandinistischen Opportunismus waren also klar gesteckt. Darum mußten Arnoldo Alemán und seine Liberale Allianz die Wahlen gewinnen. Darum drohte die Rechte mit einem neuen Bürgerkrieg.

Es ging bei den Wahlen am 20. Oktober nicht um die vollkommen desolate wirtschaftliche Situation des Landes: Rund 70 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner Nicaraguas leben unterhalb der Armutsgrenze, über 60 Prozent sind arbeitslos, die meisten Menschen verbringen nach einer Studie der Zentralamerikanischen Universität über 90 Prozent ihrer Zeit mit der Lösung alltäglicher Überlebensfragen, Nicaragua ist mit über elf Milliarden Dollar verschuldet – das alles könnte auch eine neue sandinistische Regierung mit ihrer Strategie einer »nationalen Einheit« nicht ändern, wenn sie auch das neoliberale Modell nicht ganz so hart durchziehen würde wie Alemán. Es ging ums Ganze, ums Privateigentum.

Ein Sieg der Sandinisten hätte die Linke in Nicaragua, die Revolutionärinnen und Revolutionäre innerhalb und außerhalb der FSLN, in eine bessere strategische Position gebracht. Die wird nun im Rahmen der zu erwartenden Konfrontation in der Eigentumsfrage erkämpft werden müssen. Reformistische Konzepte jedenfalls haben auch in Nicaragua keine Aussicht auf Erfolg mehr.

Christian Eggers schrieb in KONKRET 11/94 über Kuba

Konkret 12/96, S. 34

Joachim Rohloff

»Mensch bleiben!«

Die »FAZ« beschwört den »lebendigen Staatsglauben«, in einer westfälischen Kleinstadt macht sich Lynchstimmung breit, und »Emma« empfiehlt doppelseitig geschärfte »Abstechmesser«: Der Fall des mutmaßlichen Kindermörders Dutroux weckt auch hierzulande allerlei Gewaltphantasien

Ein Volk stand auf, ein Sturm brach los. »Bürgerliche Fundamentalopposition« (»FR«) versetzte »ein Volk in Aufruhr« (»Spiegel«). Zwar wurden keine Bastillen gestürmt und keine Guillotinen errichtet, doch die »FAZ« sah immerhin »Transparente an zahlreichen Straßen die Wiedereinführung der ... Todesstrafe fordern«. »Ein Volk wehrt sich!« jubelte »Bild«. Binnen kurzem wurde, jedenfalls von der »FAZ«, eine »Gegenregierung« ernannt, die ein neues »gesellschaftliches Modell« vorstellte und einen »neuen sozialen Vertrag« (»Zeit«) entwarf. Für mehrere Tage schien es, als sollte der »Aufstand« (»FAZ«) siegen. Erinnert sich noch jemand?

In Belgien war der arbeitslose Elektriker Marc Dutroux verhaftet worden, der jahrelang pädophile Pornographie hergestellt und vertrieben, mehrere Mädchen verschleppt und mindestens vier von ihnen ermordet hatte. Mindestens zwei dieser Morde, so stellte sich heraus, hätte die Polizei vereiteln können, wäre sie einschlägigen Hinweisen nur rechtzeitig und mit der gebotenen Konsequenz nachgegangen. Wenig später wurde der ehemalige wallonische Minister Van der Biest beschuldigt, 1991 den Auftrag zum Mord an André Cools erteilt zu haben, dessen angeblich bevorstehende Enthüllung diverser Korruptionsfälle diverse Spitzenfunktionäre der sozialistischen Partei angeblich tonnenschwer belastet hätten. Allenthalben spekulierte man nun Verbindungen herbei zwischen Dutroux und Mitgliedern des Regierungs- und Justizapparats auf der einen, zwischen Van der Biest, der italienischen Mafia und »rivalisierenden Freimaurerlogen« (»FAZ«) auf der anderen Seite. »Ein Ländchen, das von schüchternen Spießern bewohnt schien«, schrieb der »Stern«, der auch nichts Genaues wußte, »entpuppte sich als moralischer Schweinestall vor unserer Tür.«

Die »FAZ« verlangte ihrem Dirk Schümer sogleich eine historische und soziologische Analyse ab: Belgien konnte »als späte und besonders künstliche Nation seit der Unabhängigkeit von 1830 niemals einen lebendigen Staatsglauben hervorbringen«, diesen Makel jedoch lange Zeit mithilfe einer »Religion der industriellen Wohlfahrt« kompensieren. Das hochindustrialisierte Wallonien nährte viele Flamen und wurde dank seiner wirtschaftlichen Überlegenheit auch politisch dominant. »Im Zeichen des Industriekapitalismus wurde die Bevölkerung durchmischt; sozial homogen wurde sie nie ... Das prosperierende, friedliche Land stürzte erst in die Krise, als die Religion der industriellen Wohlfahrt erlosch.« Wie nennt man diese Religion in Flandern? Het sozeale Maaktwertschap? Belgien jedenfalls bilde seitdem »einen idealen Nährboden für eine Korrumpierung der Politik und erfolgreiche Aktivitäten des organisierten Verbrechens«. Man ahnt, was uns Deutschen blühte, wären wir nicht eine so naturwüchsige Nation.

Als in den siebziger Jahren die letzten wallonischen Textilfabriken, Berg- und Stahlwerke geschlossen wurden, entdeckten die Flamen ihre – selbstredend unterdrückte – Kultur und den großen Nachteil des künstlichen belgischen Staatswesens: Der frankophone Landesteil bot keine Arbeitsplätze mehr, er kostete Sozialhilfe. »Der nationalistische und fremdenfeindliche Vlaamse Blok ist mittlerweile die stärkste politische Kraft in Flandern«, räumte Schümer ein. »Man sollte aber den pazifistischen und emanzipatorischen Charakter der flämischen Bewegung darüber nicht verkennen: Vergleichbar etwa mit Irland, streitet hier eine eigenständige Kultur um ihre Anerkennung.« Die Unterdrückung dieser Kultur wurde ohrenfällig in dem Umstand, daß »jeder Flame selbstverständlich Französisch spricht, während Wallonen selbst in hohen Funktionen einzig ihre Muttersprache beherrschen«. Kulturelle Emanzipation ließe sich demnach definieren als die Weigerung, Fremdsprachen zu lernen.

Dem industriellen Niedergang folgten in Wallonien »Zweifel an den Segnungen moderner Technologien« (»FAZ«) und in Flandern »eine Flut von Bitternis über die ›soziale Hängematte‹, ... in der sich die Wallonen in ihrem ›Palermo ohne Palmen‹ suhlen« (»Stern«). Ein Bürgerkrieg schien also wahrscheinlicher als ein Volksaufstand: »Belgien ist wie Bosnien«, zitierte Schümer den Romancier Jacques Neirynck; »von ›Sarajevosierung‹ ist bei den Nachdenklichen im Lande die Rede«, warnte der »Stern«. Und als nun die Skandale um Dutroux und Van der Biest aufgedeckt wurden, nutzten flämische Politiker »die vermeintliche Gunst der Stunde, den französischsprachigen Südteil Belgiens in Verruf zu bringen« (»FAZ«).

Doch ihr Kalkül ging nicht auf. Daß der Volkszorn sich nach der Abberufung des Ermittlungsrichters Connerotte nicht von separatistischen Bestrebungen instrumentalisieren ließ, sondern auf die Herrschenden in Brüssel zielte, mußte als große menschliche Leistung gewürdigt werden: Die Demonstranten marschierten »nicht als Arbeitnehmer, Bauern, Beamte oder sonstige Verfechter von Partikularinteressen«, schrieb das »Sonntagsblatt«, »nicht als Flamen oder Wallonen marschierten sie, sondern als verzweifelte Menschen«.

Der Volksaufstand wäre gewiß zu einer veritablen Revolution gereift, hätten sich nur die Helden des Feuilletons seiner angenommen. Daran fehlte es in Belgien, und die »FAZ« beklagte den schmählichen »Verrat der Intellektuellen«: »Kein

Havel oder Kuron, kein Biermann oder Sacharow ergreift das Wort«, und so wurden denn »diese Eltern – ähnlich dem Elektriker Walesa in Polen – zu den eigentlichen Repräsentanten der Volkswut«. Die »Zeit« immerhin mobilisierte einen leibhaftigen belgischen Intellektuellen, der in radikalliberaler Diktion die »Forderung nach gesellschaftlicher Remedur« erhob: »mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität, weniger Entfremdung durch die blinden Kräfte von Geld und Gier«. Wenn man aber von der Entfremdung keinen Begriff hat, sind am Ende die Begriffe schuld an der Entfremdung: »Ausgehend von dieser Prämisse« – nämlich dem Wunsch, »eine menschliche Gesellschaft zu schaffen« – »werden alle entfremdenden Schlagwörter dieser Zeit entkräftet.« Zwar waren es in der Übersetzung der »Zeit« die Schlagwörter, die von der Prämisse ausgingen, doch konnte ohnehin keine Grammatik der Welt dieser intellektuellen Rede zu irgendeinem Sinn verhelfen. Trotzdem schien es nicht ausgeschlossen, daß »dieses kleine Land im Herzen Europas den Schmelztiegel darstellt, in dem Leid, Entsetzen, Fassungslosigkeit über Greuel und Egoismus in gewisser Weise zu einem neuen sozialen Vertrag zusammenfließen«.

Die Präambel dieses Gesellschaftsvertrags lautete vermutlich: »Mensch bleiben!« Und weil auch der belgische Ministerpräsident Dehaene unter seiner Unterwäsche nur ein Mensch ist, konnte ihn die »FAZ« bereits am 29. Oktober beruhigen: Es »schien die Massendemonstration kein Ausdruck des Mißtrauens gegenüber den Politikern, sondern eher als Aufforderung gemeint zu sein, den moralischen Ansprüchen endlich gerecht zu werden ... Die herkömmliche politische Klasse in Brüssel und anderswo hat nicht ausgedient; sie muß sich allerdings grundlegend reformieren.«

Auch die Eltern der ermordeten Mädchen, die Mitglieder der damaligen belgischen Gegenregierung, waren letztlich und zuallererst nur Menschen; deshalb konnten Zwistigkeiten nicht ausbleiben. »Jetzt streiten sich die Väter der toten Mädchen«, meldete am 24. Oktober exklusiv die »Welt«: »Jean Lambecks sieht den Namen seiner Tochter Eefje mißbraucht, Paul Marchal wurde zum Medienliebling.« Eefjes Vater werde »möglicherweise juristische Schritte gegen den Vater von An einleiten«, weil der nämlich eine Stiftung »An & Eefje« gegründet hatte. »Außerdem schreibt Paul Marchal in der Brüsseler Zeitung ›Het Laatste Nieuws‹ eine Kolumne mit einem eigens für ihn entworfenen Logo, das die Initialen ›A‹ und ›E‹ trägt.«

Ein belgischer Berlusconi, der Korruption ein Ende zu machen und den Rechtsstaat wiederherzustellen, war in den ersten Novembertagen noch nicht in Sicht. Ob die Wallonen inzwischen Brüssel belagern, ob der Volkstribun Marchal sich dem »An & Eefje«-Merchandising widmet, ob er seine eigene Statt-Partei gegründet und einen Gesetzentwurf zur sofortigen Aufhebung der Entfremdung durch Geld und Gier vorgelegt hat – das konnten die Belgier inzwischen der deutschen Tagespresse entnehmen.

Was sie aber bis heute nicht wissen, stand schon Mitte Oktober im deutschen »Magazin von Frauen für Menschen«: Sie verdanken Aufstand samt Gesellschaftsmodell im Grunde dem Feminismus. »Es dauerte 20 Jahre, bis die von Feministinnen ab Mitte der 70er Jahre gesäte Saat aufging ... Erst jetzt können Eltern in Belgien oder Bayern auf die Straße gehen. Erst jetzt müssen sie sich nicht länger schämen, Eltern von Opfern zu sein: von geschändeten, zerstückelten Kindern.« Zwar hatte man von zerstückelten Kindern bisher nichts gehört, um so tiefer aber prägte sich ins Gedächtnis jedes Fernsehzuschauers und jedes Zeitungslesers der Name des siebenjährigen Mädchens ein, das im bayrischen Epfach brutal ermordet worden war: Natalie Astner. Der erste wutschnaubende und tränenblinde Satz des großen »Emma-Dossiers« lautete dementsprechend: »Natalie Asten (7) ist tot.«

Weil die mißbrauchten Kinder »in 90 Prozent aller Fälle wohl Mädchen sind«, beschrieb Alice Schwarzer die Pädophilie als eine der zahlreichen Erscheinungsformen allgegenwärtiger Männergewalt. Wenn Männer einmal ausnahmsweise auf Gewaltanwendung verzichten, verlangen sie perfiderweise dafür auch noch Dankbarkeit. »Wird der Wolf zum Lamm, müssen wir Kinder und Frauen dankbar sein: so dankbar wie der Schwarze dem Antirassisten und der Jude dem Antisemiten.« Doch nicht nur der gemeine Semit und Philorassist, jeder Mann hat künftig mit massiver »Gegenwehr« zu rechnen: Frau solle sich bewaffnen, empfahl »Emma«, am besten »mit einem Messer, dessen Klinge doppelseitig geschärft ist: ein sogenanntes ›Punch-Knife‹ (Abstechmesser) mit feststehender Klinge«. Und in ihren feuchtesten Träumen malte frau sich die »Gegenwehr« so aus: »Eine Waffe haben. Und wenn er dann da steht, sie aus der Tasche ziehen. Langsam, cool. Genießen, wie sich seine selbstgefällige Arroganz, seine Bedrohlichkeit, in Angst verwandelt. Seine Angst. Ihn das Fürchten lehren. Zielen. Abdrücken. Vielleicht wirklich abdrücken.«

Daß sich solcherart Pornographie häufiger als bisher in die Realität übersetzte, wäre gewiß auch im Sinne des Schwesterblatts »Bild«, das Gewalt gegen Frauen bekanntlich früher zum Thema gemacht hat als die linke Männerpresse: »In dem Dossier ›Mörder aus Lust‹ zweifelte Emma im Spätherbst 94 die Therapiefähigkeit von sogenannten Wiederholungstätern an und forderte ihre lebenslange Sicherheitsverwahrung.« Diese »feministische Saat scheint aufzugehen«, denn »›Bild‹ fragt: ›Rückfallquoten bis zu 80 Prozent – hilft überhaupt eine Therapie?‹«

Bis zu 80 Prozent? Die »FAZ« bot sogar noch mehr: Befürworter der chemischen Kastration »verweisen auf Erfahrungen in europäischen Ländern, wo die ›Rückfallquote‹ von fast 100 auf zwei Prozent gesunken sei.« Mit schlappen 66 Prozent begnügte sich »Focus«: »Rund zwei Drittel aller Täter ohne Therapie werden rückfällig.« Allerdings strafte »Focus« die

eigene Stastik Lügen und bestätigte implizit die Quote der »FAZ«. »Sextäter« seien »menschliche Zeitbomben. Die spektakulärsten Sexualstraftaten werden von Wiederholungstätern begangen. Der Rückfall liegt in der Natur des Triebes.«

Die Bewohner der westfälischen Kleinstadt Herten mochten mit Zeitbomben nicht leben und leisteten Widerstand gegen den Bau einer forensischen Klinik. »Der Proteststurm gegen den Sozialgau vereint den nördlichen Pott. In wenigen Tagen sammelte das Aktionsbündnis ›Herten wehrt sich‹ 20.000 Unterschriften gegen die ›Schwerstkriminellen-Klinik‹. Später schallte der Ruf ›Wir sind das Volk‹ und ›Kein Dutroux im Pott‹ durch die Straßen ... Lynchstimmung in Deutschland?« fragte »Focus«. Und der Intellektualgau Helmut Markwort gelobte seinem Tagebuch: »Das Verständnis für die Täter ist groß genug. Es wird Zeit, mehr an die Opfer zu denken ... ›Wir brauchen den Druck der Öffentlichkeit‹, sagte eine Anwältin. Wir helfen mit.« Den Kommentator der »Taz« erinnerte der »Volksaufstand von Herten« an die eigene Kampfzeit im Wendland: »An der Hertener Bevölkerung vorbei läßt sich die Klinik nicht realisieren. Eine schnöde Machtpolitik wird scheitern. Und das ist gut so.«

Was aber tun mit den Tätern? Zunächst müßten sie härter bestraft werden, forderte Joachim Wagner, der Leiter des NDR-Magazins »Panorama«, den mancher bisher für einen Liberalen gehalten hatte: »Im Vergleich etwa zu England, wo unlängst ein Diplomat wegen Besitz und Schmuggels von Kinderpornographie zu drei Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wurde, läßt die deutsche Justiz bei Kinderschändern unverständliche Milde walten«, obwohl »diese Taten nicht nur von einigen sexuell verwirrten Kranken, sondern massenhaft begangen werden.«

»Emma« schlug »die bundesweite Erfassung von Sexualstraftätern sowie von Pornoproduzenten und -händlern in einer Zentraldatei« vor. »Eine ›Kastration‹ kann den Mädchen- und Frauenhaß nicht stoppen: der steckt im Kopf. Und eine Stärkung der Psychologen hieße, den Bock zum Gärtner zu machen.« Da aber auch frau nur Wiederholungstäter lebenslang einsperren will, muß sie sich in Geduld üben, bis aus dem Täter ein Wiederholungstäter geworden ist. Oder gleich zum Abstechmesser greifen.

Das Mediengewitter ums »Dutroux-Syndrom« (»Focus«) hat sich inzwischen verzogen. Zurück bleibt das Gefühl: Ohne die deutschen Zeitungskommentare wäre man erheblich dümmer.

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 10/96 über 50 Jahre Springer-Verlag

Konkret 12/96, S. 36

Erwin Riess

Das Erbe der SPÖ

Nach den Wahlen in Österreich: Vom realen zum nationalen Sozialismus

»Wäre die FPÖ die NSDAP, dann hätten wir längst die Mehrheit.«
Jörg Haider

Ereignisse dieser Art sind nicht neu: Die ökonomischen Verhältnisse wälzen sich um, doch die Politik stellt sich blind. Je heftiger die ökonomischen Eruptionen, desto verzweifelter kämpft sie um die Bewahrung ihrer vermeintlichen Autonomie. In solchen Zeiten wächst das von der Politik vermittelte Gefühl der subjektiven Sicherheit vor den Bedrohungen der Weltwirtschaft, und am sichersten wähnen sich die Staatsbürger, wenn die ökonomischen Grundlagen für staatliche Hilfe gänzlich verschwunden sind. Erst mit dem Verlust seiner ökonomischen Potenz gewinnt der Staat die Herrschaft über die Köpfe zurück, die er mit der Etablierung der bürgerlichen Demokratie einbüßte. Renationalisierung und Refeudalisierung der Politik sind die andere Seite der Weltökonomie.

Die wichtigste zeitgenössische Vermittlungsagentur von Ökonomie ist die Sozialdemokratie; ihre Aufgabe ist es, die Verdrängung der ökonomischen Zusammenhänge im Staat sicherzustellen. Aus diesem Grund ist die moderne Sozialdemokratie die genuine Staatspartei, sie ist zum Regieren verurteilt. Bleibt sie für längere Zeit von der Staatsmacht getrennt, verliert sie den Sicherheitsbonus und wird in den Augen der politischen Kunden entbehrlich.

Die österreichische Sozialdemokratie ist stolz darauf, die mächigste der Welt genannt zu werden. Ihr Einfluß, die Dauer ihrer Herrschaft, die Zahl ihrer Mitglieder und die von ihr geleistete Verdrängung der ökonomischen Wirklichkeit ist unerreicht. Aber: So mächtig ist selbst die SPÖ nicht, daß sie die Ökonomie in die Schranken weisen könnte. Nach dem Bankrott der Verstaatlichten Industrie, dem Zusammenbruch der KONSUM-Genossenschaft, dem darauf folgenden Verkauf der halben Gewerkschaftsbank an ein deutsches Institut und der Privatisierung des Wirtschaftskonzerns der Gemeinde Wien muß die SPÖ sich nunmehr damit abfinden, über keinerlei ökonomische Hebel mehr zu gebieten; Wohnungen und Arbeitsplätze werden jetzt vom Markt und nicht mehr vom Bezirksvorsteher vergeben.

In den vergangenen beiden Jahren ist ein rasanter Verkauf von österreichischen Handels- und Industrieunternehmen zu beobachten, und es ist nur eine Frage von Monaten, bis auch der Finanz- und Bankensektor von ausländischen Eigentümern kontrolliert wird. Auch in Österreich untergräbt der Weltmarkt die soziale Sicherheit; die alte Politik der Verdrängung von ökonomischen Zusammenhängen wird von der neuen des Kampfes einer sozialen Gruppe gegen die andere abgelöst. Der Sozialstaat fängt die Krise nicht mehr wie früher auf, er reicht sie an die Wehrlosen weiter. Administriert wird diese Politik im Glauben, Schlimmeres zu verhüten, von sozialdemokratischen Bundeskanzlern, Finanz- und Sozialministern.

Bei den Wahlen zum Europaparlament rückten nun die Freiheitlichen Jörg Haiders mit xenophobem Geschrei zu den Koalitionsparteien auf; in Salzburg, Tirol und Kärnten ist die FPÖ bereits stimmenstärkste Partei. Die gleichzeitig abgehaltenen Gemeinderatswahlen in Wien endeten mit dem Verlust der seit 1920 gehaltenen SPÖ-Mehrheit, mit 39 Prozent befindet sie sich auch hier in Reichweite der Freiheitlichen. Deren Gewinne waren, wie schon bei den Wahlgängen der letzten Jahre, in den sozialdemokratischen Hochburgen am größten.

Durchstößt die Ökonomie die Hülle der Politik, werden entweder die Akteure der letzteren ausgewechselt, oder unter dem alten politischen Firmenschild kommen die Produkte des Konkurrenten zum Verkauf; eine Strategie, die einem politischen Systemwechsel unmittelbar vorangeht. Die Beschleunigung der Politik ist an der Sprache der Akteure ablesbar. Drückt die Verdrängung des technokratischen Jargons den Verlust von Suprematie aus, so kündet die Sprache des Sozialdarwinismus von der erfolgten Auswechslung der Politik: Der »Rassismus der Tüchtigen« verbreitert sich zu einem ordinären Lumpen-Rassismus, dessen Worthülsen aus dem Boulevard in die Qualitätszeitungen und vom Stammtisch in den Ministerrat vordringen. Der Untergang der mächtigsten Sozialdemokratie der Welt ist nicht nur gleichbedeutend mit dem Untergang des westlichen Realen Sozialismus, er ist begleitet vom Aufstieg eines unbedeutenden Klüngels zur mächtigsten rechtsextremen Partei der Gegenwart.

Historisch ist auch dieser Prozeß nicht neu. Bereits in den dreißiger Jahren spiegelte sich der Niedergang der Sozialdemokratie im Aufstieg der NSDAP wider. Richard Bernaschek, der als erster gegen die Austrofaschisten zur Waffe griff und damit den Bürgerkrieg des Februar 1934 auslöste, wechselte wenig später zu den Nazis. Und der doppelte Republikgründer (1918, 1945) Karl Renner überschüttete Hitler nach dem März 38 mit Ergebenheitsadressen. Wer vom Faschismus spricht, soll also von der Sozialdemokratie nicht schweigen. Wer in Haider einen »linken Aufklärer« und in Österreich eine »stinknormale Republik« sieht (Robert Menasse) und die Kritik an den österreichischen Zuständen als

Perhorreszierung Haiders bekämpft, tut dies nicht, weil er Haider schützen, sondern weil er von der Sozialdemokratie schweigen will.

Die Aufgabenteilung für die letzten Monate unter Vranitzky ist klar: Die höheren Chargen der SPÖ bleiben als Staatsfunktionäre an der Macht, ihre einstige Klientel aber wechselt en gros zu Haider, wobei hinzugefügt werden muß, daß es sich dabei um einen Treuebeweis der Genossen handelt; sie sind keine Verräter an der Mutter SPÖ, sondern sie ziehen aus der Politik ihrer Partei eine plausible Schlußfolgerung. Auch ihnen geht Österreich über alles, unbeschadet der Tatsache, das alles, was sie mit Österreich identifizieren – Neutralität, Sozialstaat, eine gemütlich-verlogene Politik – hinfällig geworden ist.

Für sie hat Haider das Erbe der SPÖ angetreten, für sie ist er ein besserer, ein nationaler Sozialist. Deshalb gereicht ihm sein Nahverhältnis zum Nationalsozialismus zum Vorteil; das ist der Grund, warum er nach jedem faschistischen Ausspruch wieder ein paar Wahlprozente zulegt. Der Anwalt der Armen und Schwachen ist nur deswegen Rassist, er fordert nur deswegen die Bürgschaft jedes Österreichers beim Einbürgerungsverfahren eines Ausländers (»die Aussage eines Nachbarn, daß der Nigerianer stiehlt, würde die Einbürgerung sofort verhindern«, FPÖ-Klubobmann Stadler), weil er an seine Schafe, die österreichischen Arbeiter und Angestellten, zuerst denkt. Wenn Haider ankündigt, jetzt, da er die Mehrheit der Arbeiterschaft hinter sich weiß, werde er sich um die von der EU-Ökonomie deklassierten und radikalisierten Kleinbürger kümmern, scheint sein Ziel: die relative Stimmenmehrheit bei den nächsten Parlamentswahlen und der damit verbundene Auftrag zur Regierungsbildung, nicht mehr fern. Die Chancen stehen aber nicht schlecht, daß die SPÖ trotzdem in der Regierung verbleibt: als Juniorpartner.

Erwin Riess schrieb in KONKRET 11/96 über ein Buch zum jüdischen Widerstand gegen die Nazis

Konkret 12/96, S. 37

Werner Pirker

Der Kandidat des Mobs

Warum ist Alexander Lebed weg vom Fenster? Und warum ist er immer noch da?

Nach langer schwerer Krankheit und ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, hat der Präsident der Rußländischen Föderation, Boris Nikolajewitsch Jelzin, seine Amtsgeschäfte wieder aufgenommen. Der aus Breschnew-Zeiten stammende und oft variierte Witz wurde von der Realität beinahe eingeholt, als Jelzin sich den Atomkoffer, den er vorübergehend abgegeben hatte, noch im Narkoserausch ans Bett zurückbringen ließ. Daß Jelzins Bypässe der Kreml-Politik neue Impulse verleihen könnten, ist indessen nicht zu erwarten. Die Kräfte, die der abgehauste Selbstherrscher rief, dürften nicht mehr zu bändigen sein.

Die politische Krise in Rußland schien entschärft, als Jelzin seinen Sicherheitsberater Lebed, der das gesamte politische Personal in Angst und Schrecken versetzt hatte, entließ und durch Iwan Rybkin ersetzte, einen opportunistischen Bürokraten, der von der Opposition ins Machtlager gewechselt war. Mit Ausnahme des Allrussischen Kosakenverbandes gab es keine politische Persönlichkeit oder Strömung, die Lebeds Entfernung aus dem Machtzentrum kritisiert hätte. Erstmals waren sich die herrschenden und oppositionellen Eliten darin einig, daß ein präsidiales Machtwort Rußlands endgültigen Absturz ins Chaos verhindert habe. Der kommunistische Duma-Vorsitzende Gennadi Selesnjow durfte sogar an Jelzins Krankenbett, wo er dem angeschlagenen Autokraten die Bildung eines Konsultativrates abhandelte, in dem sich die Repräsentativorgane als gleichberechtigte Gesprächspartner von Regierung und Präsidialmacht wähnen dürfen. Das kommt einer alten Sjuganow-Forderung entgegen, der sich damit eine Aufwertung des Parlamentarismus verspricht. Denn weit und unerforscht ist der Weg zur Volksmacht.

Sjuganow hat Lebed den Verrat vom Juni 1996, als dieser ein Protestreservoir von 15 Prozent der Wählerstimmen wie leibeigene Bauern an die Machtpartei verkaufte, nicht verziehen. Die Kommunisten erwiesen sich auch als die schärfsten Kritiker des zwischen Lebed und dem Separatistenführer Maschadow in nur acht Stunden ausgehandelten Abkommens für Tschetschenien, in dem die territoriale Integrität der Föderation praktisch zur Disposition gestellt wird. Sollte das tschetschenische Beispiel Schule machen, so ihre Befürchtung, würde Rußland von einer Verfassungsföderation zu einer reinen Vertragsföderation herunterkommen. Das Ergebnis wäre die Aufteilung Rußlands »unter ein Dutzend von Großwesiren« (Sjuganow).

Lebeds Verhältnis zu den herrschenden Eliten war stets zwiespältig. Es kann jedenfalls als sicher angenommen werden, daß der politische Durchmarsch des Generals ohne massive finanzielle Unterstützung aus Unternehmerkreisen nicht möglich gewesen wäre. Diese sahen im Auftreten einer »dritten Kraft« die einzige Möglichkeit, Jelzins Niederlage bei den Präsidentenwahlen zu verhindern. Der große Deal war von Boris Beresowski, Dollarmilliardär und Aufsichtsratsvorsitzender des Unternehmerkartells »LogoVAZ«, bereits im März eingeleitet worden. Dem General wurde eröffnet, daß das Land eine starke Hand benötige. Vor allem aber bedurfte Rußlands klassenbewußtes Unternehmertum einer Hand, die geeignet war, den dumpfen, unbewußten Protest zu kanalisieren und die antijelzinistische Opposition zu spalten. »Die Disziplinierung des meuternden Volkes benötigt jetzt ein anderes Banner. Jenes, das General Lebed schwingt. Das Banner der nationalen Größe. Vielleicht gelingt es Lebed, nach einer großen Meuterei Ordnung herzustellen, die das Vermögen der Neureichen absichert«, schreibt Wladimir Ostrogorski, ein Lebed ergebener Buchautor.

Das Establishment braucht einen oppositionellen Lebed, doch Lebed will den Kreml erobern. Solche Ambitionen stellen aus der Perpektive des zunehmend dynastische Züge annehmenden Regimes aber Verbrechen des Usurpatorentums dar. Die herrschende Sippe will das neurussische System weiterhin mit Jelzins Namen verbunden wissen. Das hat nicht bloß symbolische Bedeutung. Lebeds Aufstieg birgt vielmehr für die Klasse der Neurussen immense Risiken in sich. Ist der Mob noch zu steuern, wenn er einmal losgelassen wird? Und wäre mit der Machtergreifung Lebeds nicht eine neue Runde im Verteilungskampf programmiert und damit das Ende der Konsolidierung des Neurussentums als herrschende Klasse? Mit der Berufung Tschubais', dem strategischen Kopf seiner Klasse, zum Kreml-Stabschef, nach dem Aufkauf der Erdölgesellschaft Jukos durch die Manetep-Bank und der Beteiligung des Energiekonzerns Gasprom (Tschernomyrdin) am Aktienkapital des privaten Medienkonzerns NTV ist der Prozeß der Vereinigung zwischen dem alten Industrie- und dem neuen Bankkapital praktisch abgeschlossen.

Als Held der Massen hat Lebed freilich alle Vorteile auf seiner Seite. Er braucht im Grunde nur die gleichen ideologischen Grundmuster zu bemühen, die Jelzin zum strahlenden August-Sieger machten, als er gegen den korrumpierten KPdSU-Apparat zu Felde zog und die »russische Wiedergeburt« verkündete. Die geschlossene Abwehrfront gegen den »Abenteurer« vermittelte zudem den Eindruck, als hätte sich ein postkommunistisches Neo-Politbüro gefunden, in dem Anatoli Tschubais genauso seinen Platz hat wie Gennadi Sjuganow. Die bisherige KPRF-Strategie der Bündelung der roten und weißen Kräfte gegen das liberale Westlertum beginnt sich in den Schwanz zu beißen. Denn nun ist es Jelzin, gegen den

diese Bündnispolitik zunächst gerichtet war, der zur Versöhnung von Rot und Weiß aufruft, während sich der weiße Protest in der Person Lebeds verselbständigt hat.

Der Waffenstillstand zwischen dem Kreml und der nationalkommunistischen Opposition war nicht von langer Dauer. Mit der von Tschubais betriebenen Ernennung Beresowskis, der Symbolfigur der kriminellen Bereicherungsrevolution schlechthin, zum Vizechef des Sicherheitsrates wurden die alten Frontlinien wieder neu besetzt. Denn damit entsprach der Stabschef der Kapitalisierung nicht nur dem seit 1991 geäußerten Wunsch der Besitzerklasse nach unmittelbarer politischer Machtausübung, sondern machte auch klar, daß die liberale Konterrevolution keineswegs dabei ist, auf halbem Weg stehenzubleiben. Das macht auch die Grundlagen des Jelzinschen Bonapartismus obsolet, der auf dem Lavieren zwischen den widerstreitenden Kräften beruhte. Die Dreierbande – Tschubais, Beresowski und Jelzins Tochter Tatjana Djatschenko – , die sich im Wahlkampf unter der Regie der »stillen Amerikaner« (US-Wahlberater) gebildet hatte, will die ganze Macht. So steht Jelzin vor der demütigendsten Niederlage seines Lebens: von der eigenen Familie nicht nur gesundheitlich unter Kuratel gestellt zu werden.

Während Millionen Russen auf die Straße gehen, um ihre ausstehenden Löhne einzuklagen, denkt man in der KP-Zentrale über den »historischen Kompromiß« nach und läuft Gefahr, die Hegemonie über den sozialen Protest endgültig einzubüßen. Denn auch die KP-Gegenelite hat Angst vor der Rebellion, vor dem »meuternden Pöbel«. Allein durch die Dämonisierung des unbewußten Protestes (Sjuganow spricht von der Gefahr einer Lumpen-Rebellion nach der Art der Machno-Bewegung) wird bewußter Protest nicht zu haben sein. Welche Rolle aber wird Lebed im Kampf oben gegen unten spielen? Wird er zum Henker der sozialen Bewegung oder zum Führer einer »nationalen Erhebung«? Oder beides? Nur in einem Fall, schrieb der Politologe Wladimir Mironow in der »Nesawisimaja Gazeta« werde das Establishment bereit sein, Lebed, den Kandidaten des Mobs, auf den Thron zu heben. »Wenn der Mob außer Kontrolle gerät und nach den Füßen des Thrones greift«.

Werner Pirker schrieb in KONKRET 9/96 über Polens Weg in die Pleite

Konkret 12/96, S. 38

Holm Friebe

In diesem Sinne
Wie wirtschaften?

Die moderne Betriebswirtschaft hat sich selbst umzingelt. Einerseits gilt »Outsourcing« als Ultima Thule, um der gegenwärtigen Krise Herr zu werden: Immer mehr Unternehmensteile, die nicht gerade das »Kerngeschäft« darstellen, werden ausgegliedert und an Subunternehmer delegiert. Bei den zuarbeitenden Betrieben vollzieht sich nun abermals dasselbe Kalkül, solange, bis die Beschäftigtenzahl der Sub- und Subsubunternehmen das Optimum von 1 erreicht hat. Den in die Selbständigkeit gespülten ehemaligen Lohnabhängigen wird tunlichst angeraten, ihre Chance zu begreifen und »sich selbst zu managen«, i.e. ihr »Humankapital« so zu bewirtschaften, daß es Profite abwirft. Das moderne Subunternehmertum findet seine volkswirtschaftlichen Grenzen erst da, wo die Zahl der Unternehmungen der der Einwohner im erwerbsfähigen Alter entspricht.

Auf der anderen Seite sind die positiven Aspekte von Arbeitsteilung historisch verbrieft und akademisch zweifelsfrei nachgewiesen, spätestens seit Adam Smith das überaus einleuchtende Beispiel von der Stecknadelfabrik gebracht hat, in der einer die Stecknadelköpfe produziert, ein anderer die Spitzen und ein Dritter das Geld einstreicht. Daß dies volkswirtschaftlich effizienter sei, als wenn ein Arbeiter die gesamte Stecknadel verfertigt, gilt als unumstößliches Credo – worin nun aber ein gewisser Widerspruch zum eingangs beschriebenen Trend zur Atomisierung von Betrieben liegt, dem mit der bloßen Logik des Kapitals nicht schlüssig beizukommen ist.

Diesem Dilemma zu entkommen, haben die Personalabteilungen der innovativen Konzerne – die an ihre Stelle getretenen Scouts und Headhunter-Agenturen vielmehr – ihren Fokus in jüngster Zeit verstärkt auf die kleine Gruppe der multiplen Persönlichkeiten gerichtet, in Ausschreibungen werden sie sogar bereits als »ausdrücklich bevorzugt« ausgewiesen. Auf Managerseminaren werden die Qualitäten dieses neuen Subunternehmertypus angepriesen, der in toto vielleicht nur drei Prozent der gesamten Erwerbsbevölkerung ausmacht: Arbeitsteilige Funktionen, wechselseitige Kontrolle und Überwachung können im Inneren eines einzigen juristisch voll selbständigen und haftbaren Freiberuflers abgespalten und aufgeteilt werden.

Obwohl sich seither die Arbeitsmarktchancen für ehedem schwer vermittelbare Psychiatriepatienten nachhaltig verbessert haben, wird sich erst noch erweisen müssen, ob damit eine insgesamt praktikable Lösung für die wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit gefunden ist.

Konkret 12/96, S. 38

Werner Pirker

In diesem Sinne Das Weltgericht

Die Weltgeschichte ist das Weltgericht, zitierte Nikolai Bucharin im Angesicht des Stalinschen Erschießungskommandos Schiller. Mit der Weltgeschichte glaubte sich auch der Internationale Gerichtshof in Den Haag eins zu wissen, als er sich von der »internationalen Gemeinschaft« vor die Aufgabe gestellt sah, die Verbrechen im jugoslawischen Bürgerkrieg zu sühnen. Es galt, Kräfte der Finsternis auf ihrem letzten Rückzugsgefecht zu stellen und für immer aus dem Verkehr zu ziehen. Denn die Geschichte hatte ihr Urteil bereits gesprochen.

Der erste, den sich die unbestechliche Historie vorknöpfte und dem Gericht zu Den Haag auslieferte, war der bosnische Serbe Dusan (Dusko) Tadic. Auf seinen Schultern lastete alle Schuld der Welt, wenn auch nur provisorisch. Erleichterung durfte er sich nur für den Fall der Ergreifung der »Architekten des Völkermordes«, Karadzic und Mladic, versprechen. Denn es ging um höhere Gerechtigkeit, über die sich nicht allein auf der Ebene von Gefängniswärtern verhandeln ließ. Also beschied Den Haag gleich der ganzen Bundesrepublik Jugoslawien, ein krimineller Staat zu sein, weil ihr Territorium ein Eldorado für flüchtige Kriegsverbrecher sei. Zwar ist bis heute kein einziger der in Den Haag Angeklagten rechtskräftig verurteilt. Allein für Jugoslawien galt die Unschuldsvermutung nicht.

Die Wahrheit ist immer konkret. Dieser Tatsache mußte sich früher oder später auch der Den Haager Gerichtshof stellen. Dessen Versuche, dem Urteil der Geschichte gerecht zu werden, erfuhren einen empfindlichen Rückschlag, als Hauptbelastungszeuge L. bar jeden Geschichtsbewußtseins seine in der Voruntersuchung erzählten Geschichten als »erlogen« zurückzog. Bosnische Regierungsvertreter hätten ihn nämlich vor die Wahl gestellt, Dusko (deutsch: Seelchen) als Sohn des Satans darzustellen oder hingerichtet zu werden. Peinlich für das Gericht der Gerichte, wenn als wichtigste Belastungspunkte gegen den »Schlächter von Omarska« nur die Aussagen der kroatischen Schwägerin des Angeklagten übrigbleiben. Dusan Tadic, so Sofia Tadic, sei unberechenbar und ein schlechter Ehemann gewesen, der seine Frau verprügelt habe. Die Weltgeschichte als Weltgericht. Das Weltgericht als Verhandlungsort einer ordinären Familienfehde.

Konkret 12/96, S. 38

Wolf-Dieter Vogel

In diesem Sinne
Zwei Männer, vier Wahrheiten

Bekanntermaßen haben die Lübecker Staatsanwälte nicht besonders ordentlich ermittelt. Oder so ordentlich, daß man vier durchschnittlich rechtsradikalen deutschen Männern nicht mehr nachweisen kann, für den Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in der Hansestadt verantwortlich zu sein, bei dem zehn Menschen ums Leben kamen. So sitzt derzeit Safwan Eid vor der Lübecker Jugendkammer. Grevesmühlen liegt weit ab vom Schuß. Und in der Tat, seit dem libanesischen Flüchtling der Prozeß gemacht wird, hat der Staatsanwalt Böckenhauer andere Sorgen. Daß er mit den Hauptbelastungszeugen Jens L. und Matthias H. nicht gerade den glücklichsten Griff gemacht hat, mußte er schon vorher wissen. Aber ohne die beiden, sprich ohne jenes angebliche Geständnis, das Jens L. von Eid gehört haben will, hätte man den Asylanten eben nie drangekriegt. Was seither die Richter beschäftigt, ist eine Fortführung jener kruden Beweisführung, mit der die Ankläger den Vorwurf seit acht Monaten aufrechterhalten wollen. Doch weiß Jens L. schon im Rahmen der Ermittlungen nie so genau, was ihm denn Eid gestanden haben soll, so bietet der Zeuge im Prozeß ein regelrechtes »Potpourri der Möglichkeiten« (Verteidigerin Gabriele Heineke), was er in der Nacht vom Beschuldigten gehört haben will. Ganz sicher aber ist er, daß ihm der Beschuldigte die Geschichte im Rettungsbus auf der Fahrt ins Krankenhaus erzählt hat. Sicher aber ist zunächst auch Jens L.s Freund, Kollege und Paintball-Krieger Matthias H. Noch bevor der Bus losgefahren war, habe ihn Jens L. über das Geständnis informiert. Bis dato hatte dieser den Libanesen noch gar nicht getroffen. Sei’s drum, neun Verhandlungstage später erinnert sich Matthias H. einer zweiten Möglichkeit, wann ihm Kumpel Jens vom Geständnis berichtet haben soll. Davon weiß allerdings L. bisher nichts. Zwei Männer, vier Angaben. Weder wann, noch wo, noch was genau gesprochen worden sein soll, hat sich bisher im Prozeß klären lassen. Schlechte Karten also für die Anklage.

Wenn die Fakten nichts mehr hergeben, muß mal wieder die Presse ran. Zeuge Jan Feddersen (taz): »Sicher ist allerdings schon jetzt, daß es sich beim Haus keineswegs um ein alternatives Asylbewerber-Bullerbü gehandelt hat. Im Gegenteil: Assia El-Omari wurde bei mindestens einer Gelegenheit von einem Mitglied der Familie Eid in der Gemeinschaftsküche bepöbelt.« Man bemerke: Mindestens einmal angepöbelt! So bemühen sich in den vergangenen Wochen erneut Journalisten aller Couleur um das Motiv »Streitigkeiten unter den Bewohnern« des Flüchtlingsheimes, in dem so mancher Deutsche gern den Krieg der Rassen wähnt.

Konkret 12/96, S. 40

Joachim Rohloff, Michael Rudolf, Marius Babias, Gabriele Werner, Kay Sokolowsky

Kunst & Gewerbe

Grenzüberschreitung

Allwöchentlich »testet« seit einiger Zeit die »Hamburger Morgenpost« Leute, die »uns täglich verführen« – so wie Thomas Pakull (28), seit zwei Monaten Art Director bei Jung von Matt – im eigens dafür geschaffenen bzw. kreierten »Mopo-TÜV«, in dem sich folgendes unglaublich-unwiderstehlich-prüfendes Fragen-Stakkato aufwirft: »Wie gut ist er? Wie schön lebt er? Sein größter Erfolg? Sein größter Flop? Wo kommen ihm die besten Ideen? Für was würde er nie werben?« Tja, und was und wie antwortet das junge Leuteverführerfrüchtchen auf z.B. die vergleichsweise annähernd knifflige letzte Frage? »Vor meinem Studium habe ich gesagt: Für militärische Kunden rühre ich keinen Finger. Dann war mein erster Kunde die Deutsche Aerospace, die auch Militärflugzeuge bauen. Da kann man nicht nein sagen, wenn man neu ist. Am Anfang hatte ich Gewissensbisse, jetzt sehe ich die Sache nüchterner. Trotzdem gibt es Grenzen« – Gaskammerpro-moting o.s.ä. – , die freilich eben-so flugs überschritten sein dürften wie jene präakademischen, denn dazu dienen Grenzen diesem Gewerbe ja. »Mopo-Testurteil: Macht klare Message mit Hirn. Man weiß, was Sache ist.«

»Taz«-Werbung

Was jeder Praktikant bei Ogilvy&Dümmling schon in der ersten Woche lernt, ist endlich auch der »Taz« aufgegangen: Wenn das Produkt scheiße ist, macht man daraus ein Lifestyle-Accessoire. Statt der Frühstückszerealien mit dem Vakuumzisch also die Lätta-Braut oder die Knorr-Familie. Statt der linken, radikalen Zeitung selig Tammi, Oliver und Marie-Luise. In der Dr.-Oetker-Reklame wird demnächst das erste schwule Paar auftreten – bei der »Taz« aber geht's in die Gegenrichtung. Die Frauenquote ist zwar immer noch höher als in der CDU, doch der Quotenausländer und der Quotenschwule provozieren durch Abwesenheit. Nein, George zählt nicht. Der heißt in Wirklichkeit Georg und ist höchstens gelegenheitsbi.

Mit Politik hat der ideale »Taz«-Leser auch nicht mehr viel am Hut. Nur Hilde würde heute noch den Kiesinger ohrfeigen, wäre sie Beate Klarsfeld und Kiesinger nicht tot. Inzwischen ist selbst Nescafé ökologisch korrekter als die »Taz«. Während Angelo gar kein Auto hat, brummt Dr. Arno Meier mit seinem Saab »in die Marken«. Und die gute Sache, für die sein Herz dabei schlägt, heißt nicht einmal Menschenrechte oder Fuck Chirac, sondern: Keine Zensur im Internet.

So bin ich wohl der letzte, der sein Unterbewußtsein konsequent lebt und deshalb die »Taz« nur aus dem Altpapier-Container bezieht. Aber wenn die mich verdächtigt, solche Typen zu kennen, werd' ich mir noch einen Boykott überlegen.

Joachim Rohloff

Choc for Life

Den riesigen Sprung in unserer Weltenschüssel zu kitten, hat schon mancher dahergelaufene Hobbydemiurgenverein Mittelchen ersonnen, die in ihrer entwaffnenden Einmaligkeit sämtliche Nebenwidersprüche glatt vergessen machen. Aus dieser Schüssel sollte es forthin nur noch tote Pflanzen zur Speise geben. Aber daß Tiere bäh schmecken, vielmehr geliebt und geschützt gehören, pfeift man ja allerwärts auf der Luftpumpe schon.

Doch vernehmt, wie auch Naschkatzen (iss das p.c.?) aller Kulör – ab sofort, das ist neu – dazu beitragen können, gefährdete Tierarten (Sibirische Tiger, Pandabär, Krokodil, Saurier und Elefant) vor der Bratpfanne und sonstiger Unbill zu retten: In Kooperation mit dem Schokoladenhersteller Ritter wurde vom World Wide Fund for Nature (WWF) die Aktion »Choc for Life« aus dem Taufkessel gehoben. Seit August zeigen die Verpackungen der Ritter-Sport-Schokoladen vom Aussterben bedrohte Tierarten. »So sollen Käufer« – nach den Worten der mutigen Süßwarenfabrikanten – »einmal mehr für die Problematik sensibilisiert und zum Schutz von Umwelt und Natur motiviert werden.« Da wird das Aussterben aber Augen machen.

Michael Rudolf

Marx' Mausoleum

Die Hauptstadt Berlin, von Baggern zerwühlt, versinkt in Optimismus. Bauarbeiter schuften rund um die Uhr, jede Baugrube eine »Love Parade« der Architektur. Die Bauherren suchen händeringend nach Mietern. Ende 96 läuft die gesetzliche Abschreibungsfrist ab. Na und? Auch die Theater sind pleite, aber die Kultur boomt. Das sagt Kultursenator Peter Radunski, Anwalt der Zuschauer. Er fordert von der Kunst Wettbewerbsfähigkeit, Risikobereitschaft, Qualität und Bürgernähe – der Kriterienkatalog für öffentliche Bauaufträge. In den Hamburger Bahnhof – »Museum für Gegenwart

Berlin« – floß der Mehrwert des Berliner Baubooms. Bauunternehmer, Klinikbetreiber und Kunstsammler Erich Marx bekam ein Mausoleum auf Staatskosten (100 Millionen Mark). Zu seinen Filetkunststücken zählen Beuys, Warhol, Rauschenberg, Kiefer, Twombly und Baselitz. Kunst ist heiß, neu, teuer und deshalb attraktiv für heißes, neues Geld aus dem Baugeschäft.

Ex-Finanzsenator Elmar Pieroth gestattete Marx die Vorauszahlung der Erbschaftssteuer in Form von Kunstwerken. Das Environment »Unschlitt« von Beuys wurde daraufhin auf 7 Millionen Mark Nominalwert festgesetzt und gehört jetzt dem Land Berlin. Bisher war es mit »nur« 3,5 Millionen Mark versichert – die Differenz ist der Mehrwert des Berliner Baubooms. Kunstwerke steigen eben im Wert, und wenn nicht, wird nachgeholfen. Dafür hat Marx seinen Berater Heiner Bastian, ehemals Sekretär von Beuys, jetzt Twombly.

Marius Babias

Kriegszüge

Seit Blaise Pascal wissen wir: »Das Unglück in der Welt kommt daher, daß die Menschen es keine vierundzwanzig Stunden in ein und demselben Raum aushalten.« Daran hat sich bis heute nicht viel geändert, nur, daß das Reisen zum Massenphänomen wurde und damit die Unglücke zahlreicher.

Die besondere Affinität, die die Kunst – die Photographie zumal – zu Katastrophen hat, kommt auch in der Ausstellung »Begrenzte Grenzenlosigkeit« in den Räumen der Berliner »Neuen Gesellschaft für bildende Kunst« zum Tragen; wohl am deutlichsten in der Bildserie »voyages apocalyptiques« von Christoph Draeger, der von Ramstein bis Nagasaki Orte besucht und fotografiert hat, die als Schauplätze für apokalyptische Szenarien einen festen Platz im medialen Unterbewußtsein der Welt haben. Die nüchternen Bilder dokumentieren, wie doch alles irgendwie weitergegangen ist, vor allem die Wurschtelei derer, die es nicht erwischt hat. Das ist genauso tröstlich, wie es Anlaß zur Verzweiflung gibt.

Warum Reisen etymologisch gleichbedeutend ist mit »Kriegszug«, vermittelt uns Franja Tholen, indem er die Rußlandfotografien eines anonymen Wehrmachtsoldaten mit anonymen Aufnahmen von »Kraft durch Freude«-Fahrten zur Bildserie »Ein _schöner Araber« komponiert.

Der Titel der Ausstellung erinnert an Paul Virilios Paradoxon vom »rasenden Stillstand«; und so ist er auch gemeint: Das Gefühl, niemals wirklich irgendwo anzukommen, ist ein zentrales Thema, das sich sowohl in den stereotypen Postkartencollagen mit stets denselben Motiven von Jakob Tue Larson wiederfindet, wie auch in Sabine Korths surrealen Schwarz-Weiß-Montagen unter dem Titel »A place where I’ve never been«. Auf den Punkt bringt es wahrscheinlich Martin Parrs großformatige Aufnahme eines Urlaubers, der vor der Kathedrale in Barcelona mit »Bali«-T-Shirt herumläuft.

Bleiben wir besser in ein und demselben Raum, beschäftigen uns länger als vierundzwanzig Stunden mit dem Katalog der Ausstellung (34 Mark; die Ausstellung läuft noch bis zum 1.12.96).*Holm Friebe*

Faire und »Un-Faire«

»Eine Messe ist eine kapitalistische Angelegenheit«, findet Thomas Schulte von der Galerie Franck+Schulte (Berlin), einer der Gesellschafter der »EUROPEAN GALERIES Projektgesellschaft mbH«, die vom 31.10.-4.11. in Berlin das »European art forum« ausgerichtet hat. So war denn auch die Berliner Messe eine aggressive, hochkarätige, hochprofessionelle Leistungsschau der momentan aktuellsten Kunstmarkt-Kunst. Der immer wieder genannte Konkurrent dieses Ereignisses ist der Kölner Kunstmarkt, die Bundesverbandsmesse, die – so Philomene Magers – nur mehr eine sinnlose Ansammlung viel zu vieler Positionen sei. Heute sei Profil, nicht Umsatz gefragt. Der Düsseldorfer Galerist Wolfgang Gmyrek, Geschäftführer der EUROPEAN GALERIES, war da anderer Ansicht. Er wolle das Geld, das aus der Bestückung der Berliner Neubauten zu erwarten ist, nicht anderen überlassen. Für die Galeristin Holly Solomon täuscht Kunst Ernsthaftigkeit nur noch vor, wenn sie zur Architekturdekoration gerät. Im großen und ganzen war indes die Kunst, die auf der Berliner Messe bei 130 nationalen und internationalen Galerien zu sehen war, konservativ und eine sichere Angelegenheit. Es wurde darauf gesetzt, daß Kunst immer noch schöner ist als die Druckerzeugnisse der Bundesdruckerei. Das »art forum« konzentrierte sich auf die Kunst der letzten fünfzig Jahre. Die Redundanz, mit der die gleichen Namen auftauchten, zeigte, wie ermüdend eine Kunst ist, die sich nur aus sich selbst und ihrem Betrieb heraus erneuert hat. Sie störte nur noch diejenigen, die zeitgleich in der Sophienstraße die Gegenausstellung – »unfaire« – organisiert haben, ebenfalls mit internationaler Beteiligung. Allerdings wäre es verfehlt zu glauben, daß hier die Alternative zur dekorativen Flachware gezeigt wurde.

Gerade im Bereich Fotografie, die mit Macht auf den Markt drängt und (deshalb) ein Schwerpunkt des »European art forum« war, gab es neben vielem Cibachrome-Tralala auch durchaus Störendes, Gefährliches. Und auch wenn Raymond Pettibon allmählich ein Klassiker ist, so waren seine, von der Galerie Regen Projects (Los Angeles) lapidar an die Wand gehefteten »Comicpanels« ein sehenswerter Hinweis darauf, was Kunst leisten könnte.

Die kapitalistische Grundidee der Messe erlaubte nur drei Galerien aus Osteuropa die Teilnahme (Galerie 5, Budapest; Galerie Guelman, Moskau; Galerie Zderzak, Krakau). Hier aber zeigte sich, anstelle der gängigen Angepaßtheit an den US-amerikanischen Markt, eher der Mut zur eigenen Position.

Gabriele Werner

»Adorno-Mord«

Ein Student ergreift das Küchenmesser, um es seiner Ehefrau, die wie er an der Uni Paderborn die Fächer Germanistik, Philosophie und Medienkunde belegt hat, zwanzig Mal in den Leib zu stecken, woran die Gattin verstirbt, indes der Gatte sich den blutigen Stahl ebenfalls ins Fleisch stößt, doch, ehe er kalt ist, kalte Füße bekommt und die Ambulanz alarmiert.

Dies jähe Ende einer Jugendliebe erinnert zunächst daran, warum Ostwestfalen (kurz vor Holstein, Mecklenburg und Schwaben) zu Recht als gruseligster Landstrich dieser grauenhaften Nation gilt. Das »Westfälische Volksblatt« freilich, das dem Ruf der Region weitere Beschädigung ersparen möchte, kommt in seinem Gerichtsbericht zu einer Erklärung des seltsamen Falles, die Reporter Hubertus Hartmann als einen der gewandtes- und gewieftesten Dialektiker unserer Zeit ausweist: »Das Tatmotiv ist möglicherweise bei dem Frankfurter Philosophen Theodor W. Adorno zu suchen...«

Denn beide, die Verstorbene sowohl wie ihr Lebensnehmer, wollten sich über jenen berüchtigten Karzermeister der Frankfurter Schule prüfen lassen, schoben ihre Magisterarbeiten monatelang vor sich her, gerieten in endlose Auslegungsstreitigkeiten, dann in Torschlußpanik, bis »an jenem verhängnisvollen 26. Februar« der Ehemann eine Form der Scheidung vollzog, die selbst in Paderborn ein wenig archaisch erscheinen dürfte. Im Vertrauen auf seine Leser, denen schon der Name des notorischen Blasphemikers und Kabbalisten genügt, um Bescheid zu wissen, erspart Reporter Hartmann sich und ihnen die komplizierte Deduktion, die ihn das »Tatmotiv« statt in einer hoffnungslos autistischen Akademikerehe in der sinistren Philosophie Adornos aufspüren ließ. Für Bewohner zivilisierterer Gegenden hier die notwendigen Ergänzungen.

1) Die Abschlußarbeit des Totschlägers hatte das Thema »Adorno und der Film«. Die Totgeschlagene wollte über »Adorno und der Surrealismus« schreiben. Bekanntlich hat der berüchtigte Grabschänder (»Wiesengrund«!) von beiden Sujets eher nichts verstanden, weil er die Zeit, die ihm zwischen spekulativer Demoskopie (*Der autoritäre Charakter*) und fanatischem Deutschenhaß (*Jargon der Eigentlichkeit*) verblieb, damit verbrachte, aus den offiziell zugelassenen 72 Tönen der abendländischen Musik 60 auszumerzen, auf daß fortan die Dodekanophonie seines Abgottes Arnold Schönberg regiere.

2) In seinem – bereits durch den Titel als Anleitung zum Scheckkartenbetrug und als Anstiftung zur Unzucht mit Schutzbefohlenen sich verratenden – Hauptwerk *Minima Moralia* deklamiert Adorno: »Wahr sind nur die Gedanken, die sich selber nicht verstehen.« Das führte schnurstracks zu einer Bluttat, über deren Erklärung der Täter heute »nur hilflos die Schultern« zu zucken vermag.

3) Das rettungslos in die *Negative (!) Dialektik* des Salonlöwen und Papiertigers Adorno verstrickte Ehepaar, das tagaus nachtein mit Sätzen wie »der Mythos geht in die Aufklärung über und die Natur in bloße Objektivität« geplagt wurde – dieses beklagenswerte Paar mußte zuletzt dem Wahnsinn verfallen. »Die Frau«, las der verführte Messerstecher, »bleibt die Ohnmächtige, indem ihr die Macht nur vermittelt durch den Mann zufällt.« Welche andere Konsequenz aus diesem (scheinhaf-ten) Dilemma als die *unvermittelte* Ausübung männlicher Macht blieb da dem armen Studenten?

Und also titelt das »Volksblatt« völlig legitim mit »Adorno-Mord«. Der sich als »Teddy« so harmlos gerierende Brandredner ist entlarvt. Junge Menschen seien gewarnt. Studenten zumal. »Der Ausdruck des Geschichtlichen an Dingen ist nichts anderes als der vergangener Qual«? Die Wahrheit dieses dunklen Satzes offenbart sich erst, wenn ein Liebender seine Geliebte mehrmals mit dem Messer perforiert. Adorno wußte um die Frucht, die er säte.

Kay Sokolowsky

Draußen bin ich das offene Rasiermesser oder der beißende Hund, aber mich selbst zu beißen, das mach ich nicht, sonderbarerweise

Franz Xaver Kroetz auf die Frage nach dem tieferen Grund seiner Selbstgeißelungen

Ich bin auch jede Frau in meinem Stück, ich bin sogar besonders gern Frauen. Mein Metier bin ich. Das ist ein seriöses dramatisches Verfahren. Dabei bin ich aber ein ganz normaler Mann

Franz Xaver Kroetz auf die Frage, ob er sich in seinen Stücken ausgekotzt habe

Ich beneide einen Botho Strauß um seinen »Bocksgesang«. Ich hab ihn nicht verstanden, aber ich finde es toll für die Literatur, daß ein Essay so einschlägt

Franz Xaver Kroetz auf die Frage, ob ihm Anerkennung heute gleichgültig sei

Hamburger Anthologie*

NOV. 1989

Fernbildweit
Glasnostzeit
Mut quer Ort
Wert im Wort

Siegbert Dupke

Was will Siegbert Dupke (Köln/Haßloch) uns mit dem nebenstehend eingesandten Unverlangten poetisch andichten? Daß er zu lange Eisenbahn gefahren ist, um diesem rhythmisch fatalen Schienstoßschlag im Kleinhirn noch zu entkommen? Und deshalb perfide reimartige Wortstapel schichten und in die world-wide Welt senden muß? Oder verbirgt sich in seinen vier Zeilen die epochenumbruchsrelevante Interpretation bezüglich des verschämt im Titel angedeuteten Datums? Eine Art Prager Herbst im Deutschen Frühling? Ach Quatsch.

*unverlangt eingesandter Gedichte

Konkret 12/96, S. 43

Rayk Wieland

Zu den Akten

Moderne Mythen, wir wissen es von Roland Barthes, stellen die Geschichte ruhig. Und zwar nicht, indem sie verleugnen, in Abrede stellen, was geschah, sondern indem sie immerfort von ein und demselben reden; nicht durch Verschweigen der Tatsachen, sondern durch deren Umwertung, durch das Aufbauschen der einen und Herabsetzen der anderen, bis eine ganze Epoche auf einen einzigen Aspekt reduziert ist. »Der Mythos leugnet nicht die Dinge, seine Funktion besteht im Gegenteil darin, von ihnen zu sprechen. Er reinigt sie nur einfach, er macht sie unschuldig, er gründet sie als Natur und Ewigkeit, er gibt ihnen eine Klarheit, die nicht die der der Erklärung ist, sondern die der Feststellung« (Mythen des Alltags). Nicht anders bewirkt und meint die Rede vom »Stasistaat« DDR oder die naive Vorstellung, daß die DDR verstehen zunächst und vor allem die Stasi verstehen bedeute. So wird aus einem untergeordneten, in der vormaligen Alltagswahrnehmung der Menschen eher »mitlaufenden« Phänomen die Wirklichkeit, aus einer lebendigen Erfahrung eine verstinerte, ein Alp. Wie soll, wer lebenslang in einem »Stasi-« oder »Spitzelstaat« logierte, statt gegen ihn zu rebellieren oder auszuwandern, jemals zu neuen Kräften kommen? Ist der nicht, um einen fast schon genialen Ausdruck eines westdeutschen Verwaltungsfachmanns in Treuhanddiensten aufzunehmen, »objektiv kompromittiert«?
Wolfgang Engler, Vom Moloch zum Mythos

Seit sieben Jahren nunmehr geht das unerfreuliche Stasigezeter und -gezänk; seit sieben Jahren immer wieder kommt es, wenn schon die Hoffnung keimte, das Thema möge endlich doch vielleicht erledigt sein, zum Finale der nächsten kapitalen Enthüllungsorgie, erfährt die grausige Kunde des Inhalts, daß in der sel. DDR der Katalog der bürgerlichen Tugenden nur bedingt und hintenrum womöglich gar keine Geltung hatte, einen neuerlichen Aktenbeleg. Unter Ausklammerung aller relevanten historischen und politischen Konstellationen hier, der fraglos obskuren Machenschaften der abendländischen Dienste dort wie auch der letzthin offenkundigen Inferiorität des dämonischen Apparats suchen erwachsene Menschen mit denkbar größtmöglichem Aplomb die quasi unhintergehbare Obermoral aller Zeiten durchzusetzen, die da lauten soll: Petzen gehört sich nicht o.s.ä. - bzw. gleich axiomatisch in Anschlag zu bringen wie Joachim Walther in seinem Werk *Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik:* »Da auch in der DDR die universal gültigen ethischen Werte nicht außer Kraft gesetzt waren, ist es gewiß nicht unbillig, sie heute daran zu messen.«

Dankenswerterweise steht der Satz bereits auf Seite zehn des knapp 900 Seiten dicken Bandes, der allerdings auch weiter unten die geistige Welt des Konfirmanden kaum je übersteigt und das Problem der Hierarchie von ewig gültigen klasse Maximen und konkreten politischen Bedingungen nicht im geringsten historisch-kritisch wägt und wichtet. So hat das Thema DDR-Literatur und Staatssicherheit für Walther selbst noch nach dem Studium von tausendundeinem Aktenkilometer »etwas fundamental Irritierendes«. Denn keineswegs durch die zehn biblischen, ja nicht einmal durch die »zehn Gebote der sozialistischen Moral«, nach denen Mielkes Tschekisten sich zu richten hatten, ist gedeckt, was da an durchaus Unersprießlichem ans Licht kommt: bürokratisch akkurat abgelegte Details der Überwachung und Drangsalierung etlicher DDR-Schriftsteller durch kulturell nur mäßig versierte Staatssicherheitsobleute einer- und DDR-Schriftsteller-Kollegen andrerseits, die angeblich »niederer Gründe wie Karieredenken, Neid, Machtgelüste und Geltungsbedürfnis« wegen, aber auch aus »Utopiegläubigkeit« ein paar Leute verrieten, meldeten, denunzierten, bespitzelten und mithin »einfachste sittliche Regeln außer Kraft setzten« - eine Ungehörigkeit gewiß! Zumal, wie Walther findet, »sowohl das Ethos als auch die emanzipatorische Funktion von Literatur ein konspiratives Mitwirken an repressiver staatlicher Macht ausschließen sollten«.

So ganz einfach und präreformatorisch geht's freilich nicht, wie jeder, der bis zehn zählen kann, leicht sehen wird.

Nämlich erstens gibt's universal gültige ethische Werte schon länger nicht mehr, was zweitens keine Relativierungsleistung der DDR darstellt, sondern sich bereits bei den Vorsokratikern herumgesprochen hatte. »Konspiratives Mitwirken an repressiver staatlicher Macht« ist drittens höchstwahrscheinlich eine notwendige Entstehungsbedingung von Kunst und Literatur gewesen, was deren »Ethos« nicht schmälert, jedoch das Geflecht von Kunst und ihren (Re-)Produktionsbedingungen als ein widersprüchliches ausweist. Viertens ist Staatssicherheit natürlich kein Synonym für Menschheitsabschaum, sondern Name für ein heteronomes und heterogenes Gebilde, das zwar mit repressiven und informellen Mitteln die Macht der Partei zu sichern hatte, zuletzt aber an der Spitze sämtlicher Oppositionsbewegungen stand, woraus sich fünftens ergibt, daß die schöne Opfer-Täter-Dichotomie in vielen Fällen nicht viel taugt. Auch insofern eignen sich sechstens Walthers Lieblingstermini wie »Verrat«, »Pervertierung menschlicher Werte«, »niedere menschliche Eigenschaften« etc. kaum, gesellschaftliche Verhältnisse (bei Walther: »Denk- und Verhaltensmuster«) oder auch Gegenstände und Protagonisten von Literatur zu beschreiben. Siebentens hätte Walther, um seine »inhaltliche, strukturelle

und personelle Überblicksdarstellung des vernetzten Repressionsapparates auf literarischem Gebiet« historisch einzuordnen, diesen nicht immerfort mit dem Nationalsozialismus (»Der >große Organisator< oder >Big Brother< war die Staatssicherheit, deren Größe und Organisationsgrad denen der Gestapo weit überlegen war«) vergleichen müssen, sondern beispielsweise, wofür aber offenbar kein Geld da war, mit den Strukturen und Aktivitäten von FBI, CIA, BND, Verfassungsschutz und auch des KGB. Ohne diese Bezüge erscheint achtens fraglich, ob das »Aufblättern der Akten« tatsächlich »unumgänglich« gewesen ist und nicht vielmehr selbst »denunziatorisch«, »inquisitorisch«, ja »kollaboratorisch«, und was der Waltherschen Bezichtigungen mehr sind. Neuntens wären auch, anstatt mit psychologischer Phraseologie vor der Wiederkehr des destruktiv Verdrängten zu warnen, die durch kollektives Verdrängen udglm. ins Haus stehe, die politische Bedeutung und die Folgen der leidigen und andauernden Stasikampagne zu diskutieren. So daß nun zehntens zu Walthers »verhaltenem Optimismus, daß die Dokumentation einen positiven Aufklärungseffekt haben möge«, nur betreten geschwiegen werden kann.

Der Kritik an Walthers moralischer Griffelführung kann allerdings nicht eine Apologie des irrwitzigen realsozialistischen Überwachungs- und Repressionsapparates an die Seite gestellt werden. Geheimdienstliche Bevölkerungsbearbeitung und rigide Ahndung jedweder und übrigens gerade auch kommunistischer Kritik sind wenig verlockend für Freunde einer Gesellschaft, in der die Freiheit des Individuums Bedingung der Freiheit aller zu sein hätte. Indes soll ja diese »Hoffnungssucht« bzw. »Epochenillusion« dem Vernehmen nach geradezu die Bedingung der Herausbildung »totalitärer« Strukturen sein - nebst der »menschlichen Beschädigung« manches Funktionärscharakters natürlich und der »flächendeckenden Verderbnis« überhaupt. Dazu muß freilich nichts gesagt werden. Wer das glaubt, der liest auch Akten. Und wer Akten liest in dem Glauben, dort auch nur ein über Faktizität und bloßen Augenschein hinausgehendes Wahrheitskorn zu erspähen, braucht keine Utopie mehr.

Was aber Walther in seinem Buch, das im übrigen auf den 900 Seiten eine sorgfältige Binnenbeschreibung des Auftrags, Apparataufbaus und der Methoden des MfS, der Werdegänge von IMs sowie der Rolle von Schriftstellerverband, Akademie der Künste, Verlagen etc. enthält, im Grunde sagt, ist dies: Partei und Staatssicherheit nahmen weitgehend Einfluß auf Literatur und Literaten der DDR, um, was ihnen nicht in den Kram paßte, zu vermeiden. Nicht eben viel für vier Jahre Forschungsarbeit in der »Gauck-Behörde«, doch immerhin genug, um sich vom wiedervereinigten Feuilleton dafür preisen und rühmen zu lassen. Und skrupulösen Einsichten zum Durchbruch zu verhelfen wie denen der Renommierschriftstellerin Kerstin Hensel, die im »Neuen Deutschland« angesichts der letzthinnigen Harmlosigkeit der Staatssicherheits-Maschinerie die Worte prägte: »Im Vergleich zu anderen Geheimdiensten (man denke nur an den sowjetischen) scheint der des Mfs - der Geschichte sei Dank ! - nur eine Subform des weltweiten Verbrechens gegen die Menschheit gewesen zu sein.«

Ja doch, schlimmer geht's immer noch.

Konkret 12/96, S. 44

Georg Seeßlen

Kriegserklärung

Die aktuelle Berichterstattung aus den Kriegsgebieten ist eine gefährliche Melange aus Militarismus und Mythologie – das zeigt eine Passage durch verschiedene deutsche Zeitungstexte

1

Der Krieg ist einerseits eine klare Sache: Große Gruppen organisierter Menschen bringen sich gegenseitig unter Aufwendung aller intellektuellen, technischen und körperlichen Ressourcen, derer sie habhaft werden können, möglichst massenhaft um, um zugleich inneren Konflikten zu entgehen und äußere Vorteile zu erringen. Für wen auch immer. Andererseits ist der Krieg ein chaotisches, irreales, sexuelles Geschehen, für das es keine akzeptablen Bilder gibt. Im Mythos ist der Krieg daher das an sich Schlechte, dessen Ende, ein Frieden so oder so, das Gute ist. Ist der Krieg also die furchtbare Beschleunigung notwendiger historischer Entwicklungen? Da man von nichts sprechen kann, ohne ihm Sinn und Gestalt zu geben, ist alles Sprechen vom Krieg Suche nach seinem Sinn und einer Form, in der Kunst wie in der »Bild«-Zeitung.

2

Das Paradox des Kriegsbildes ist es, daß es zugleich die Wahrnehmung chaotisiert und beständig eine Ordnung über die chaotische Welt legen will. Es spricht immer von der Schlachtordnung und ihrer Auflösung. Und der dazugehörige Text kommt ohne die eine oder andere Form der Komplizenschaft nicht aus; er erklärt, was er zugleich als unerklärlich darstellt.

So endet nur das Paradoxe mit der rhetorischen Floskel von der »Sinnlosigkeit des Krieges«. Wäre der Krieg tatsächlich »sinnlos«, so ließe er sich so wenig beschreiben wie die Sprache der Rationalität den Wahn zu beschreiben vermag. Daher bildet sich eine Sprache des Indirekten über den »sinnlosen« aber realen Krieg, ein Sprechen und zugleich ein Verbergen, ein wahrhaft heilloses semiotisches Durcheinander, das offenkundig aus sehr verschiedenen, miteinander korrespondierenden Impulsen entsteht.

Geheime Begeisterung für den Krieg –

der Journalist als Feldherr –

der Journalist als Landser –

der Journalist als Schlachtenmaler

Distanzierung vom Krieg –

Rhetorik der Empörung –

Rhetorik der Rationalisierung –

Rhetorik der Schuldzuweisung

Lust am Schrecken und am Bösen –

der Krieg als Sensation und Katastrophe –

der Krieg als ästhetischer Scherbenhaufen –

der Krieg als sexuelle Phantasie

Aneignung der Kriegsbilder –

das internationale Chaos und das natio-nale Interesse –

der Krieg als moralische Allegorie –

die Schuld des Tötens und die Unschulddes Waffenfabrikanten

Welches andere Material könnte der Text zum Krieg transportieren?

Wer also über den Krieg schreibt, in welcher Absicht und von welchem Ort aus immer, dem ist von vornherein nicht zu trauen. Es ist nicht die Frage, ob er oder sie lügt, es ist nur die Frage, wie sie oder er es tut. Noch die einfachste Übung dabei ist es, den Schreibenden hinter dem Gestus der Rationalisierung oder der Rhetorik der Empörung die unterschwellige Geilheit, die Angstlust nachzuweisen. Geheime Kriegsbegeisterung, mehr oder minder rationalisiert, läßt sich in der einen oder anderen rhetorischen Formel aufheben. Ein einfaches, derzeit favorisiertes Beispiel: Der Spott oder die Empörung angesichts der Hemmungen und des »Versagens« internationaler Truppenverbände in militärischen Konflikten, vor allem im Falle von Ex-Jugoslawien, die über zu wenig Kompetenz und Legitimation verfügen, um dem Chaos und dem Wuchern des Bösen Einhalt zu gebieten. Der Krieg erklärt sich so paradox als Reaktion auf einen Mangel an Kriegsbereitschaft. In diesem Modell verbinden sich perfekt eine globalisierte Variation der »Dolchstoßlegende« mit Friedensrhetorik, Rassismus und Gutmenschlichkeit. Es ist, als drücke sich in solchen Texten die angestaute Sehnsucht nach einer Entladung, nach der erklärenden und erlösenden Tat aus, und die Enttäuschung darüber, daß es keine geeigneten Täter gibt. »Die Ifor verfügt über ausreichend militärische Kampfmittel, um ein Entkommen Mladics aus seinem Bunker in Han Pijesak zu verhindern«, schickt markig noch die »Taz« (15.8.96) der ausgebliebenen Tat hinterher.

Man kann freilich die eigene Begeisterung für den wenigstens ein bißchen totalen Krieg auch auf den anderen projizieren. Fast bedauernd klingt es, wenn Lothar Rühl in der »Welt« (12.8.96) mit Blick auf Tschetschenien schreibt, der russischen Kriegführung fehle »die Härte eines Stalin zur kompromißlosen Repression bis zur letzten Konsequenz, wie im Kaukasus und Zentralasien in den 20er und 30er Jahren«. Der Autor schließt daher auf die Begrenzung des postmodernen Krieges überhaupt: »Da solche Methoden heute nicht mehr anwendbar sind und für die ausführenden Organe nicht mehr verfügbar, sind jeder militärischen Aktion gegen die Partisanen unter der Bevölkerung Grenzen gesetzt. Die russischen Truppen jedoch weiteten ihre unpräzisen Angriffe immer mehr auf die Bevölkerung aus.« Der für den Golfkrieg geschaffene und sich selbst im parallelen/nachfolgenden Krieg dekonstruierende Mythos des »präzisen« und »chirurgischen« militärischen Eingriffs lebt also ebenso weiter wie der Glaube an den richtigen Einsatz militärischer Macht.

In der »FAZ« heißt es am 13. August 96 unter der Überschrift »Gewalt und Wahlen« recht süffisant: »Nun darf die internationale Truppe in Bosnien, genannt Ifor, das serbische Waffenlager bei Han Pijesak doch noch besichtigen.« Hohn und Spott über einen militärischen Papiertiger also, der »besichtigen darf« und durch das verächtlich nachgestellte »genannt Ifor« noch einmal diminuiert wird, gegenübergestellt einer chaotischen Verbrecherorganisation: »Einen von Serben blutig geschlagenen Muslimen schickt sie (die Ifor – G.S.) zur serbischen Polizei.« Daß die serbische Polizei keine rechtschaffende Institution ist und mit den serbischen Schlägern gemeinsame Sache macht, wird als gewissermaßen natürlich vorausgesetzt. Ohne den Umweg über Analyse und Fakten ist eine Kette geschaffen: Die (militärische) Schwäche der Ifor und das terroristische Chaos, das die Serben anrichten, bedingen einander: »Solange in dem Land Gewalt freie Bahn hat, nehmen sich Wahlen dort aus wie ein böser Scherz.« Ein Schlußsatz, der konventionell vielleicht vernünftig klingt, im Kern allerdings einen allgemeineren Inhalt hat, nämlich das Primat der Ordnung über die Freiheit.

Oja, die Welt ist nicht mehr das! Die Phantasie von den »friedenserhaltenden Maßnahmen« eines mehr oder minder globalisierten Militärs setzt sich von rechts nach links durch. Sie ist auch eine globale Phantasie vom Verhältnis äußerer Ordnung und inneren Chaos. Das duale System von Krieg und Frieden löst sich in einer neuen Paradoxie auf. Oder, um es mit einem Satz der »Augsburger Allgemeinen« (21.9.96) zu sagen: »Soldaten warnen vor Gewaltbereitschaft der vom Krieg gebrandmarkten Bevölkerung.«

Der globale Krieg, so scheint es, funktioniert bereits über das Territoriale und das Nationale hinaus, wenn auch in seiner Mythologie das »alte« strategische Denken noch wirkt. Es ist der Krieg des ordentlichen, friedenserhaltenden Militärs gegen die chaotische, gewaltbereite Zivilbevölkerung. So wird als erstes Effizienz, über alle Fronten hinweg, verlangt, und Schlamperei und Unordnung in jeder Hinsicht gerügt. Mit nur wenigen Varianten funktioniert dieses Modell der unfähigen Militärs, die den Krieg eher entflammen als daß sie ihn wuchtig beenden, auch in der Berichterstattung über Tschetschenien, wo immer wieder von der »Blamage« (»FAZ«) der russischen Armee die Rede ist, als handele es sich bei einem Krieg um ein sportliches Prestigeereignis, bei dem man sich bewähren oder eben blamieren kann.

Natürlich ist in dieser Konstruktion auch Schadenfreude über das Versagen des einst gefürchteten Feindes eingeschlossen. »Zerlumpte Soldaten, die schlechter gekleidet sind als die russischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg, verwahrloste Wachposten« macht Jens Hartmann als Bild des »nackten Elends« aus, das sich Alexander Lebed bei seiner »Blitzvisite im Kaukasus«gezeigt habe (»Welt«, 14.8.). (Merkwürdiger-weise scheint diese Zeitung besessen von Bildern toter oder verwundeter russischer Soldaten – im Spätsommer dieses Jahres zeigt sie jeden Tag mindestens ein solches Bild.) Ganz sicher ist es auch kein Zufall, daß in solchen Kriegsphantasien die Bilder des aktuellen die Bilder eines vergangenen Krieges überlagern. Wenn nicht in sich (wie für die Faschisten) oder im Verlauf der Geschichte, so erhalten Kriege Sinn und Gestalt, indem sie miteinander in Beziehung gesetzt werden.

Der Krieg – je weiter fort, um so mehr – erklärt sich aus dem Mangel an militärischen Tugenden. In Sierra Leone, so erläutert uns die »FAZ«, kommen die Kämpfe im »Buschfeuerkrieg« vor allem deswegen nicht zur Ruhe, weil »die

führenden Offiziere der Streitkräfte ... große Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Disziplin haben«.

4

Der Krieg ist also keine Beschleunigung der Geschichte mehr, sondern ein eher konservatives Geschehen; militärisches Eingreifen soll Verhältnisse nicht mehr ändern, sondern bewahren. Vor allem aber ist der Krieg eine symbolische Handlung zur Beglaubigung der »neuen Weltordnung«, man kritisiert weniger seine Ursachen und Ziele als vielmehr das Bild, das kriegführende Parteien abgeben. Auch im Zypern-Konflikt wiederholt sich die Kritik an Ängstlichkeit und Passivität der Eingreiftruppen, und auch hier wieder kann die Zeitung nur auf die Autorität der elektronischen Medien rekurrieren: »Fernsehbilder und Augenzeugenberichte belegen, daß die unweit aufmarschierten Blauhelme untätig zusahen, wie der unbewaffnete Tassos Isaak von etwa zehn türkisch-zypriotischen Zivilisten minutenlang mit Schlägen traktiert wurde« (»FR«, 13.8.).

Die Zeitung kann immer nur beschreiben, wo das Fernsehen schon war, ja manchmal hat man das Gefühl, die Zeitung beschreibt nicht den Krieg, sondern sie beschreibt Fernsehbilder vom Krieg. »Das Fernsehen zeigte Bilder von Leichen russischer Soldaten auf den Straßen« (»Taz«, 14.8.). In Grosny war eine Gruppe von Journalisten in einem Hotel eingeschlossen. Sie wurde von einer Spezialeinheit befreit. Der Fernsehjournalist Abrek Baikow sendete letzte Berichte aus der belagerten Stadt und wird so zum Helden einer Kriegsgeschichte; das Kreisen von fiktiven und »realen« Kriegsbildern wird immer heftiger. »Eine Szene wie aus einem Actionfilm«, so beginnt die »Süddeutsche Zeitung« (18.9.) einen Bericht über das Training einer »neuen Eliteeinheit á la GSG 9«.

An die Stelle des authentischen Berichtes tritt ein merkwürdiges Puzzle aus Informationen aus zweiter Hand, vermengt mit einer Zustandsschilderung, die Authentizität vorspiegelt, während sie doch nur Gesetzen der Massenliteratur folgt: »Ein tschetschenischer Wachposten, mit schwarzer Gesichtsmaske und in Camouflage, winkt mit seiner Kalaschnikow den Flüchtlingsstrom weiter. Ein alter Mann hinkt hastig an Krücken vorbei. Hunderte rennen auf der ›Straße des Lebens‹, wie die Strecke aus dem Zentrum Grosnys in den nördlichen und nicht umkämpften Vorort Staraja Sunscha heißt, um ihr Leben.« Was da wie ein Augenzeugenbericht daherkommt, ist nichts anderes als die Rückübersetzung von Fernsehbildern in die trashige Sprache eines Artikels in der »Welt« (16.8.). Die Spiegelungen werden unendlich, der Unterschied zwischen den Inszenierungen der Kriegstreiber und der Medien verschwimmt.

5

Wie also wird uns der Krieg der neunziger Jahre gezeigt? Die unterentwickelten Länder »versinken« in chaotischen Zwischenstadien zwischen Kriegen und Bürgerkriegen, zwischen Bürgerkriegen und Untergrund, zwischen Untergrund und (Banden-)Kriminalität. Sie können ihre offenkundig selbst geschaffenen, in der Regel auf Religions-, Volks- und gar »Stammesfehden« zurückgehenden Konflikte alleine nicht bewältigen, weil ihnen die Kommunikationstechnik dazu ebenso fehlt wie die wahren militärischen Tugenden. So rufen sie unablässig, wie laut »FAZ« der Direktor des »Military Defence Information Office« in Sierra Leone, nach einer Intervention ausländischer Mächte, zumindest verlangen sie eine Entsendung von »Militärbeobachtern«, wie, demselben »FAZ«-Artikel zufolge, etwa der Sicherheitsberater der Regierung von Sierra Leone. Das Seitenstück zu dieser Phantasie finden wir direkt neben diesem Artikel: »Moskau zahlt Schulden an Seoul teilweise mit Waffen zurück.« So ist uns also doch auch das »zerfallende« Rußland noch als Ferment der internationalen Kriegssituation erhalten geblieben. Mehr noch: Das »Zerfallen« der Staaten erscheint als der eigentliche Feind, gegen den ein globalisiertes Militär, das zugleich Eingreiftruppe, Meta-Polizei und humanistische Hilfsorganisation ist, endlich effizient eingesetzt werden muß.

6

Den Bildern der »guten« Soldaten – etwa die indonesischen Regierungstruppen, die, nachdem sie eine Rebellenstadt kaputtbombardiert haben, »Lastwagen mit Nahrungsmitteln für tamilische Flüchtlinge« beladen – stehen die Bilder der bösen Soldaten, die plündern und sich bereichern, gegenüber. Was moralisch zunächst evident erscheint, wird als zweifelhafte Konstruktion sichtbar, wenn man den Grad an Zustimmung oder Wohlwollen der Berichterstatter mißt am Grad der Territorialisierung des Geschehens. »Sri Lankas Armee meldet Erfolge«, überschreibt etwa die »FAZ« einen durchaus wohlwollenden Artikel. Der »Erfolg« allerdings ist weder ein Schritt in Richtung Frieden noch eine entscheidende Kräfteverschiebung, »Erfolg« erweist sich als territorialer Gewinn (der in den Kriegen der Unübersichtlichkeit eher zweitrangig sein mag). So nimmt man wiederum eher wohlwollend einen Grenzübergriff Äthiopiens gegen fundamentalistische Gruppen in Somalia zur Kenntnis, das die negative Utopie schlechthin bildet: »Das Land ist in Herrschaftsgebiete zahlreicher Räuberbanden und religiöser Milizen zerfallen.« Es lohnt sich im übrigen, die Rhetorik dieses »FAZ«-Beitrags (12.8.) genauer zu betrachten: Er beginnt mit einer scheinbar objektiven Feststellung: »Äthiopische Truppen haben eine zwei Tage dauernde Offensive gegen muslimische Fundamentalisten im Nachbarland

Somalia beendet.« Die eigentlichen Kriegshandlungen werden dann anhand der Beteiligten referiert, wobei das Außenministerium von Addis Abeba »mitteilt«, »Mitarbeiter einer ausländischen Hilfsorganisation« jedoch »sagen« und die »somalischen Fundamentalistengruppen« »behaupten«. Am Ende ist man wieder beim Objektiven angelangt, so daß Offensive und Zerfall in einen durch ein abgestuftes System verbundenen Zusammenhang gestellt sind: Wir sehen einem Text bei der absurden Produktion von »Sinn« zu.

In der Sprache des Kriegsberichts und der Kommentierung scheint also jene militärische oder pseudo-militärische Aktion positiv besetzt, die Ordnungen etabliert, Grenzen zieht, (scheinbare) Übersichtlichkeit schafft, und jene negativ, die chaotisiert, enträumlicht. Die Propaganda des Kriegstextes geht nicht mehr von einer unerschütterlichen, ideologischen Gegenüberstellung aus, sondern reproduziert sich als Work in progress, die »Guten« und die »Bösen« werden ständig neu erfunden. Am Ende steht mit dem so dankbar aufgenommenen Indianer-Vergleich aus Bosnien der Kurzschluß zwischen Weltwahrnehmung und Popular culture. Die letzte Kriegserklärung: Cowboys & Injuns als unendliches, variables Spiel für Identifikation und Distanzierung.

7

Der Diskurs des Krieges ist nicht zu denken ohne den Diskurs der Nation – und umgekehrt (wie schnell haben sich die wetterwendischen Kulturhelden von einst von der Sehnsucht nach der Nation zur Sehnsucht nach dem Krieg gewandt). Von links wie rechts tönt ein permanenter, selbstmitleidiger Ruf nach mehr »Nationalität«, (als hätte die Nation, die vor zwei Jahrhunderten vielleicht auch die Befreiung von Fürstenherrschaft versprach, sich nicht gerade als Medium des modernen wie des postmodernen Krieges entpuppt): »Ohne die Kraft der gewachsenen Gefühle, aus denen die Nationen leben und mit denen unsere Nachbarn mit so viel Selbstverständlichkeit umgehen, sind weder die Probleme der Wirtschaft noch die des Bewußtseins und der Befindlichkeit im vereinigten Deutschland zu überwinden«, schreibt Karl Feldmeyer im Leitartikel der »FAZ« vom 13. August. Wir ahnen, was sich hinter diesem scheinbaren Schwafelsatz verbirgt: Damit die Wirtschaft in Ruhe ihre internationalen Geschäfte tätigen kann, sollen die Deutschen sich bitte schön ein nationales Räuschchen erlauben, in dem sie nicht bemerken, wie ihnen das Fell über die Ohren gezogen wird. Derweil darf Heinz Rudolf Kunze in der »Taz« (16.8.) seine Deutschrock-Quote und den Ausspruch Ole Seelenmeyers verteidigen, englische Sprache im Radio sei »Genozid an der deutschen Rockmusik«. Denn Nationalität konstruiert sich in ihrer Virtualität nur noch aus der Opfer-Rolle; unser »Nationalgefühl« scheint sich nur aus etwas zu begründen, was irgend jemand uns vorenthält, innere Feinde wie Intellektuelle und vaterlandslose Pop-Universalisten. Samt äußeren Feinden, den Chaotisierern und Zersetzern, denen wir endlich unsere Armeen entgegenschicken müssen.

Wie aber soll die »Nation« erfahren werden, wenn sie weder als konkreter Wirtschaftsraum noch als kulturelle Einheit erlebt werden kann (und soll), wenn nicht aus der Negation, aus der Konstruktion von Feindbildern und letztendlich einer Disposition zum Kriege? Kriegsberichterstattung in dieser Situation reagiert daher nicht zuletzt mit einer mythischen Konstruktion auf den Widerspruch zwischen Globalisierung der Wirtschaft und Nationalisierung der »Befindlichkeit«. Eine andere Version mag die Renationalisierung des Kapitals sein: »Zwischen dem Zu- und Abfluß an investivem Kapital hat sich in Deutschland seit den achtziger Jahren eine beständig breiter werdende Kluft geöffnet, die im vergangenen Jahr mit einem Negativsaldo von 37 Milliarden DM einen Höchstwert erreicht hat. Das sieht in der Tat nach Abwanderung aus.« Der neue »Sinn« des Nationalismus ist also, neben der »Befindlichkeit«, die vitale Kopplung der eigenen Lebenserfahrung mit dem »Wirtschaftsstandort Deutschland«.

So liegt der Sinn dieser mythischen Konstruktion auf der Hand: Die Welt ist ein blutiges Chaos, demgegenüber die Nation sich als Bollwerk anbietet. Die Chaotisierung der Kriegsbilder aber schafft einen beständigen Sog zum »Eingreifen« als quasitherapeutische Methode, die eigene Hilflosigkeit und Ausgeschlossenheit zu überwinden. Die Nachricht vom Einsatz »gepanzerter« Bodentruppen wird daher als Erlösung empfunden. Diesem Ziel dienen auch die mittlerweile regelmäßig inszenierten öffentlichen Vereidigungen der Rekruten, über die Zeitungen wie die »Welt« mit dem nötigen Human touch getreulich berichten, während die Festredner, diesmal ist es die Hamburger Bürgerschaftspräsidentin Ute Pape, die angehenden Soldaten darauf einschwören, daß »in manche Konflikte und die Bewältigung ihrer Folgen die Streitkräfte der Bundesrepublik als Nato- oder UN-Mitgliedsstaat einbezogen sind«. Konstant ist die Berichterstattung über die Werbemaßnahmen der Hardthöhe: »Torsten Lindemann (22), ein Sicherungssoldat, hat sich über ›W10‹ hinaus länger verpflichtet und freut sich, ›monatlich 1.200 Mark netto zusätzlich‹ zu bekommen. Ein dritter hat den Führerschein bei der Bundeswehr gemacht und Freunde gewonnen. Wieder ein anderer spricht von seiner Erfahrung mit der Kameradschaft oder von den ›sportlichen Herausforderungen‹, die ihm seine Grenzen gezeigt haben.« Das ist keine eigene Wehrpropaganda der »Welt« (14.8.), sondern die Eins-zu-eins-Wiedergabe eines Werbespots, den das Verteidigungsministerium »Profis der Öffentlichkeitsarbeit und Werbung überlassen« hat.

Das Chaos der Anderen rechtfertigt allemal die (antidemokratische) Reaktion der Ordnung: »Schneller als gedacht könnte auf deutsche Soldaten ihr erster Kampfeinsatz ohne ausdrückliches Mandat des Bundestages zukommen«, heißt es im

Bericht der »Augsburger Allgemeinen« (20.9.). »Denn Geiselnehmer pfeifen gewöhnlich auf Sitzungswochen des Parlamentes.«

Die parlamentarische Deregulation der militärischen Kräfte ist das Ergebnis der neuen, diffusen Feinde, deren Stärke darin besteht, daß sie sich an keine Regeln halten. Daher werden wir in einem ständigen Fluß von Nachrichten und Bildern auf die chaotische Gewalt und die Notwendigkeit der »friedenserhaltenden Maßnahmen« vorbereitet, wie sie sich in der von der »FAZ« berichteten Übung amerikanischer und osteuropäischer Truppen sowie »der asiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion« im Schwarzen Meer vorbereitet, die im Rahmen der »Partnerschaft für den Frieden« stattfindet. Die ist, wie der »FR« (12.8.) zu entnehmen ist, selber Teil der paradoxen Konstruktion des militärischen Welt-Gleichgewichts: »Die Partnerschaft für den Frieden ist nach der Erinnerung von Hans-Joachim Schmidt aus der hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung 1991 als ›Zuckerbrot‹ erfunden worden, um den Nato-Beitritt osteuropäischer Staaten zu verhindern. Seit aber 1994 die Ost-Erweiterung beschlossen worden sei, würden die PfP-Übungen nun von Beitrittsstaaten (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei) als Vorbereitung benutzt.«

Zur Unbeschreiblichkeit militärischer Wirklichkeit gehört dieser gleichwohl als Basis des neuen Weltbildes dienende Widerspruch zwischen einer Regionalisierung des Krieges und der Globalisierung des Militärs. Der Zeitungstext nimmt dabei gelegentlich vorweg, was die Politik erstrebt: den weltweit organisierten Kampf der militärischen Ordnung gegen den »wilden Haufen« (der Verlierer und Hungernden).

8

Hinzu kommt, daß die Berichterstattung in der Regel die militärische Sprache übernimmt: Da wird erobert, kontrolliert, in Stellung gegangen, Widerstand gebrochen; es gibt Vormarsch und Rückzug – während die »Taz« zum Beispiel versucht, eine wenigstens literarische Härte zu zelebrieren, etwa wenn sie davon spricht, daß tschetschenische Dörfer »zusammengebombt« werden (5.8.). Je näher man diese Sprache des Krieges ansieht, desto ungeheurer wird sie einem, von den »blutigen Zusammenstößen« bis zum »Frontverlauf«. Sie kann den Krieg nur beschreiben, indem sie die Sprache seiner Betreiber imitiert.

Aber zugleich wuchert diese Sprache auch über ihr eigentliches Einsatzgebiet hinaus. Nirgends gibt es einen Halt für die militarisierende Metaphorik, die sozusagen andersherum wirkt als die »Blamage« der sowjetischen und der Ifor-Armeen: »Alexander Lebed muß noch durch viele Minenfelder steigen bei dem Versuch, Tschetschenien zu befrieden und sich selbst einen Karriereschub zu verpassen«, heißt es in einem Kommentar der »Frankfurter Rundschau« (17.8.).

Natürlich ist die militärische Legierung der Sprache nichts anderes als eine beinahe schon globale Konvention, niemand »denkt sich dabei etwas«: Wie anders sollte man auch schreiben? Die Zeitungssprache setzt der Militarisierung der Wahrnehmung nur keinen Widerstand entgegen.

9

Schließlich reflektiert auch das Feuilleton das Verschwimmen von Fiktion und Abbildung in den Kriegsbildern.»Wo einem Bilder vom tschetschenischen Straßenrand wie Szenen aus einem schlecht inszenierten Fernsehspiel vorkommen, da ist auch der Weltuntergang nur ein mittlerer Störfall«, schreibt Peter Körte zum neuen Katastrophenfilm-Boom in den USA in der »FR« (17.8.). »Ich begriff, daß ich Zeuge eines Massakers geworden war, wie ich es bisher nur von Geschichtsbüchern, grobkörnigen Schwarzweißphotos oder Fernsehberichten kannte, in denen das Blut noch röter ist als in Wirklichkeit«, notiert Hans Christoph Buch in der »Zeit« (27.9.). Die »Augsburger Allgemeine« (20.9.) betitelt eine Geschichte über die neue »Elitetruppe« KSK in schöner Anlehnung an James Bond: »Vermummte mit Lizenz zur Geiselbefreiung«.

Und Buch führt uns in ein merkwürdiges Dilemma, wenn er schreibt: »Mit Kriegsgeilheit oder Katastrophentourismus hat das alles nichts zu tun, im Gegenteil. Die Reporter riskieren ihr Leben, um den Voyeurismus der Medien zu befriedigen, den sie selbst am wenigsten empfinden.« Da verschwimmt endgültig die Motivation; ist der Kriegsberichterstatter eine Art Märtyrer, der sich im Dienste eines »Voyeurismus« in Gefahr begibt, den er selbst eher verabscheut? Noch vor der Wahrheit, so scheint es, wird im Krieg die Seele seiner Chronisten geopfert. Und zugleich repetiert der Kriegsberichterstatter die Mythologie des Soldaten, der eigentlich gar kein Teil des Krieges ist, diesen verabscheut, aber im Dienste ... – ja, wessen? Um unseren Voyeurismus zu befriedigen, im Kino und in der Zeitung.

Die Mythologie der Zeugenschaft im Krieg (die sich Peter Handke zu einer genialen neuen Verzopfung von authentischer Vernebelung gezogen hat) führt zu einer weiteren Analogie, zum Widerspruch des harten Reporters vor Ort zum Schreibtischtäter in der Heimat, der natürlich »keine Ahnung« hat, wie es hier »wirklich« zugeht. Für den Zeitungsleser ist der Wechsel der Perspektive vom Feldherrenhügel zur Nähe des blutigen Breis wie in einem Film möglich, wenn auch die bürgerlichen Zeitungen damit sehr viel vorsichtiger umgehen als die elektronische Konkurrenz. Als müßten sie für das Abkühlen der Bilder sorgen, die man am Abend zuvor in der Tagesschau gesehen hat.

10

Authentizität ist nur im nebenhinein für die Zeitung zu haben. Ein Reporter, der etwas riskiert, wäre dumm, es für das langsame Printmedium und nicht für das elektronische zu tun. Am nächsten ist man dem Krieg in den Vermischten Nachrichten. Kleine Geschichten wie die vom serbischen Totengräber in der »Welt« (14.8.), der erst die ermordeten Muslims eingrub und nun, im gutbezahlten aber gefährlichen Auftrag der UN, wieder ausgräbt, vertiefen die moralischen Diskurse. Nachzuprüfen sind sie allesamt sowieso nicht.

Neben der Rhetorik der Distanzierung gibt es die Rhetorik der Vermenschlichung und die der Erotisierung, oft genug auf einer einzigen Zeitungsseite. »Da schaut der Minister«, titelt die Münchner »Abendzeitung« und textet zum Bild eines in der Tat etwas überrascht dreinschauenden deutschen Ministers, der an einer Reihe von Soldatinnen mit mehr oder weniger engen Uniformblusen vorbeimarschiert: »Das ist neu für Volker Rühe: Bei seiner Israel-Visite wurde der Bonner Verteidigungsminister von lauter feschen Soldatinnen begrüßt. Bei uns gibt es sowas ja nicht. Noch nicht? In Israel wurde gestern weiter über den Termin für das erste Treffen von Premier Netanjahu mit Arafat spekuliert. Wahrscheinlicher Termin: heute.« Das ist der ganze Artikel, der drei Ereignisse miteinander verkoppelt: den Besuch des deutschen Ministers, die Präsenz von Soldatinnen und den Beginn von Friedensgesprächen. Die Nachricht, der Mythos und die Propaganda in einem Bild zusammengefaßt, nur wenig subtiler als die ständigen Personalisierungen der »Bild-Zeitung« (4.9.): »Amerikaner greifen mit Bombern und Raketen den Irak an. – Saddam tobt und droht – Es war eine klare Antwort.« Aber auch das verkneifen wir uns nicht: »Als der Angriff rollte, ging Clinton zu Bett.«

11

Unter dem Blick eines globalen Diskurses von ordentlichem Militär und chaotischem Konflikt erscheint die »Eingreiftruppe« weniger als traditionelles Element der Eroberung oder Unterwerfung denn als Medium von Hilfe und, wenn es sein muß, Strafe. Da kommt eine eigenartige Dramaturgie zum Tragen: Zu Chronisten werden Gruppen, die gewissermaßen die Wahrheit über das Wesen des jeweiligen Krieges unter sich aushandeln: die kriegführenden Parteien, die Diplomaten und neuerdings die »ausländischen Hilfsorganisationen«, die in dem einen oder anderen Kontext bereits wie eine Vorhut der internationalen Eingreiftruppen erscheinen, nach denen unsere kollektive Phantasie zu verlangen scheint. Was wir vom Krieg wissen, stammt daher stets von einem Ineinander von Erzählungen miteinander konkurrierender und einander ergänzender Institutionen; der Text des Kriegsberichtes in der Zeitung »verhandelt« (im besten Fall) die Interessenlage der primären Nachrichtenproduzenten.

12

Ach, und die Mythen der Gutmenschen! Zum internationalen Friedenstreffen von Novi Sad schreibt die Teilnehmerin Alyn Beßmann im »Freitag« (16.8.) Sätze wie: »Die ausländischen Teilnehmerinnen waren beeindruckt von der Wärme der Frauen aus Ex-Jugoslawien und dem verstärkten Engagement, mit dem diese den Ausbruch des Krieges beantwortet haben.« Einmal davon abgesehen, daß ein Krieg da immer noch ausbricht wie eine Naturkatastrophe und an anderem Ort des Artikels vom »Wiederaufflammen der Kämpfe« erzählt wird, ist da auch die Rede von der »politischen Arbeit gegen Krieg, Nationalismus und Sexismus«, als müsse beinahe um jeden Preis das Bild des Krieges zum Verschwimmen gebracht werden. Auf die Mythologie des »chirurgischen Eingriffs« der einen Seite antwortet die andere Seite offenkundig mit der Mythologie einer neuen Organhaftigkeit. Und so wie das Bild der vor dem staunenden deutschen Minister in Reih und Glied angetretenen Soldatinnen die Metaphysik der Vergewaltigung überdeckt, so überdeckt die Produktion von »Wärme« das Unkenntlichwerden der Kategorien von Pazifismus und Bellizismus.

13

Was ist der Krieg im Medienzeitalter? Ein offenbar sich selbst erhaltendes System von Ökonomie, Information und Blut, das weniger die Barbarei der kriegführenden Völker als die rapide Barbarisierung der Weltökonomie widerspiegelt: »Schon längst sind die Interessen aller Beteiligten eng miteinander verflochten«, schreibt Wladimir Jemeljanko in der »Wochenpost« (15.8.), »und für viele ist der Krieg zu einem lukrativen Geschäft geworden. ... Die Separatisten haben die Zeit der Kriegswirren genutzt, einen schwunghaften Handel mit Waffen, Rauschgift und Öl mit den Ländern des Ostens und mit russischen Kriminellen aufzubauen. Und die Generäle machen ihren Schnitt, indem sie ›verlorene‹ Kampftechnik an Länder der Dritten Welt verhökern.« Die scharfsinnige Analyse der ökonomischen Funktionalität der neuen Kriege macht pflichtschuldig vor den eigenen Grenzen halt; unter anderem ist der neue Krieg auch Bild eines barbarischen alten Kapitalismus, den wir gerne überwunden haben wollen. Daß sich dort im Osten alles am Krieg bereichert, erfahren wir natürlich auch aus der »Welt« (15.8.), die von »politisch einflußreichen Russen« berichtet, die »ihre claims längst abgesteckt haben. Milliardenbeträge, die für den Wiederaufbau des zerstörten Grosny und anderer Städte geplant waren,

fließen auf Umwegen in ihre Taschen.«

14

Wir wissen aus der Zeitung nicht, was das sein könnte: der Krieg. Aber wir wissen, was er für uns bedeutet: »Jugoslawien hat gezeigt, daß sich Deutschland nicht länger hinter seiner Geschichte verstecken darf« – so Sönke Petersen in der Münchner »Abendzeitung« (2.9.). Jeder Krieg, so fern oder unübersichtlich er auch sein mag, wird unterderhand zu einem Beleg für die Notwendigkeit einer militärischen Präsenz Deutschlands in einer Geschichte, gegen deren Verschwinden der Text der Kriegsphantasie protestiert.

15

So seltsam es klingen mag: So fern vom Krieg, so bilder- und sprachlos angesichts dessen, was eigentlich nicht sein darf und was gleichwohl die Kreisläufe von Geld, Blut und Drogen in Fluß hält, war man nie. Der Zeitungstext will den Krieg zugleich rekonstruieren (in seiner ordentlichen, territorialen, strategischen Gestalt) und zum Verschwinden bringen (insofern er außer uns und uns entschuldend ist). Daß der Krieg dabei schließlich immer mehr in einem Gewirr der indirekten Wiedergaben, der Gerüchte verlorengeht, gehört vermutlich auch zu unserer Strategie des Umgangs mit seinen Bildern. Die Unübersichtlichkeit rettet auch vor dem Blick auf die eigene Verantwortung.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 8/95 über den neuen»Werner«-Film

Konkret 12/96, S. 50

S□ efan Ripplinger

Napoleon Diederich□ en

Die Poplinke en□ deck□ die Poli□ ical Correc□ ne□ □ □ nd □ ill □ ie gegen den kapi□ ali□ □ i□ chen Sach□ □ ang rich□ en

Manchmal wird die Universität zum Feldherrnhügel. Die Schlacht im Tal, die Bewegungen der Truppen, ihre Attacken, Rückzüge, Ausfälle, sind von dort mit einem Blick zu erfassen, wenn auch nicht jedes einzelne Scharmützel und auch nicht, wer hier und da im Dreck liegenbleibt. Der Feldherr auf dem Hügel hat das Geschehen sorgfältig zu verfolgen, parteiisch zwar, aber ohne sich vom Getümmel in Rage bringen zu lassen. Anschließend erteilt er kühl Order, wie seine Armee sich umzugruppieren habe und welche Strategie die beste sei.

In seinem neuen Buch *Politische Korrekturen* hat Pop-Stratege Diedrich Diederichsen den – so nennt er das – »Krieg« um die »Political Correctness« (PC) analysiert, Feind und Freund geschieden; am Ende erteilt er seinen Truppen Weisung, wie weiter zu verfahren sei. Sein Blick vom Universitätshügel reicht allerdings selten über den Campus hinaus: In seiner Darstellung ist PC der Versuch von »Academia« (in den USA) oder von theoretisierenden Gruppen (in der BRD), den herrschenden Mächten, insbesondere dem neokonservativen Fundamentalismus, Paroli zu bieten – nicht durch einen eigenen Fundamentalismus, sondern durch Politisierung der Begriffe. »Politically correct« (pc) bedeute einfach »politisch richtig«. PC sei »Symbol-« oder »Diskurspolitik«, ereigne sich also auf dem Feld, auf dem heute die entscheidenden politischen Schlachten geschlagen werden: auf dem der öffentlichen Kommunikation. Die PC-Kämpfer begnügten sich nicht mit »trivialen Umbenennungen«, sondern zielten auf Veränderung von Institutionen. Ihre Waffen hießen »Vereindeutigung«, Klärung, aber auch »Dekonstruktion« derjenigen Worte und Symbole, in denen sich die »hegemonialen« Ideologien manifestieren.

Ich persönlich finde diese Beschreibung von PC anregend; über der Lektüre des Buches habe ich fast vergessen, daß meine Kollegen und ich kürzlich noch »Täterschützer« sein sollten, weil wir Glossen von Wiglaf Droste in der »jungen Welt« veröffentlicht haben (der nicht pc ist, da er anderswo das Rederecht von Katharina Rutschky verteidigt hat. Die Publizistin kann in Sachen Kindesmißbrauch die Meinung gewisser »FrauenLesben«-Gruppen nicht teilen). Vielleicht gehören die Truppen der »loony left« (Diederichsen), für die jeder ein »Täterschützer«, also Freiwild ist, der sich ihrer simplen Weltanschauung verweigert, nicht zu denjenigen, die Diederichsen befehligt oder noch ausheben will. Aber immerhin führt auch er die berühmte »triple oppression«-Theorie an, mit der solche PC-Vereine ihre Handgreiflichkeiten begründen. Ich vermute nur, er würde diese Theorie mehr *sophisticated* auslegen.

Das ist ein guter Zug. Mehr *sophistication* kann der politisch-theoretischen Diskussion überhaupt nicht schaden; zur Not müssen tatsächliche Auseinandersetzungen zwangsweise im Niveau angehoben werden und Debatten intelligenter gelesen werden, als sie sind. Diederichsen nimmt zu diesem Zweck nicht nur politische, sondern auch ästhetische Korrekturen vor. »PC im guten Sinne«, wie er es verteidigt, gibt es in Deutschland gar nicht, sie ist eine Idealisierung des Theoretikers.

Dieser Meinung scheint auch er selbst zu sein. Die Schläge, die deutsche Rechte von Rainer Zitelmann bis Helmut Markwort gegen PC führen, sollen, glaubt er, die »politische Kritik« an sich und nicht randständige PC-Anhänger treffen. Die Beispiele, die er anführt – die Debatten um Schimmel und Goldhagen, Heitmann und Höhn – , bestätigen das. Auf der linken Seite standen dabei selten Kräfte, die sich explizit mit PC identifizieren würden. (Die Antifa-Szene etwa hat sich für Goldhagen nicht interessiert – wohl weil der Liberale schwerlich für die Antifa zu reklamieren wäre.) Und doch wurde der gescheiterte Präsidentschaftskandidat Steffen Heitmann von seinen Freunden für ein Opfer von PC gehalten.

Da komme es, so der Stratege, der Rechten zupaß, daß auch Linke PC angreifen und damit zu einer realen Macht erklären. Auf den »Gutmenschen«, das »tote Schwein«, prügelten Gerhard Henschel, Wiglaf Droste, Klaus Bittermann ein, als ob es noch die Friedensbewegung und die »Ey-Du-Linke« gäbe. Sie lieferten damit der Rechten Stichworte.

Wahr ist, daß heute selbst Peter Gauweiler das Schimpfwort »Gutmensch« benutzt, das übrigens nicht – wie Diederichsen glaubt – von »Eckhard Henscheid und Freunden aus dem ›Titanic‹-Umfeld« erfunden wurde, sondern von Karl Heinz Bohrer himself. Ebenso wahr ist, daß die Friedensbewegung keine Rolle mehr spielt und eine Kritik an ihren Bewußtseinsformen überholt ist. Andererseits zeigt gerade das perennierende Alternativmilieu eine erstaunliche Gravitation hin zum spirituell-faschistischen Geist. Schon aus diesem Grund ist die Kritik an den Mutationen dieser Kultur nach wie vor berechtigt.

Das zweite, von Droste und Bittermann herausgegebene *Wörterbuch des Gutmenschen* richtete sich dann auch vor allem gegen die Begriffe der Neuen Rechten (»nationale Selbstbestimmung«, »Heimat«, »linke Lebenslügen« usf.). Ist diese Art von Klärung resp. Dekonstruktion von Begriffen vielleicht das, was Diederichsen unter »Symbolpolitik« versteht? Ich habe meine Zweifel. Weder Derrida noch Foucault werden im *Wörterbuch* ins Spiel gebracht; man ist nicht auf dem letzten Stand der postkolonialen Diskussion. Und vielleicht fehlt es auch ein wenig an jener »politischen Moral«, die des Autors Meinung nach »gegen die Apotheose des kapitalistischen Sachzwangs« gerichtet werden könnte.

Aber wo treffen wir die wahre, echte, moralische PC in Deutschland an? In »Spex« etwa? In dieser von Diederichsen inspirierten und mitherausgegebenen Zeitschrift veröffentlichte im Juli 1994 Dietmar Dath seinen Aufsatz über »Linke Sprachkritik«. Ganz im Sinne Diederichsens, den er gegen einen »Sudler« verteidigt, polemisiert Dath darin gegen die »begabten Henschels«, die nicht »korrekt zu sein versuchen. Politisch.« Der schwerste Vorwurf gegen die Henschels ist der, daß sie – als ob sie das gekonnt hätten – die Veröffentlichung dieses Satzes nicht verhindert haben: »Sie (gemeint ist die von dem Philosophen Louis Althusser ermordete Hélène Legotien; S.R.) war seine erste Geliebte, die Frau, die ihn in mehr als einer Beziehung lehrte, was Materialismus bedeutet.« Diese Formulierung gehöre »wohl zum Schweinischsten«, »was in den letzten zwanzig Jahren geschrieben wurde«, sie sei »sexistisch, stinkend«. Sie stammt von Petra Bail und mir (KONKRET 5/94).

Weil mir niemand erklären konnte, warum der Satz sexistisch ist, war ich dankbar dafür, daß Dath in *Cordula killt Dich!*, seinem »Roman der Auferstehung« (Berlin 1995), den Vorwurf ausführte: »Dieser Satz bedeutet unter anderem: ›Die Strukturalisten ... sollen mehr ficken, dann werden sie schon kapieren, was Materialismus heißt. Dafür kommt eine handfeste Kommunistin gerade recht.‹« Da Bail und ich nicht finden, Materialismus sei etwas weniger Handfestes, und wir gegen Althussers Strukturalismus nichts einzuwenden haben, aber auch nichts gegen das Ficken, konnten wir uns nur wundern.

Aber so funktioniert die wirkliche PC in Deutschland – mit der Präsupposition, der Leser sei wohl sexistisch (faschistisch, rassistisch), wenn er nicht nachvollziehe, warum da etwas »sexistisch« (»faschistisch«, »rassistisch«) genannt wird. Das ist moralische Persuasion und nicht Politik. Aus diesem Grund wäre es mir ganz lieb, wenn PC-Politik so aussähe, wie Diederichsen sie zeichnet. Nicht, daß ich selbst sie anstrebte, aber die Truppe, die es tut, schösse weniger oft daneben.

Diedrich Diederichsen: *Politische Korrekturen*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1996, 192 Seiten, 18,80 Mark

Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 11/96 über Karl Corinos Kampagne gegen Stephan Hermlin

Konkret 12/96, S. 52

Oliver Schmitt

Buch & Deckel

Wolfgang Herles: Eine blendende Gesellschaft. Karl Blessing Verlag, München 1996, 285 Seiten, 38 Mark

Eine blendende Gesellschaft ist der erste Roman des mittlerweile halb geschaßten, halb der Häresie verfallenen TV-Mannes Wolfgang Herles. Und sein vermutlich letzter. Denn dieser supersatirische Enthüllungsschlüsselroman und heiße Polit-Thriller (dem »unbekannten Helden der Hinterbank« gewidmet) bringt schon derart viel Geheimes, Diskretes und Monströses ans Licht, daß für einen zweiten kaum noch etwas zu enthüllen übrigbliebe. Deshalb soll der Inhalt nur behutsam angedeutet werden: Politik ist ein schmutziges und streckenweise sogar dröges Geschäft. Für Schmutz aber ist Herles nicht zuständig. Für den Rest schon.

Wir erfahren einerseits, daß Golfclubs »Zusammenrottungen neureicher Spießer« sein können und der Golfsport ein »Mordsgeschäft« ist. Andererseits auch, daß sich im Golfball »die Dimension Zeit zu einem Punkt verdichtet«. Wie wahr. Aber Herles kratzt nicht nur an der Oberfläche, nein, er stößt auch zügig in die fünfte Dimension vor und findet heraus, daß es beim Golfspiel um noch viel mehr geht, nämlich um das »Mysterium des Lochs an sich«. In letzter Konsequenz heißt das: »Löcher wollen gefüllt sein. Dafür schenkten sie Erfüllung.«

Heiße Themen werden kaltblütig angepackt. Politik, so hämmert Herles uns ein, ist letztlich »wie Stop-and-go auf der Autobahn«, und sarkastisch merkt er an: »Wer behauptete, im Parlament würde etwas bewegt, hatte recht. Das Parlament bewegte sich selbst.« Unpopuläre Wahrheiten, wie in Butter gemeißelt. Aber das Elend passiert nicht nur im Bundestag, es wuchert auch in den ihn umgebenden Etablissements und Spelunken, wo nämlich Herles' Ex-Kollegen ihre dunklen Machenschaften treiben: »Am Nachbartisch machten zwei ZDF-Redakteure Spesen mit der Ministerin für Jugend, Familie, Frauen und Senioren.«

Bei der Auswahl von Namen, die ja leider nicht öffentlich und schon gar nicht in einem Roman genannt werden dürfen, beweist Herles Geschick und Feingefühl: Ein bekannter Großkritiker heißt »Reich-Radunsky«, andere heißen lustigerweise Söhnlein, Göttlich, Glücklich, Schütterlich, Schmid-Selbelang oder Hagen Hampel, und dubiose Firmen nennt der fontanegestählte Grasskenner »Fonty GmbH«, »Effi GmbH«, ja sogar »Jenny Immobilien GmbH«. Das sitzt!

Auf der Suche nach dem guten Ton nutzt Herles alle ihm bekannten Sprachebenen, schließlich ist es heutzutage egal, wo man lang hinschlägt. Ein Satz wie »Anton entledigte sich seines sandfarbenen Fischgrätjacketts« ist kein Versehen, sondern volle Absicht. Mehrmals lachen Männer »laut, rauh und hinten wie abgeschnitten«, dem Helden fahren »heiße und eiskalte Böen durchs Gebein«, des Helden Frau dagegen »ließ das Altern mit sich geschehen«, und an anderer Stelle »löste sich die Masse wieder in seine Teile«. So wird auch zweifellos dieser Roman ihren Weg gehen.

Die eigentliche Geschichte, die des gewählten Hinterbänklers Antonius Sommer, der als Mitglied des Bauausschusses unverrichteter Dinge in die klebrigen Fänge der »Berlin-Mafia« gerät, dann von der ehrenwerten Gesellschaft der »Freunde des Golfsports«, hinter der sich in Wirklichkeit eine Art Weltregierung verbirgt, als Interessenvertreter rekrutiert wird, der anschließend bei der Verleihung der »Goldenen Röhre« nur knapp einem Anschlag der RAF entgeht (RAF = »Recht auf Fortschritt«), der schließlich zum Kanzlervertrauten wird und gerade noch die Sprengung des Bundestages verhindern kann – diese Geschichte soll hier keineswegs erzählt und das Ende höflicherweise schon gar nicht verraten werden.

Es wäre einfach zu langweilig.

Konkret 12/96, S. 52

Rayk Wieland

Buch & Deckel

Claus Tieber: Die Letzten von gestern. Die Rechten und die Kunst. Picus Verlag, Wien 1996, 220 Seiten, 34 Mark

Länger schon, spätestens aber seit dem sehr epochenbrecherisch veranschlagten Jahr 1989, seit dem die deutsche Linke endgültig den letzten Rest gesamtgesellschaftlicher Reputation verloren und nebst anderen bedrohten Arten kaum mehr Überlebenschancen hat, datiert das rechtspopulistische Gerede von einer linken Meinungshegemonie, der mit quasidemokratischen Ansprüchen und völkischer »Werteverteidigung« (Jö. Haider) kulturkämpferisch zu begegnen sei – fraglos eine backsteindumme Verdrehung der obwaltenden politischen Kräftemelange. Doch wäre es nur das, es wäre keine Sondermeldung wert. In Claus Tiebers Buch *Die Letzten von gestern*, das den politischen »Kulturkampf« der »Freiheitlichen« in Östereich nachzeichnet und analysiert, ist jedoch nachzulesen, daß dieses verdrehte Hegemoniegerede als »ideologisches Kernargument« der Neurechten reüssiert. »Links« indes heißen bei den Kulturkämpfern nicht nur sämtliche christ- und sozialdemokratischen Politikaster und Politikusse, sondern, vor allem, die sog. »Staatskünstler« bzw. »Kulturfaschisten« (Jö.H.).

Das Buch enthält zum einen eine kommentierte Chronologie der Angriffe, Kriminalisierungen und Verleumdungen, die Künstler und Kulturinitiativen 1995 in Österreich betrafen; zum anderen eine kursorische und gleichwohl praktikable Darstellung der »Argumente« der FPÖ-nahen Kulturkämpfer sowie ihrer Kunst- und Kulturauffassungen. Wer allerdings gehofft hat, hier eine gewisse theoretische Tiefe bzw. Plausibilität des Kulturbegriffs anzutreffen, wird enttäuscht sein – was nicht Tieber, sondern seinem Gegenstand anzukreiden ist. Die Vorstellungen der Protagonisten von Vaterlandslosigkeit, Steuergeldverschwendung, Unverständlichkeit sowie die Behauptung, daß es sich bei moderner Kunst um eine Minderheitenveranstaltung handele, werden undeutlich variiert. Ihrer so ausgebildeten Oberflächenwahrnehmung erscheint moderne Kunst immer als (ungehörigerweise) subventionierte Kunst sowie durchweg als »Mist« bzw. »Schweinerei« bzw. »Fäkal etc.« bzw. »pervers, obszön, pornographisch« – und am Ende als »Terror«, den sich »Hunderttausende ansehen und anhören müssen«.

Allerdings steht Kultur, Tieber zufolge, im Diskurs der Neurechten nicht für Kunst, »sondern für die Identität eines Volkes, einer Ethnie oder eben einer >Rasse<«, welch letzterer Begriff aus strategischen Gründen freilich vermieden werden soll. Kunst hingegen, die sie meinen, hat Werte in Richtung Familie/Heimat/Volk zu vermitteln, Sinn zu stiften, Menschen zur Gemeinschaft zu binden, »einfach und klar« zu sein, »kein Unflat« und möglichst nicht »entartet«. Freiheit der Kunst – ja, aber nicht auf Steuerzahlers Kosten.

Mit diesem doch ziemlich unförmigen Begriffsinventar, einem an weit verbreitete Ressentiments anknüpfenden und anscheinend dem Hundertjährigen Kalender entnommenen Kultur-Kampfbegriff und völkischem Kunstverständnis hofft die Rechte, den gesellschaftlichen Diskurs zu bestimmen und »die geistige Vorherrschaft der Linken im kulturellen Sektor« (Jö.H.) zu brechen – offenbar nicht nur, um Platz zu schaffen für Lyrik von z.B. dem Neonazi Jürgen Hatzenbichler (Redakteur der Österreichausgabe der »Jungen Freiheit«), der da zu dichten schon einmal an- und abhub: »Frauen / zärtlich und weich / – Frauen – / Köstlich und reich / – an Vertrauen. / Heimat an der Hand / – Frauen – / Das feste Band / – an Vertrauen. / Wo ist Heimat?« Sondern offensichtlich auch, um die politische Machtergreifung generalstabsmäßig vorzubereiten gemäß der von Österreichs Oberrechtsextremisten Haider ausgegebenen Order: »Ohne werteverteidigenden Kulturkampf ist eine Überwindung des linken Kulturfaschismus nicht möglich.«

Denn die »Letzten von gestern« möchten – nicht nur in Österreich – allzu gern die »Ersten von morgen« sein. Das fehlte noch.

Konkret 12/96, S. 53

Holm Friebe

Buch & Deckel

Ulrich Holbein: Sprachlupe. Eichborn Verlag, Frankfurt a.M. 1996, 296 Seiten, 44 Mark

Für die Erkenntnis, daß in keiner Sprache so schlecht gesprochen und geschrieben wird wie in der deutschen, muß man nicht erst Karl Kaus bemühen, weshalb jeder Vorstoß, den sachwaltenden Sprachstrategen in Redaktionen, Werbeagenturen und Schriftstellerkemenaten ein Mindestquantum an Sprachsensibilität beizubiegen, nur zu begrüßen ist. Wohldosiert als unregelmäßige Kolumne in der »Zeit«, war die Sprachkritik Ulrich Holbeins daher stets ein willkommener und gern gelesener Eingriff in den sich besinnungslos selbst reproduzierenden Formenquark und Metaphernsalat nicht nur des Zeitungswesens; zumal man Holbein abnimmt, daß er in der Tat schon einiges weggelesen hat und sich auskennt. Seine dichten Texte, die jeweils ein gesondertes Sprachphänomen wie den Gedankenstrich oder den Bandwurmsatz beleuchten und erhellen, baut er um akribisch zusammengetragene Zitat-Findlinge. Beispielsweise hat er 61 Stellen aus unterschiedlichsten Romanen versammelt, in denen ohne jeden Aussagegehalt auf die Uhr gesehen wird; eine echte Fleißarbeit, die zudem zum zukünftigen Verzicht mahnt. Auch sonst ist den zum Buch zusammengefaßten Texten, einige unveröffentlichte darunter, stets beizupflichten, wenn es um die konkrete Bloßlegung allzu abgedroschener Stereotype geht.

Was aber im Laufe der Lektüre schlicht auf den Nerv geht, ist der Autor selbst, der sich immer wieder selbst penetrant in den Vordergrund drängeln muß und mit der eigenen Beschlagenheit hausieren geht. Zwar tut er dies mit vorgeschützter Selbstironie, aber Ironie heißt ja bekanntlich nicht, daß man das genaue Gegenteil des Gesagten meint. Durch die Beharrlichkeit, mit der Holbein seinen Angstgegner in Stilfragen, Wolf Schneider, (natürlich zu Recht) vorführt, wird das Buch vom »Anti-Schneider« zum »Pro-Holbein«; der Autor erscheint als eitler Geck, der allenfalls Eckhard Henscheid noch neben sich duldet – nachdem, wohlgemerkt, er diesen zuvor als »stilistisch wundersam unbeleckten Pop-Freak« tituliert und ihm »Zombiefledderei« vorgeworfen hat. Spätestens in dem Abschnitt über Satire wird deutlich, daß Holbein nicht an Distinktionsgewinn gelegen ist, sondern an der Pose unerhörter Drastik, die beizubehalten er einfach alles in einen Topf schmeißt, so daß er dann guten Gewissens postulieren kann: »Um über den Dingen zu stehen, braucht der Satiriker etwas zum Abstürzen, am besten Leichenberge.«

Einiges von dem, was Holbein bei andern anprangert, fällt schnurstracks auf ihn zurück. Insofern hat der Kollege Hans Mentz, auf dessen Urteil in der Regel Verlaß ist, in der »Titanic« eine Menge Langmut bewiesen, als er sich eine Empfehlung für das Buch abrang, das, nebenbei bemerkt, alles andere als frei von Druckfehlern ist.

Konkret 12/96, S. 53

Martin Krauß

Buch & Deckel

Johannes Agnoli: Subversive Theorie. »Die Sache selbst« und ihre Geschichte. Eine Berliner Vorlesung. Freiburg 1996, ca ira-Verlag 1996, 229 Seiten, 30 Mark

Johannes Agnoli ist einerseits ein intelligenter und gebildeter Wissenschaftler, andererseits, gemessen an der Zahl seiner Veröffentlichungen, ein schreibfauler Mensch. Von ihm liegt nun *Subversive Theorie* vor, eine, wie es im Untertitel heißt, »Berliner Vorlesung«, und die hat auf eine bemerkenswerte Weise ihren Weg zwischen zwei Buchdeckel gefunden. Der mittlerweile emeritierte Hochschullehrer für Politische Wissenschaft an der FU Berlin hielt eine seiner letzten Vorlesungen zur Theorie und Geschichte der Subversion, und ein Student schnitt sie mit einem Kassettenrecorder mit, transkribierte und redigierte sie, und heraus kam ein Buch.

Um die Subversion geht es, von Eva bis Knigge. Der Diebstahl des Apfels im Paradies war der »Austritt aus dem pflanzlichen Dasein«, ein erster Akt der Rebellion gegen die Bestimmung, Objekt Gottes sein zu sollen, eine erste Entscheidung des freien Willens zwecks Naturbeherrschung, obendrein vom »Baum der Erkenntnis« gepflückt: Eva bestritt das Wissensmonopol Gottes. Begangen also zudem von einer Frau, die sich damit von ihrer doppelten Ableitung emanzipierte: von der Existenz als Verlängerung der Rippe Adams und von der hierarchischen Struktur der paradiesischen Familie mit dem Oberhaupt Gott. Die Vertreibung aus dem Paradies erscheint in dieser Darstellung als Schritt in die menschliche Gesellschaft, die einzig die Möglichkeit bietet, dereinst die Assoziation der Freien und Gleichen zu schaffen.

Bei Knigge argumentiert Agnoli ähnlich: Was in heute vorherrschender Interpretation als Benimm-Anleitung gilt, erschien 1788, also ein Jahr vor der französischen Revolution, unter dem Buchtitel *Das richtige Benehmen oder Ratschläge des Freien Herrn Knigge für den Umgang mit dem Despotismus*. Das Subversive Knigges bestand darin, daß er den Bürgern die Angst vor den Despoten nehmen wollte, indem sie sich deren Umgangsformen aneigneten. Ganz modern gesprochen, könnte man von der Aneignung kulturellen Kapitals sprechen, das da gefördert wurde.

Was an diesen zwei Beispielen deutlich wird, durchzieht Agnolis Vorlesung. Es ist einerseits eine gegen den Strich gebürstete Weltgeschichte der Philosophie, die sich auch die Frage erlaubt, »ob nicht der Teufel eine viel sympathischere Gestalt ist als der liebe Gott – nicht von ungefähr hieß er Luzifer, der Lichtträger«. Andererseits leistet Agnoli theoretische Arbeit für einen Begriff des Subversiven. Angelehnt an Marx – »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« – , erklärt er die Subversion zur prärevolutionären Aufgabe, als Pflicht zur Negation, zum Prinzip Aufruhr, zur umstürzlerischen Idee, die materielle Gewalt werden kann.

Wenn es nach Agnoli gegangen wäre, hätte das Buch noch stärker den Charakter einer Vorlesung erhalten müssen. Der Lektor, schreibt er in der Vorbemerkung, habe ihn auf den Unterschied zwischen gesprochenem und geschriebenem Wort hingewiesen. »Und auf meinen Einwand, Hegels Vorlesungen seien von keinem Lektor bereinigt worden, machte er mich darauf aufmerksam, ich sei nicht Hegel. Was ich, obzwar widerwillig, zugestand.«

Warum eigentlich?

Konkret 12/96, S. 54

Otto Köhler

Der Konsalik-Schwindel

Vier Millionen Mark Fördermittel für die Verfilmung von vier Konsalik-Romanen? Was aber, wenn die Drehbücher mit ihren Vorlagen rein gar nichts zu tun haben?

Schade, da war Gemini, die bekannte Filmproduktionsgesellschaft mit beschränkter Haftung, so lieb und hat mir zwei Konsalik-Drehbücher geschickt. Ich sollte mich davon überzeugen, »daß der Vorwurf ›faschistoider‹ Inhalte für diese Drehbücher nicht zutrifft«. Eine Überzeugung habe ich inzwischen gewonnen, doch belegen darf ich sie nicht.

Den Vorwurf, daß das Werk des Heinz G. Konsalik »tendenziell faschistoid« sei, hatte der Kölner Schriftsteller Wolfgang Bittner als Mitglied des Rundfunkrats des WDR erhoben. Er – und inzwischen auch der Verband deutscher Schriftsteller – protestiert dagegen, daß die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen mit vier Millionen Mark an Steuergeldern die Verfilmung von vier Romanen des Heinz Konsalik fördert, des Mannes, der im Bonner Staat als Autor nationaler Kriegsromane (*Der Arzt von Stalingrad*) die Menschenversuche von SS-Ärzten rechtfertigte, und der schon 1940 bei seinem Aufnahmegesuch für die Reichsschrifttumskammer geschrieben hatte: »Anfang Dezember 1939 trat ich eine Tätigkeit bei der ›Gestapo‹ an, die ich auch weiterhin beibehalte.«

Eine Kopie des Gesuchs liegt vor und ist mittlerweile auch in der »Zeit« veröffentlicht worden. Konsalik hielt bis heute still. Obwohl er doch gegen Bittner wegen des Ausdruckes »faschistoid« zu klagen versuchte – übrigens mit Hilfe der Anwaltskanzlei jenes ehemaligen CSU-Innenministers Friedrich Zimmermann, der nach der westdeutschen Wende von 1982 schnell dafür sorgte, daß die SS-Nachfolgeorganisation HIAG nicht mehr im Verfassungsschutzbericht erwähnt wurde.

Ich habe es auf mich genommen und das Drehbuch des gerade verfilmten Konsalik-Romans *Der rostende Ruhm* gelesen. Ergebnis: Der Inhalt des Drehbuchs hat nichts, aber auch gar nichts mit Konsaliks Roman zu tun. Das sagte ich dem Gemini-Chef Gerhard Schmidt am Telefon und versprach, dies mit einem Zitatvergleich aus Roman und Drehbuch zu belegen.

Doch da kam ein Fax von Gemini: »Nach Rücksprache mit unserem französischen Coproduzenten müssen wir Ihnen hiermit aus urheberrechtlichen Gründen ausdrücklich untersagen, wörtliche Zitate aus der Ihnen vorliegenden Übersetzung des Originaldrehbuchs zu ›DR. BERG‹ (›LA PASSION DU DR. BERGH‹ von Christian Rullier und Viviane Zingg) ... zu veröffentlichen.«

Ja, es war ein Fehler, ich hätte dem Gemini-Chef besser nicht die Frage gestellt, worin denn der Konsalik-Roman *Der rostende Ruhm* und das Gemini-Drehbuch »Dr. Berg« überhaupt noch übereinstimmten. Das brachte ihn in Verlegenheit, Schmidt wörtlich: »Der Grundkonflikt ist für mich ein Mediziner in einer Lebenskrise. Er versucht, durch private Verstrickungen sich aus dieser Krise zu befreien und gerät damit in noch schlimmere Probleme, bis er zum Schluß weiß, wo es langgeht. Das ist die Basis der Geschichte, und wir haben versucht, sie mit einem sehr aktuellen Konflikt in der Pharma-Industrie, nämlich dem Kampf der Konzerne zwischen Gen- und Chemotherapie, der sehr aktuell ist, zu verflechten.«

Der privat verstrickte Mediziner? Da müsse er doch dann auch an ein paar Dutzend Heftchenproduzenten Alimente zahlen, sagte ich dem Gemini-Chef – das Verbots-Fax war die Antwort.

Geblieben im Drehbuch ist einzig der Name und Beruf des Helden, und schon die Journalistin, mit der vereint Dr. Bergh am Ende den Roman verläßt, heißt nicht mehr Gabriele Orth, sondern Gabrielle Calderon, und die arbeitet auch nicht beim »Wiener Morgengruß«, sondern bei »Le Matin de Marseille« – aber das ist auch schon alles, was wenigstens noch entfernt miteinander zu tun hat. Wenn wir uns vorstellen, Volker Schlöndorff hätte in seiner *Blechtrommel*-Verfilmung einen Riesen namens Oskar Matzerath mit einem Spielzeugpanzer im Irak gegen Saddam Hussein kämpfen lassen – dann haben wir den Salat, den Gemini aus Konsalik gemacht hat. Freuen darf sich nur die Pharma-Industrie, die auf die Gentechnologie setzt. Für sie macht das Drehbuch soviel PR, daß von Rechts wegen die Hoechst AG und nicht der Steuerzahler die Fördermillionen hätte spendieren müssen. Nur – auf solches Product Placement konnte Konsalik, als er im 1960 veröffentlichten Roman seinen Arzt gegen die Chemotherapie wettern ließ, noch nicht kommen. Also auch hier keinerlei Ähnlichkeit von Roman und Drehbuch.

Es ließe sich sogar zeigen, daß Wolfgang Bittner Unrecht hatte, als er fürchtete, Konsaliks zutiefst chauvinistisches Frauenbild könne auch im Drehbuch durchschlagen. Die von Bittner aus dem Roman zitierte »heiße Hündin«, die sich dem abwehrenden Dr. Bergh wie ein »festgebissenes zappelndes Tier« an den Hals wirft, ist im Drehbuch spurlos verschwunden, obwohl es sich doch um die handlungstragende – verstrickende – Gegenfigur zu Dr. Bergh handelte.

Was also hat der kommende Film mit Konsalik zu tun? Nicht einmal des Gemini-Chefs karger Hinweis auf eine Übereinstimmung ist ungelogen, demzufolge der Held beider Texte am Ende wisse, wo es langgeht. Das weiß er nur im

Drehbuch. Dort macht sich Dr. Bergh mit der Journalistin Gabrielle auf den Weg aus Frankreich zurück nach Deutschland und sagt etwas, was ich nicht zitieren darf, was sich aber zulässigerweise so umschreiben ließe, daß er die Vermutung äußert, Appetit zu haben und trotzdem seine Nahrungsaufnahme bei so etwas wie McDonald's tätigen möchte. Er hat also tatsächlich am Ende ein Ziel vor Augen, und damit endet der für die Gentherapie nachdrücklich werbende Film.

Wie anders Konsalik, der Dichter. In seinem Original verläßt Dr. Bergh die Wiener Heimat samt Europa, um eine Klinik in Toronto zu übernehmen. Er steht an der Reling, schaut zurück, Gabriele tritt beiseite: »Sie wußte, daß er jetzt allein sein mußte. Der Seewind flatterte durch seine weißen Haare. Er zuckte zusammen, als jemand seine Beine berührte. Afra stand neben ihm und rieb den Kopf an seinem Bein. ›Recht hast du‹, sagte er leise. ›Knochen gibt's überall.‹ Dann mußte er lachen. Aber die Leere blieb...«

Und wer sonst – anstelle dieser leidvollen drei Punkte – könnte uns besser ermessen lassen, daß Dr. Bergh am Ende nicht mehr weiß, wo es langgeht.

Noch einmal: Der Roman hat mit dem Drehbuch nichts zu tun. Wo Konsalik draufsteht, ist kein Konsalik drin. Der Film ist ein Betrug an jedem, der in der Hoffnung oder Befürchtung einschalten wird, einen Konsalik zu sehen. Die einzige vollkommene Übereinstimmung: Müll ist beides.

Aber warum das alles? Warum für etwas zahlen, was man gar nicht nimmt? Und warum entzieht Konsalik dem Gemini-Chef nicht sein Vertrauen? Seine Tochter Dagmar Günther-Konsalik, die mit ihrer Filmproduktion DGK an dem Projekt beteiligt ist, erklärte letztes Jahr im Gespräch mit der »Welt«: »In Gerhard Schmidt, dem Chef der Gemini-Produktion habe ich den idealen Partner gefunden. Vor allen Dingen hat er das Vertrauen meines Vaters.«

Wie kann man das Vertrauen eines Autors erringen, dessen Namen man als Etikett für ein völlig anderes Produkt mißbraucht? Da gibt es nur einen vernünftigen Grund: die *caritas*. Doch zuvor ein notwendiger Exkurs über die *invidia*.

Die »Bunte«, ein deutsches Kulturerzeugnis für »leute von heute«, fragte kürzlich: »Ist er der Arzt von Faschistograd?« und antwortete: »Neid ist eine der sieben größten Dummheiten der Menschheit. Der Kölner Autor Wolfgang Bittner nennt Konsaliks Romane ›faschistoid‹«, der russische Schriftsteller Lew Kopelew, 84, bezeichnet sie als Mischung von ›Gartenlaube-Sentimentalität und Wehrmachtsberichten‹, und ein Feuilletonist der ›Zeit‹ behauptet sogar, Konsalik sei ein ›Gestapo‹-Mann. Anders gesagt: Drei kommerziell wenig erfolgreiche Autoren schimpfen auf einen kommerziell sensationell erfolgreichen Autor (80 Mio. Auflage), und das nennt man Neid.«

Die »Bunte«-Maxime zur Literaturkritik ist in dem Gemeinwesen, in dem zu leben wir den Vorzug haben, staatsbürgerlich wertvoll: Ein Kritiker darf nur dann einen Autor bemäkeln, wenn dieser weniger verdient. Verdient er mehr, dann handelt es sich nicht um Kritik, sondern um Neid.

Das ist einsichtig. Aber wir müssen uns gerade deshalb kein schlechtes Gewissen machen. Das Munzinger-Archiv vom 30. Dezember 1993 vermerkt über die finanzielle Lage des achtzigfachen Auflagenmillionärs und dreifachen Verlagsbesitzers: »Finanzielle Probleme tauchten auf, als K. 1983 durch falsche Anlagenberatung 9 Mio. DM verlor. 1990 kaufte der Hamburger Bauer Verlag über die Tochter Verlagsunion Pabel-Moewig die drei Konsalik-Verlage Hestia, Diana und Neff zu einem nicht näher genannten Millionenpreis auf. Nach Aussagen von K.s Ehefrau, die für ihn die Buchhaltung und das Archiv führt, jedoch seit 1988 getrennt lebt, wurden das Haus in Düsseldorf, die Wohnung in Oberkassel, das Ferienhaus auf Teneriffa und das Schweizer Chalet der Bank übereignet.«

In einem Gespräch mit »Bild am Sonntag« vom 3. Oktober 1993 jammerte Konsalik: »Um elf Millionen bin ich beschissen worden.« Das Blatt erläuterte: »Ein Schweizer Anlageberater hat sie veruntreut, sich damit nach Afrika abgesetzt. Seit Jahren trägt Konsalik nun auch noch Steuerschulden ab.« Und die »Bunte« selbst fragte am 14. Oktober 1993: »Warum ist Konsalik pleite?« Antwort: »Erst ließ sich der König der Bestseller um Millionen prellen und dann das eigentliche Verhängnis: Er verliebte sich in eine 28jährige Chinesin.«

Der Schicksalsroman am eigenen Leib, die »Bunte« erzählt ihn ohne Neid: »Die junge Chinesin lebt mit Konsalik am Attersee in Österreich. Ehefrau Elsbeth Konsalik ist empört, nennt ihren Mann, mit dem sie seit 1948 verheiratet ist, einen ›Nymphomanen‹. Konsalik muß ihr im Monat 28.500 Mark zahlen: Notverkäufe der Häuser. ... Der Bezirkshauptmann von Vöcklabruck fürchtet, daß die Chinesin dem österreichischen Steuerzahler zur Last fallen könnte: die Konten bei der Raiffeisen-Landesbank und der Raiffeisen-Kasse überschuldet, das Haus steht zum Verkauf.« Ein Leben zum Erbarmen, »Bunte«: »Zwei karge Zimmer sind alles, was dem Schreiber mit den goldenen Fingern geblieben ist.«

Na also, ihm geht's, nach den Recherchen des einschlägigen Organs, schlechter als uns, wir dürfen ihn daher unbeschwert kritisieren. Kein Neid also, allenfalls wurmt ein wenig, daß es nicht uns, sondern ihm gelungen ist, eine bislang unbekannte männliche Form der Nymphomanie zu genießen.

Doch nun zur *caritas*. Wir wissen: Die Versicherung, die außen – ich zitiere nichts vom Text innen – auf dem deutsch-französischen Drehbuch steht: »Nach einem Roman von H.G. Konsalik«, ist Betrug und nichts anderes. Einzig und allein der gute Name des Gestapo-Veteranen Konsalik soll in Frankreich für unser neues großes Deutschland werben.

Aber dafür Millionen aus öffentlichen Mitteln? Die Wahrheit ist, jetzt beim Umbau des Sozialstaates kommt es darauf an, nicht mehr mit der Gießkanne jeden und alle mit staatlichen Wohltaten zu bedenken. Nur wer wirklich in Not geraten ist, der soll dafür auch ein kräftiges Almosen bekommen. Von den vier Millionen, die Nordrhein-Westfalens Filmstiftung für die in Konsaliks Namen gedrehten Filme spendiert, geht ein ansehnlicher Teil – die Höhe des Betrags mag der Gemini-Chef nicht nennen – als Honorar für die Verfilmung oder Nichtverfilmung an den sicherlich noch immer notleidenden Konsalik. Um ihn zu beruhigen. Konsalik-Schlagzeile der »Hamburger Morgenpost«: »Die Steuern bei uns regen mich maßlos auf!«

Direkt verantwortlich für den Millionen-Deal ist als einer der Gesellschafter der Filmstiftung der NRW-Wirtschaftsminister und Dauerkronprinz Wolfgang Clement. Von einer »Verschwendung von Steuergeldern«, spricht inzwischen auch sein Parteifreund, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Peter Struck, einer Verschwendung, die »nicht allein mit Dummheit« zu erklären sei. Struck meinte damit allerdings nicht, daß Clement von Unvernunft und anderem – was bloß? – beherrscht sei. Er meinte vielmehr – und das ist verständlich – den CSU-Entwicklungsminister Carl Dieter Spranger in Bonn. Der hat ein anderes Zeugnis deutscher Kultur, die ARD-Serie »Klinik unter Palmen« mit dem notorischen Schwarzwalddeppendarsteller Klausjürgen Wussow, durch 276.000 Mark Entwicklungshilfe gefördert. Struck: »Nach einem solchen groben Unfug darf man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.«

Da wußte der SPD-Mann vom gröberen Unfug noch nichts. Als er schließlich davon erfuhr, sagte er mir: »Keine müde Mark – für Wussow nicht und für Konsalik schon gar nicht.«

Otto Köhler schrieb in KONKRET 11/96 über den Prozeß gegen Safwan Eid

Konkret 12/96, S. 56

Werner Fleischer

K□ nst, die siegen hilft

Eine Berliner A□ sstell□ ng erinnert an den Kampf des de□ tschen Kaiserreichs gegen den Einfl□ □ der □ □ meist a□ sl□ ndi Moderne a□ f die □ de□ tsche K□ nst□ . Ein Bestreben, das □ □ r Zeit in der Forder□ ng nach Q□ oten f□ r de□ tsche Lieder-Filmemacher seine Fortset□ □ ng findet

»Die Kunst soll mithelfen, erzieherisch auf das Volk einzuwirken, sie soll auch den unteren Ständen nach harter Mühe und Arbeit die Möglichkeit geben, sich an den Idealen wieder aufzurichten. ... Wenn nun die Kunst ... weiter nichts tut, als das Elend noch scheußlicher hinzustellen, als es schon ist, dann versündigt sie sich damit am deutschen Volke. Die Pflege der Ideale ist zugleich die größte Kulturarbeit, und wenn wir den andern Völkern ein Muster sein und bleiben wollen, so muß das ganze deutsche Volk daran mitarbeiten, und soll die Kunst ihre Aufgabe voll erfüllen, dann muß sie bis in die untersten Schichten des Volkes hindurchgedrungen sein.«
Wilhelm II., 1901

Jeder Besucher Berlins wird zur Zeit Zeuge, wie einmal mehr in diesem Jahrhundert eine Hauptstadt aufgerüstet wird zum Zentrum derjenigen, die Deutschlands Stellung als Weltmacht ins rechte Bild gesetzt sehen möchten. Die Baustellen des Regierungsviertels im Ensemble mit restauriertem Brandenburger Tor, Quadriga, Neuer Wache, Dom und Monumentalbauten preußischer Herrschaft verkünden: Hier entsteht die Hauptstadt der Weltmacht Deutschland. So daß sich das Auge des Betrachters bei all diesen Hymnen in Stahl und Stein samt draufgesetzten Fahnen geradezu ausruht und entspannt beim Anblick des DDR-Palastes der Republik.

Und dieses Stadtbild zeigt: Auch die neue deutsche Geschäftsordnung bedarf einer verbindlichen und effektiven Bildsprache zur Reproduktion der Zustimmung der Untertanen zu ihrem Nationalstaat. Die mächtigen Bedeutungs- und Verweissysteme der Bildsprachen und Zeichen werden gegenwärtig wieder einmal auf ein angeblich Spezifisches renationalisiert, welches Anerkennung als »Kultur« und »kulturelle Identität« finden soll und findet. Eine besondere Aufgabe kommt in diesem Zusammenhang der Vereinbarung und Verabredung darüber zu, welche Bilder bzw. Abbilder und Erscheinungsformen als Kunst erkannt werden und wer sich über diesen Diskurs als Künstler legitimieren kann. Dazu gehört ein Ausweis der Fähigkeit, die nationalisierte Kultur historisch zu stützen und die Bildsprache ihrer eigenen Geschichte als eines der zentralen Repräsentations- und Symbolfelder zu beherrschen. Die Auseinandersetzung um ästhetische Hegemonie hängt u.a. davon ab, wie weit die soziale Hierarchisierung der erinnerten Erfahrungen der Menschen vollzogen ist und in welchem Ausmaß ihr Gedächtnis vereinheitlicht wird. Dies unter anderem ist das Thema einer Ausstellung, die zur Zeit in der Alten Nationalgalerie in Ber-lin gezeigt wird: »Manet bis van Gogh. Hugo von Tschudi und der Kampf um die Moderne«.

Die Ästhetik als Repräsentanz und Transportmittel von Macht bzw. die Ästhetisierung der (Staats-)Gewalt wußte bereits die kaiserliche Reichsregierung des 19. Jahrhunderts einzusetzen. Der 1876 fertiggestellten Nationalgalerie kam die Aufgabe zu, das fünf Jahre zuvor als »Deutsches Kaiserreich« konstituierte Deutschland nachträglich mit zu begründen: »Der Deutschen Kunst 1871« verkündet die Giebelinschrift dieses Monuments eines mächtigen neuen Nationalstaats, der die Kunst dem deutschen Wesen verpflichtete. Allerdings wären Bau, Einrichtung und Ausstattung des neuen Kunstmuseums ohne die Sammler und Mäzene des Bürgertums nicht möglich gewesen. Der Konflikt zwischen kunstliebender, wohlhabender Bildungsbürgerelite und deutschnationaler, völkischer Tradition der Staatsführung begleitet von nun an die Entwicklung des Kunstbetriebs in Deutschland.

Daß jenes deutsche Bekenntnis am höchsten Punkt der Berliner Museumsinsel programmatisch zu verstehen war, zeigte der Umgang mit Kunst in den nächsten Jahrzehnten. Der 1896 zum Direktor der Nationalgalerie berufene Hugo von Tschudi begann, mit ausschließlicher Unterstützung durch private Spender, internationale zeitgenössische Kunst zu kaufen und auszustellen. Tschudi repräsentierte bereits ein neues, der bürgerlichen Aufklärung nahestehendes Verständnis des Museumsbetriebs. Ohne selbst akademisierter Malerprofessor zu sein, pflegte er weltgewandt und mehrsprachig Kontakte zur internationalen Kunstszene und plädierte für eine ästhetisierende, den autonomen Status des Kunstwerks und des Künstlers betonende Sicht der künstlerischen Arbeit.

Mit seiner Forderung nach einer national verpflichteten, »schönen« Kunst reagierte Wilhelm II. anläßlich der Einweihung der Siegesallee 1901 öffentlich auf die von Tschudi vertretene Auffassung, »Nationalität« sei ein rein äußerliches Merkmal von Kunst. Der Einkauf von Werken des französischen Impressionismus bzw. Neo- und Postimpressionismus und deren Neuhängung, der deutsche Maler wie Cornelius weichen mußten, forderte die Deutschtümler heraus, mit dem Kaiser an der Spitze. Tschudi mußte sich rechtfertigen, ob er etwa »ausländische« Kunst der deutschen vorziehe. Insbesondere die des »Erbfeindes« Frankreich, in dessen Hauptstadt Tschudis Vorgesetzte schließlich ihr Deutsches Reich proklamiert hatten. Wovor die deutsche Bevölkerung ihrer Meinung nach geschützt werden sollte, waren Werke von Manet, Cézanne, Courbet,

Gauguin, van Gogh u.a. Die Herkunft der Bilder begründete Vorbehalte gegen Bildinhalte und Formen, die die eigenen Wertsetzungen »Nation«, »Idealismus«, »Schönheit« (Wilhelm II.) konfrontierten mit einer Sicht der Wirklichkeit, die alltägliche Lebenswelten (Gesellschaft und Individuum, städtisches Leben und Landschaft, Geschlechterverhältnis und Sexualität) künstlerisch reflektierte und übersetzte.

Die im preußischen Landtag diskutierte Forderung, die Nationalgalerie zu »säubern«, beschreibt die Phantasien und ideologischen Grundlagen des deutschen Spießers: Worte wie »Schund«, »Schmutz«, »Dreck«, »Schande«, »Blasphemie«, »triebhaft«, »violette Schweine« charakterisieren den Amoklauf vor allem gegen sexuell-erotisch verstandene Bildaussagen. Religiöse Ursprungsmythen und biologistische Naturwissenschaft schufen bereits die rassistische Grundlage der Blut-und-Boden-Ideologie. Bereits 1892 hatte Max Nordau sein Buch *Entartung* veröffentlicht, in dem der Impressionismus als »Verfallskunst« und Tschudis Arbeit mit Krankheitssymptomen belegt wurde. Im gleichen Jahr wurde auf Veranlassung des Hofmalers Anton von Werner, dem Vorsitzenden der Kunstakademie und der Landeskunstkommission, eine Munch-Ausstellung vorzeitig geschlossen, die von Werner als »Schweinerei und Gemeinheit« bezeichnete. In Deutschland lebende Künstler wie Liebermann und Corinth, die in Opposition zur offiziellen Akademiekunst eigene Künstler-Vereinigungen □ die Sezessionen □ gründeten, hatten wiederholt Probleme, wenn ihre Arbeiten nicht der »Treue zum Vaterland« genügten und nicht dazu beitrugen, das »Volk zu einen« und zu versöhnen mit seinem Untertanen-»Schicksal«.

Die Entstehung der Institution des Kunst-Museums begleitete die Konstitution des reaktionären deutschen Nationalstaats, mußte doch das Konstrukt »Nation Deutschland« in eine Erzählung gefügt werden, die sich durch eine Geschichte des spezifisch Deutschen legitimieren ließ. Die angebliche Verwurzelung in einer »deutschen Kultur«, die von Christianisierung, Karl dem Großen über Luther (und der Begründung des deutschen Antisemitismus) zur Weimarer Klassik führte, verlieh der »Kulturnation« noch vor der politischen Nation Geltung. Der deutsche Kulturimperialismus wurde an seiner Forderung kenntlich, daß am »deutschen Wesen die Welt genesen« möge. Und zugleich kompensierte der nationale Wahn in Bildern, Kulten und Worten, was politisch mißlang: stärkste Weltmacht zu werden.

Die Bourgeoisie war gespalten, was so manche »Säuberungsaktion« verhinderte: Industrialisierung und Urbanisierung, der deutsche Imperialismus und die sich herausbildende neue kapitalistische Weltordnung hatte Industrielle und Kaufleute mächtig gemacht, der Nationalstaat und seine Apparate garantierten den Gewinn, politisch stand die Bildungsbürgerelite auf Seiten des Kaisers. Die Märkte jedoch funktionierten international, der »Fortschritt« wurde kulturell als »Moderne« identifiziert, sein Ausdruck im Bild vertrug keine national-bornierte, antiliberale, repressive Engstirnigkeit. In den Salons, Privatbibliotheken und Direktorenbüros einiger Kreise des Großbürgertums hing folglich, was neu und experimentierfreudig den Aufbruch der neuen Mächtigen akzentuierte.

Die rasante Produktivitätsentwicklung und die sich verschärfenden Klassenkämpfe forcierten den Zusammenschluß der Arbeiterklasse in sozialistischen Massenorganisationen. Die dort entstehenden Bildprogramme, Embleme und Symbolvorräte (Proletarier aller Länder, vereinigt euch!) beantwortete der wilheminische Staat zum einen mit den Sozialistengesetzen, deren argumentativer Impuls gegen die »Vaterlandsverräterei« zum anderen die Bildung staatlicher Institutionen des »Vaterlands« erforderlich machte.

Im gesamten Reichsgebiet entstanden Kunstmuseen, die rasch ein Millionenpublikum anzogen, und wie in Berlin kämpfte das aufgeklärte Bildungsbürgertum auch andernorts gegen die damit verbundenen deutschnationalen Haßtiraden. Als Gustav Pauli, Direktor der Kunsthalle Bremen, 1910 einen van Gogh mit Hilfe von Spenden erwarb, ergriffen Künstler, die sich zum Deutschtum bekannten, das Wort. Auf Initiative des Worpsweder Malers Carl Vinnen verfaßten sie 1911 die Schrift »Ein Protest deutscher Künstler«. In diesem Aufruf zu einer landesweiten Kampagne wurden wesentliche Überzeugungen des »gesunden Volksempfindens« formuliert: 1. die Leugnung der Existenz von Kunstwerken als Kunst; van Gogh, und erst recht Matisse und Picasso (mit dem Jahr 1907 hatte der Kubismus begonnen), seien unkünstlerisch. 2. Der völkische Rassismus. Die inkriminierten Kunstwerke führten zu »Unfruchtbarkeit« und trügen den »Todeskeim« in sich. Sie gefährdeten das »außerordentliche Große der Expansion und Aufnahmefähigkeit der germanischen Rasse«. 3. Der Verschwörungs- und Opferwahn. Die Bestückung deutscher Museen mit ausländischer Kunst würde von wenigen Händlern und einigen intellektuellen Kritikern gesteuert, die zudem viel zu hohe Preise verlangten. Für derartige Preise solle nur deutsche Kunst gekauft werden. Als Grund für den Rausschmiß Tschudis 1909 aus der Nationalgalerie (er ging nach München und hatte dort bis zu seinem Tod 1911 die gleichen Schwierigkeiten) nannte die Wochenzeitung »Der Morgen« die Verbundenheit Tschudis mit jüdischen Sammlern und Kunstförderern. 4. Der Antiintellektualismus. Gute Kunst mit »wirklichen Werten« brauche keine Worte, das Neuerertum bedürfe dagegen der Interpretation □ eine Anschauung, die bis heute in der empörten Frage »Das-soll-Kunst-sein?« sich kundtut. Vinnens Pamphlet beantworteten noch im selben Jahr Künstler, Galeristen, Sammler und Schriftsteller mit der Publikation »Im Kampf um die Kunst« sowie mit dem etwas später erscheinenden Almanach »Der Blaue Reiter«, in denen u.a. Marc, Kandinsky, Macke, Klimt, Lichtwark, Cassirer, Tschudi, Liebermann, Slevogt, Corinth und Meier-Graefe zu Wort kamen.

Der Kulturkampf gegen die moderne, »ausländische« Kunst, der durchaus Zustimmung bei großen Teilen der Bevölkerung fand, sollte, wie gegenwärtig etwa die Initiative des Quotensängers Heinz Rudolf Kunze, »deutsch« empfindenden Künstlern ein geregeltes Einkommen garantieren. Die neuen Macht- und Besitzverhältnisse veränderten allerdings den traditionellen Status künstlerischer Arbeit, die neuen Bedingungen kultureller Mehrwertproduktion ließen die Zahl der Kunst-Produzenten sprunghaft wachsen, die sich von nun an als autonomer Künstler, »Märtyrer«, »Einzelgänger« oder als »Künstlergruppe« auf dem Markt verkaufen mußten. Neue technische und graphische Reproduktions- und Druckverfahren ermöglichten Massenauflagen von Abbildungen und Illustrationen. Panorama, Photographie und Film entfalteten ihre Möglichkeiten als Medien der Bildwiedergabe. Die Verleger, Kunsthändler und Sammler errangen Reichtum und Reputation in der Kulturindustrie, wenn sie die Nachfrage nach dem »Modernen« bedienen konnten und weltweit agierten. Mit ihrer Quotenforderung phantasierten sich deutsche Künstler zu Opfern »ausländischer« Bedrohung und entsprachen damit der irrationalen Demagogie, mit der die Deutschen den Ersten Weltkrieg vorbereiteten. Der Anteil nichtdeutscher moderner Kunst in den Museen blieb gering.

Historienmaler wie von Werner (als sein Hauptwerk gilt die »Proklamierung des Deutschen Kaiserreiches«) nahmen in ihren Arbeiten die »Bewegung« des Nationalsozialismus vorweg. Ihr Protest gegen Tschudis Bemühungen endete in der »Arisierung« der Kunstsammlungen unter dem Schlagwort »Entartete Kunst«. Werke von van Gogh, Matisse, Degas, Picasso, die Tschudi, Lichtwark u.a. gesammelt hatten, wurden zur Beute der nationalen Erhebung.

Die Berliner Ausstellung trägt den Titel »Kampf um die Moderne«, wohl in der Annahme, Deutschland habe schließlich doch noch Anschluß gefunden und den Kampf mit sich selbst letztlich gewonnen. Diese historisierende Sicht unterschlägt den Kontext, in dem sich die Ausstellung heute situiert. Mit dem die Tatsachen verdrehenden Kampfbegriff »Beutekunst« fordert man von denen Kunstwerke zurück, die den »Kampf um die Moderne« millionenfach mit ihrem Leben bezahlten. So führt denn der Katalog in der Liste Bremer Erwerbungen »ausländischer« Kunst auch auf: »... 1910 Paul Gauguin, Stilleben, (Kriegsverlust), ... Claude Monet, Der Park (z.Zt. Eremitage, St.Petersburg), ... Pierre-Auguste Renoir, Damenbildnis (z.Zt. Puschkin-Museum, Moskau).«

Die Auseinandersetzung um die Geltung des »Deutschen« in der Kunst, die vor 100 Jahren einen ersten Höhepunkt erlebte, setzt sich heute fort. Längst sind nationale Rhetorik, Heimatmelodien und völkische Bekenntnisse in den Künsten wieder attraktiv und rentabel geworden. Deutsche Schriftsteller, deutscher Pop, deutscher Film □ bald wieder »deutsche Kunst«?

Die Ausstellung in der Berliner Nationalgalerie läuft bis zum 6.1.1997; anschließend in München, Neue Pinakothek, vom 24.1.1997 bis 11.5.1997. Der Katalog kostet 48 Mark, Buchhandelsausgabe 98 Mark. Berlin-Besuchern sei in diesem Zusammenhang die Ausstellung »Marianne und Germania« im Gropiusbau empfohlen.

Werner Fleischer ist Buchhändler und lebt in Hamburg

Konkret 12/96, S. 59

Horst Toma er

Toma ers ehrliches Tagebuch

Er war ein Zier- und mithin ein vom Verzehr befreites Wirbeltier. Und – er hatte es mit Stühlen. Besonders den von meinem Vater, den gebenedeiten Polsterer, mit barock geblümten Stoff bezognen Stuhl besprang er nach einer kleinen, von mir gestifteten Leberkäsbrotzeit, gern. Seine Eltern hatten ihn in einen vornehm wirkenden grauen Pelz und in vier prächtig weiße Treter gesteckt. Schon in früher Jugend begriff er, daß die Katzenpopulation die der gefiederten Sänger nicht überdominieren dürfe; so schickte er sich miaulos in die Kastration. Im Lauf der Zeit erarbeitete er sich ein halbes Dutzend Freß- und Schlafplätze im Haus und in der Nachbarschaft. Seine Nahrungspalette reichte von vom Menschen Serviertem bis hin zu Libellen und Blindschleichen. Er war verkehrsfirm. Oft wurde beobachtet, wie er beim Überqueren der Ortsdurchfahrt hinüber zum Wassergrundstück des Metzgers G. wie ein Menschenkind erst nach links und dann nach rechts sicherte. Sein Abtrittverhalten war exorbitant. Groß wie Klein löste er sich nie in den Kohlrabipetersilienbeeten, dito nicht auf meiner Vierzigquadratmeterliegewiese, sondern stets außer Blick- und Tritt- und Geruchsfeld irgendwo unter den in den Endmoränenhang gekrallten Buchen- und Kastanienbäumen fernab von mensch. Anforgettibäl seine praktisch ansatzlos eingesprungnen Bögen vom Johannisbeerbeet aufs Gartenhausdach. Einmal schlug er, GOtt hatte es ihm aufgegeben, eine Maus; ließ sie aber, satt bereits von verhältnismäßig Vorgekautem aus der Dose, unverzehrt liegen. Tags drauf lockte ich ihn an ein Schälchen Andechsermillich zur Wiederbegegnung mit der Beute. Er wußte von nichts mehr. Mir fiel, well wissend, daß Natur und Gesellschaft inkommensurabel sind, dennoch die deutsche Sozialdemokratie ein. Im Sommer Dieses erkrankte er und verfiel, wiewohl vitaminbespritzt vom Viehdoktor, zusehendst: Gelbsucht! Vier Tage vor seinem Tod legte er sich zufällich auf die Waage, die mir meine Mutter hinterlassen. Und ich las ab von der Skala, daß er, der einst sieben Kilo gebracht, auf Tausendzweihundert Gramm geflohen war. Seine einst abendsternfunkelnden Augen glichen gefrornen Pfützen. Und im Schlurfen knickte er zuneemz ein wie Papier, wenns gefalzt wird. Ja, wie Papier, wenns gefalzt wird. Falzen Sie mal Papier, dann wissen Sie, wie einer Katze beim Abschied von der Welt zumut ist. Wie er die Treppe im Haupthaus hinaufkam, weiß keiner. Mieterin Gräfin Hocker fand, zurück vom Herbstwald-Strawanzen mit ihrer süßen kleinen Sarah, ihn vor, vor der Tür, auf dem Schuhabstreifer, tot. Elf Jahre ist er geworden alt. Und während ich in der Gastwirtschaft »Alter Wirt« jenseits der Amperbrucken mir mich unaufschiebbar dünkende Gedanken machte darüber, ob man Bildbände über Wolfbierschloch Knallhahn und Rodscha Prinz Haszewollnichganzall Wilhelmsen rezensieren soll oder muß oder ob man die Bildbände von diesen Lausbuben diesen Lausbuben einfach nur tschinellenmäßig umme Omme hauen darf, links ein Bildband, rechts ein Bildband, und dann volles Rohr aufs Trommelfell – da hatten meine Lieblingsmieter Rainer, Irmi und Martina den guten alter Kater Sämmy schon vorm Zerschreddern in der Tiermehlmühle bewahrt und ihm ein Vollleibbegräbnis römischkatholischen Ritusses an meiner Gartenmauer geschenkt. Schön haben sie das gemacht...

Jetzt sei einmal, mein liebes muschirosanes, warmhändiges, ohrwaschlaufgesperrtes, volllippiges Tagebuch, wirklich ehrlich und nicht nur so nominal: Würdest du (ganz ehrlich!) nicht genau wie ich auf den Grund des Puddings entsetzt sein, wenn das offiziöse Mitteilungsblättchen deiner Heimatgemeinde zum vergaunertsten Datum der deutschen Kriegsschuldverdrängung, nämlich zum »Volks«-»Trauer«-Tag, dich nötigen würde, in der der Dichte der SA-Reihen postempfundnen »geschlossen« Heit zum »Krieger«-Denkmal anzuteckeln? Wo du doch genau weißt, wie das 14,18 war, als der deutsche Imperialismus die Wildenrother Bauern- und Handwerkerburschen von der Kammerfensterleiter in die anonymen Materialschlachten des industriellen Krieges abberief, zwengs Verwandlung Gefallener in steigende, und zwar Profite. Und wo du dito genau weißt, wie das 39,45 war, als der Nazilandser seine Familie vor Leningrad, das KZ Dachau in Tobruk und Auschwitz auf der Krim verteidigte. Und, liebes Tagebuch, ein letztes Mal ganz ehrlich: Ist das, und jetzt einmal ganz ganz ganz! ehrlich: nicht zum Kotzen, dieser den Stundenlohn und das Ficken verhöhnende Fahnenkokolores? Und ist, endgültig schlußehrlich, zum Brechkübeln nicht diese Scheiße an die verehrte Jugend, ihre Erkenntnisfähigkeit als Roandlkramer in Kriegerhainen auszuloten, mit dem Giaßkannderl in der Hand, ha?

Konkret 12/96, S. 60

Harald Peters

Melodie & Rh□ thmus

Chuck D: Autobiograph□ of Mistachuck; Mercur□

Falls es noch nicht aufgefallen sein sollte: Die große Politik spielt im HipHop derzeit keine Rolle. Das war um 1987 herum nicht unähnlich. Die HipHop-Szene beschäftigte sich damals vor allem mit zwei Fragen: Wie schwer darf eigentlich eine Goldkette sein? Und: Wie kräftig muß der Hals beschaffen sein, der sie trägt? Zumindest für Public Enemy waren die Antworten darauf unerheblich. Statt dessen kleideten sie sich in Militärschick, fuchtelten mit ihren Uzis und veröffentlichten ein Debüt mit Titel »Yo! Bum Rush The Show«. Es sah alles ganz danach aus, als ginge es ihnen um mehr als nur Spaß. Und ihr Konzept hatte Erfolg. Ihr Auftreten erregte Aufmerksamkeit, die Musik sicherte das Interesse, derweil Chuck D dazu wortreich das eigentliche Anliegen der Gruppe formulierte. In eigenen Worten: »Rock the boulevard and treat it like a seminar.«

Doch lang ist□s her. So wie der Marktanteil von HipHop in den letzten Jahren stieg, schwand auch der inhaltliche Anspruch. Mittlerweile reicht der Horizont einer durchschnittlichen HipHop-Platte kaum weiter als bis zur Ampel an der nächsten Kreuzung in der Nachbarschaft im Viertel der Stadt, womit auch die Themenwelt – trotz technischer Brillanz – relativ umgrenzt wäre. Und die geht ungefähr folgendermaßen: Ich mache dies, meine Homies machen□s auch, und zwar jeden Tag, so war es schon immer, und hier wird□s auch so bleiben, ad infinitum.

Was Chuck D wohl dazu sagen wird? Warscheinlich eine ganze Menge. Und sobald man sein Solo-Debüt »Autobiography Of Mistachuck« aufschlägt, ergreift der große Erklärer das Wort. Hier sieht er Verflachung, dort Verdummung und dahinten Regression. »Talk Show Created The Fool« – klar, das Fernsehen ist Schuld und auch die Musikindustrie, die die jungen Rapper verheizt, weil die sich halt verheizen lassen, weil sie nichts über sich wissen, über ihre Geschichte, keinen Stolz haben, nur das schnelle Geld sehen, ganz so, wie man es ihnen im Fernsehen zeigte – nämlich: »Talk Show Created The Fool«. Es hat sich zwar viel verändert, doch verbessert hat sich nur wenig. »Niggativity... Do I Dare Disturb The Universe?« – Nur nicht so kleinlaut, Mr. Chuck, sie gefallen sich doch ganz prächtig in der Rolle des Spielverderbers, oder? Jedenfalls funktioniert »Autobiography« genau so: Hört her, ich hab□s euch ja gleich gesagt. Dabei hängt er diesen Gestus mitunter derart selbstgerecht in den Wind, daß man besser daran tut, das Textblatt zuweilen beiseite zu legen und zur Entkrampfung auch den Gesang nur als Geräusch wahrzunehmen. Der geht dann ohne Punkt und Komma über die Musik, für die Mitstreiter aus Public-Enemy-Tagen zuständig waren. Nicht bahnbrechend, aber angenehm. »Autobiography« klingt zwar nicht wie eine Public-Enemy-Platte, aber sie klingt, wie eine Public-Enemy-Platte klingen könnte. Sie ist weniger bombastisch. Aber Chuck D ist ja heuer auch solo.

Konkret 12/96, S. 60

Harald Peters

Melodie & Rhythmus

Billy Bragg: William Bloke; Cooking Vinyl/Indigo

Wenn sich schon alles ändert, dann wenigstens Billy Bragg nicht. Seit er 1985 seine erste Platte veröffentlichte, hat er sich noch an jeder aktuellen Musikströmung konsequent vorbeigeklampft. Trends kommen und Trends gehen, doch Billy Bragg hält sich tapfer an seiner elektrischen Gitarre fest und singt mit fester Stimme ein einfaches kleines Lied. Mitunter kommen auch Kumpels zur Studiotür herein und tragen eine Trompete, eine Orgel vielleicht oder auch ein anderes Gerät unter dem Arm. Dann begleiten sie ihn bei einem Song, danach verschwinden sie, und schon ist er wieder allein. Billy Bragg ist ein unkomplizierter Liedermacher, und, soviel ist sicher, von Pop versteht er kein Stück. Überhaupt nichts. Wenn die Hörer bei seinen Platten jemals eine Entwicklung festgestellt haben, dann nur deshalb, weil sie sich selbst verändert haben. An den Platten konnte es nicht liegen. Die sind alle gleich. Und so kann man heute das neueste Billy-Bragg-Produkt »William Bloke« auflegen, dann die Nachrichten einschalten, vielleicht die Zeitung aufschlagen und sich wundern, nichts Neues über den britischen Bergarbeiterstreik zu erfahren. Nun, der war ja auch Mitte der 80er. Damals war Billy Bragg irgendwie aktuell. Doch nach allem, was man heute weiß, muß das ein Zufall gewesen sein. Heute singt er: »I’ve got a socialism of the heart.« Das glaubt man ihm gern. Aber war da nicht irgendetwas, so um 89 herum? Hat sich nicht seither die Welt neu geordnet? Das müßte für einen richtigen Herzenssozialisten auch noch sieben Jahre später von Interesse sein. Gibt es dazu eine Äußerung, eine ganz kleine vielleicht? Pustekuchen. Billy Bragg hat fünf Jahre pausiert, um mit »William Bloke« eine ganz besonders zeitlose Platte abzuliefern. Doch Platten, die schon zum Zeitpunkt ihres Erscheinens zeitlos sind, sind meistens egal. Daß sich auf »William Bloke« auch ein paar hübsche Melodien und Texte finden, ist ein anderes Thema.

Konkret 12/96, S. 60

Michael Rudolf

Melodie & Rhythmus

Böhse Onkelz: E.I.N.S.; Virgin

Als vor ich weiß nicht wieviel Jahren ein ich komm jetzt nicht auf den Namen das Ende des Rock'n'Roll postuliert hatte, haben die Böhsen Onkelz wieder mal nicht hingehört, sondern alles Erdenkliche darauf verwandt, ihre rüde Attitüde paßgerecht zu machen und damit, wie sich heute zeigt, auch jedes Wort auf die Goldwaage gelegt. Zu dieser Kapelle ist das Allfällige bereits in KONKRET 2/93 und KONKRET Extra 1/94 geschrieben worden; hier nur noch ein kleiner Nachtrag. Die majorisierten Rüpelz haben offenkundig den Anschluß an ihre alte Szene verpaßt. Denn früher verhielt es sich so, daß die Skinzines Onkelz zitiert haben, nunmehr ist es umgekehrt, wenn überhaupt.

Das aktuelle Songwriting auf E.I.N.S. tut sich schon stark, wenn dreimal in einem Song »Scheiße« vorkommt und einmal »Arschloch«. »Ja, diese Worte sind kraß, verletzend und laut... sagen was sich keiner traut.« – Mannomann!

Durchwabert der Rest von männerbündlerischer Regression. Item ästhetisieren die »fantastischen Vier« (Eigenaussage) erneut die, uihui!, originelle Pose des Einzelkämpfers gegen die ganze Welt, und schuld sind immer die anderen. Ah ja. Bei einer Bruttoregistertonne Schwafelwein wurde angestrengt im Phrasenlexikon geblättert (»Nichts ist so hart wie das Leben... Man muß mehr als alles geben« – »Ein Arschloch, so groß wie ein verdammtes schwarzes Loch«), und dann bekommt der Papst inkl. Kirche so was von sein Fett ab, die Toten Hosen dito und auch »die Meister der Lügen« (die Medien), daß ein Schlottern anhebt überall. Wer solche Feinde hat, braucht keine Freunde mehr.

Musikalisch spielt sich Onkelchenz ganz doll böser Wühltischhardrock in einem dergestalt gesitteten Rahmen ab (obligatorische Ballade, was Bluesiges, Gonzo macht in Sologitarre etc.), daß es nur noch eine Frage der Zeit sein dürfte, wann Marius Müller-Westernhagen als neuer Leadsänger angeheuert wird. Onkelz, Hosen, Kunze, Bap, Pur, alles eine schlammig-schwammige Suppe: Morbus Querdenker, Varietät Rock'n'Roller. Auslaufmodell, daher heiß begehrt. Wenn der Lahmgeist so kollektiv auf dem Vormarsch ist, dann wünschen wir uns luftigen Herzens eine Quote, aber schnell. Damit die Scheiße im Airplay wenigstens wieder auf 40 Prozent heruntergedrückt wird.

Und wenn die Onkelz phänotypisch heute kaum mehr so rechtsradikal scheinen wie ehedem, dann nur, weil sich die Gesellschaft flagrant in Richtung Onkelz entwickelt, so daß der Unterschied kaum noch auffällt. »Mit dieser Band hast du nicht viel Freunde.« Richtig ist, daß es sich genau nicht so verhält. (Schließlich kam die Plattenfirma Virgin zu ihrem Deal nicht wie die Jungfrau zum Kinde.)

Schlagen oder forkeln Sie mich, kämmen Sie mir eine Diederichsenfrisur, es ist so. Ein Trost ist das freilich nicht.

Konkret 12/96, S. 61

Jens Hoffmann

Melodie & Rhythmus

Hüsch, Degenhardt, Neuss, Süverkrüp: Quartett ‘67; Conträr Musik/Indigo

»Wir singen für euch, die ihr die fetten Köter in die Sümpfe jagt, nicht schlafen könnt, wenn ihr an damals denkt, und alle Allesfresser schnarchen hört und nicht auf Tempelstufen hocken wollt, solange der Schlagstock noch die weiße Freiheit regelt, Napalm noch die Speise für die Armen ist, wir singen für euch.« Vier Männerstimmen fliegen hoch. Die Zeilen sind nicht schön, gewiß, aber es wurden in der Zeit um 1968 grauenvollere Lieder zum Thema »Ich engagierter Künstler – Du engagiertes Publikum – Wir jetzt zusammen ganz doll engagiert« verbrochen. Zu ertragen ist dieses 1967 im Sendesaal des Saarländischen Rundfunks aufgenommene Konzert noch heute, weil die vier Musiker nicht so blöd waren, sich selbst für die Avantgarde der Revolution zu halten, und weil sie wußten, daß gut gemeintes politisches Wollen von Kulturlinken immer auf die Fortsetzung des Kapitalismus mit anderen – oft ziemlich scheußlichen – Mitteln hinausläuft.

Neuss, Degenhardt, Hüsch und Süverkrüp kommen aus einem Land, in dem Witz und Humor hauptsächlich von Verdauungsvorgängen inspiriert sind. So wird denn das »Quartett ‘67« immer dort schwer erträglich, wo die Konzertierenden mit ihren Texten die Distanz zum Publikum verringern und alle gemeinsam dann so dastehen, wie sie eben sind: ohne den zarten Schimmer, daß sie auch anders sein könnten. »Hinter verschlossener Tür riecht es deutlich nach großer Kloalition«, »Ihr, die ihr nichts so liebt wie eure eigenen parfürmierten Pöter«, »Ich schlachte jenes Bild noch einmal aus, das sagt, daß unser Land der Arsch der Welt wär! Ich mach mich, vor’s knallt, zum Loch hinaus«, das sind, ergänzt von Degenhardts »Inmitten dreißig Weibern, alle nackt und schwarz und prall...«, Belege für die Annahme, daß in Deutschland Aufklärer kurioserweise von Aufklärung unberührt bleiben.

Es ist witzlos und darüber hinaus Verschwendung von Energie, sich über Dummheiten und Peinlichkeiten aufzuregen, die vor knapp dreißig Jahren in einem bundesdeutschen Rundfunkstudio verhallten. Nur zur Erinnerungsauffrischung sei deshalb erwähnt, daß der Vietnamkrieg auch deshalb schrecklich war, weil Süverkrüp »Er hieß Da Mhin Dschu, war so jung wie du« dazu einfiel. Hüschs »Viele sagen, unser Land sei geteilt. Jeder weiß, unser Präsident ist gerade durch Thailand geeilt« beließ das Publikum schlicht unbelacht – aus welchen Gründen auch immer. Geschmack? A little slow between the ears?

Hinzuweisen ist aber schließlich auf den grandiosen Moment, als Wolfgang Neuss ein köstliches »Ich kann durch einen Wald laufen und völlig falsch betonen und ganz laut _Initiative sagen« ins Mikrophon krähte. Der Mann ist seit sechseinhalb Jahren nicht mehr da.

Konkret 12/96, S. 62

Gabi Hinderberger

Schindlers Liste und die Folgen

Im Frankfurter □kohaus trafen sich vom 1.-3. September mehr als hundert Menschen aus der BRD, der Schweiz und Österreich – zum Training der Interview-Technik für Steven Spielbergs Shoah-Foundation

Zwei Überlebende des Holocaust, viele Nachkommen von Überlebenden, Historikerinnen, Lehrer, Sozialarbeiter und Journalistinnen aus der BRD, der Schweiz und Österreich waren nach Frankfurt gekommen, zum Training bei der »Survivors of the Shoah Visual History Foundation«. Sie alle wollten dazu ausgebildet werden, Überlebende der Shoah, Jüdinnen und Juden, aber auch Sinti, Roma und Homosexuelle zu befragen.

Urheber des Mammutprojekts ist kein geringerer als Steven Spielberg. An ihn hatten sich nach »Schindlers Liste« zahlreiche Überlebende mit dem Wunsch gewandt, über ihre Erlebnisse zu berichten. So entstand die Idee, den Holocaust mit 50.000 Videointerviews zu dokumentieren. Die Foundation stellt »die umfangreichste Bibliothek von Augenzeugenberichten Überlebender zusammen, die es je gab«. Die gemeinnützige Stiftung, deren 35-Millionen-Dollar-Haushalt von der amerikanischen Regierung mitfinanziert wird, digitalisiert und katalogisiert die Videobänder zu einer »digitalen Bibliothek«. »Dieses Verfahren«, glaubt die Stiftung, »archiviert nicht nur die Aussagen für zukünftige Generationen, es macht auch eine einfache Navigation durch Zehntausende von Interviewstunden mit Hilfe von Schlüsselwörtern, Themen, Namen und anderen Kriterien möglich.«

Jedes Interview kann in voller Länge und ungeschnitten oder in Ausschnitten, ausgewählt nach Stichworten, gesichtet werden. Teile der Interviews sollen in Dokumentarfilmen, auf CDs und in Büchern Interessierten aller Altersgruppen zugänglich gemacht werden. Verwahrt werden soll die Bibliothek in Yad Vashem (Jerusalem), im US Holocaust Memorial Museum (Washington), im Simon Wiesenthal Center (Los Angeles), im Museum of Jewish Heritage (New York) und im Fortunoff Video Archive for Holocaust Testimonies (New York).

Dieses Projekt der Superlative muß generalstabsmäßig organisiert werden und benötigt einen riesigen Stab von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die den Erfordernissen der digitalen Auswertung genügen. Die vier US-Vertreterinnen der Foundation, direkt vom Training in Moskau nach Deutschland angereist, wurden nicht müde, ständig und eindringlich darauf hinzuweisen, wie überaus wichtig es sei, sich beim Gespräch mit den Überlebenden sensibel zu verhalten, sie nicht zu verletzen und ihnen für die Mühe, sich dem Schmerz derErinnerung zu stellen, zu danken.

Manche Mitarbeiter der Foundation sind sich bewußt, daß die Rahmenbedingungen des Projekts das verlangte Verhalten nahezu unmöglich machen. Aber auch sie stellen angesichts des großen Ziels ihre Bedenken zurück und suchen die Lösung des Problems in der permanent wiederholten Aufforderung an die künftigen Interwiewer: »Seien Sie einfühlsam. Es ist Ihre Aufgabe, so mit den Überlebenden umzugehen, daß sie sich wohlfühlen.« Sie geben hilfreich Tips wie diesen: »Fragen Sie niemals Überlebende, wie sie sich in Momenten furchtbarer Erlebnisse gefühlt haben. Was können sie anderes antworten als: Wie hätten Sie sich denn gefühlt?!«

Der Ernstfall beginnt damit, daß die Koordinationsstelle des jeweiligen Landes den Überlebenden, die sich an die Stiftung gewandt haben, das Projekt vorstellt und sie fragt, ob sie von einer weiblichen oder männlichen, einer jüdischen oder nicht-jüdischen, einer jungen oder älteren Person befragt werden wollen. Nach Unterzeichnung eines Vertrags kommt es dann zur ersten Begegnung zwischen den Überlebenden und den Interviewern, einer Begegnung, die nicht mal mehr den Anschein eines traditionellen Vorgesprächs hat. Geführt wird ein Vor-Interview auf der Grundlage eines 37-seitigen Fragebogens.

Den Interviewern wird eingeschärft, daß sie einerseits die verschiedenen Daten – insbesondere Zeitpunkte und Orte – so exakt wie möglich erfragen, andererseits bei sensiblen Fragen, beispielsweise die »Angaben zur Familie« betreffend, äußerst vorsichtig vorgehen sollen. Als eine junge Frau erklärt, sie werde den Bogen, der von Computern für Computer gemacht sei, im Vor-Interview auf gar keinen Fall benutzen, obwohl es ihr als Jüdin besonders wichtig sei, daß so viele Überlebende wie noch möglich Zeugnis ablegen, erwidert eine der amerikanischen Trainerinnen, selbst Tochter von Überlebenden, daß ihr ähnliche Zweifel durch den Kopf gingen; im Dienste der Sache sei es aber nun mal notwendig, es liege eben an den Interviewerinnen und Interviewern, das Verfahren mit größtem Anstand durchzuführen.

Das eigentliche Interview findet eine Woche nach dem Vor-Interview statt, nach einem Zeitraum, der mit Blick auf die Überlebenden möglichst kurz ist, um ihre Anspannung nicht übermäßig zu strapazieren, aber lang genug für die Interviewer, um sich intensiv auf die Fragen zur individuellen Geschichte des/der Überlebenden vorzubereiten und die entsprechenden Texte zu lesen. Die Interviewer sollen sich nicht mit historischen Rahmenbedingungen aufhalten, sondern nur Informationen »aus erster Hand« sammeln, also solche, die von den Befragten selber erlebt wurden. Das Interview soll in der Regel zwei Stunden dauern – 30 Minuten Vorkriegszeit, 60 Minuten Kriegszeit, 30 Minuten Nachkriegszeit. Eine Überziehung ist nur dann möglich, wenn man aufgrund der im Vor-Interview gesammelten Informationen zu dem Urteil kommt, daß zwei Stunden nicht ausreichen. In diesem Fall ist die Koordinationsstelle rechtzeitig zu verständigen, denn

erstens muß das Kamerateam dann mehr als vier Kassetten mitbringen und zweitens mehr Zeit als üblich. Normalerweise werden diese Teams für zwei Interviews am Tag eingeteilt.

Ein Interview bedeutet mindestens eine Woche Arbeit, ein Aufwand, der mit 50 Dollar entschädigt werden kann. Generell erwartet die Stiftung, daß die Interviewer umsonst arbeiten und auch die Kosten für Anreise und Unterbringung während der drei Trainingstage selber tragen. Nur wer deutlich sagt, daß sie oder er dazu nicht in der Lage ist, wohnt auf Kosten der Stiftung in verschiedenen Hotels, sechs davon im Frankfurter Hof, in dem auch die US-Vertreter/innen residieren, für 500 Mark pro Person und Nacht.

Der Teil des Trainings, der in großer Runde stattfindet, wird mit einem Referat über »Psychologische Fragen/Probleme« abgerundet. Die Unterrichtung in Verhaltens- und Interviewtechniken reichte vom Verbot, Antworten mit zustimmenden Lauten zu begleiten, über Hinweise auf unbedingt respektvollen Umgang mit weinenden Interviewpartnern bis zur Aufforderung, ständig nicht nur die eigene Körperhaltung und Mimik zu kontrollieren, sondern auch auf die des Gegenübers zu achten – es sei nämlich wissenschaftlich erwiesen, daß Kommunikation zu 60 Prozent von Körpersprache, zu 30 Prozent von Stimme und Tonfall und nur zu 10 Prozent von Worten und ihrem Inhalt bestimmt werde. Weil dies so sei, und weil Erinnerung an Töne, Gerüche und Bilder sich in Mimik und Gestik widerspiegele, bleibe nicht nur die Kamera zwei Stunden darauf fixiert, sondern würden auch später keine anderen Bilder zwischengeschnitten. Andere Eindrücke seien erst in den letzten Minuten gefragt: »Am Ende des Interviews werden Fotos und Schriftstücke mit den Erläuterungen des/der Überlebenden aufgenommen. Es steht dem/der Überlebenden frei, Familienangehörige zu bitten, während der letzten Momente des Interviews vor der Kamera zu erscheinen«, heißt es im Merkblatt der Stiftung, deren Stab überzeugt ist, mit diesen Videointerviews eine höhere Form von »oral history« entwickelt zu haben. Stiftungs-Gründer Spielberg mit Blick auf das angestrebte Ergebnis: »Dieses Archiv enthält die Vergangenheit, so wie sie von Menschen erzählt wurde, die sie erlebt und überstanden haben. Es ist wichtig, daß wir ihre Gesichter sehen, ihre Stimmen hören und verstehen, daß die Schrecken des Holocaust Menschen wie uns widerfahren.«

Nach der Einweisung in die Grundlagen sollen überschaubare Kleingruppen Ausschnitte aus Interviews schriftlich und mündlich kommentieren, um zu zeigen, was sie gelernt haben und ob sie für die Arbeit qualifiziert sind. Es wird ein Interview gezeigt, in dem ein ungarischer Überlebender bereits in den ersten Minuten trotz Fragen nach Vorkriegserlebnissen immer wieder auf 1941 zu sprechen kommt. An diesem Beispiel wird den Trainees einerseits beigebracht, nicht auf den 30 Minuten Vorkriegszeit zu beharren, wenn sie damit den Überlebenden zu stark bedrängen würden, und andererseits angeraten, mit kleinen konkreten Einwürfen oder überraschenden Fragen den Interviewten zunächst bei der Schilderung seiner Vorkriegserlebnisse festzuhalten. Auf die Frage, warum ein Überlebender, dem die Ereignisse von 1941 so sehr unter den Nägeln brennen, diese nicht zuerst berichten und die Schilderung der Vorkriegszeit nicht später nachgeholt werden kann, antwortet der Trainer, daß eine chronologische Reihenfolge eben leichter in den Index zu integrieren sei. In einem anderen Interviewausschnitt antwortete ein tschechischer Überlebender auf die Frage nach seinen Lebensumständen vor dem Krieg, diese seien gut gewesen, weil die Tschechoslowakei ein freies und demokratisches Land gewesen sei. Auf diese Äußerung, sagt die Trainerin, dürfe nicht weiter eingegangen werden, nur die direkt persönlichen Erlebnisse seien von Bedeutung.

Höhepunkt der Frankfurter Übungen in Kleingruppen ist ein Probe-Interview mit einer/einem Überlebenden. Alle Überlebenden, die dazu bereit sind, haben sich dem Videointerview bereits gestellt. Die erste Interviewanwärterin hat die Aufgabe, anhand des Fragebogens die Grundinformationen der persönlichen Geschichte des Herrn K. zu sammeln. Darauf aufbauend führen die folgenden jeweils für fünf Minuten das Interview, wobei es gilt, mit den Fragen da fortzufahren, wo die vorherige Person angekommen war. Die Fragen werden aus dem Fragebogen abgelesen: »Beschreiben Sie Ihren religiösen Hintergrund (traditionell, orthodox, nicht-praktizierend, reformiert, Chassidismus usw.).« Sogar das »usw.« wird mitgelesen. Herr K. hat schon vor vielen Schulklassen berichtet, ist also einiges gewöhnt und sagt das auch. Er erwähnt, daß er Opfer sogenannter medizinischer Versuche war, in denen mit Krankheitserregern infizierte Läuse auf ihn angesetzt wurden. Der nächste Interviewer knüpft am soeben Gehörten an: »Herr K., Sie haben es also überlebt, na klar, sonst wären Sie ja nicht hier. Aber sind Sie von den Versuchen denn krank geworden?« Herr K. scheint wirklich allerhand gewohnt zu sein. Er verzieht nur für den Bruchteil eines Augenblicks die Miene und beantwortet dann mit ruhiger Stimme die gestellte Frage. Ein anderer Überlebender, der sich ebenfalls einer solchen Kleingruppe ausgesetzt hat, sagt später, er sei nicht darauf vorbereitet gewesen, »noch einmal so hart rangenommen zu werden«.

18.000 Interviews hat Spielbergs Stiftung schon im Kasten (nach drei Tagen Schulung fällt mir dazu kein anderer Ausdruck mehr ein). Ist es erlaubt, die Leiden der Überlebenden des Holocaust nach den Regeln elektronischer Datenverarbeitung zu erfassen? Ich fahre aus Frankfurt weg, ohne den Vertrag zwischen Interviewerinnen/Interviewern und Foundation unterschrieben zu haben, und weiß doch keine endgültige Antwort. Das Projekt ist die einzige Möglichkeit, Zeugnisse so vieler Überlebender festzuhalten. Und daran zeigen diese selber, trotz einiger Zweifel, großes Interesse.

Gabi Hinderberger ist Dokumentarfilmerin (zuletzt: »Hinter Gittern. Flüchtlinge in Abschiebehaft«) und lebt in Bochum

Konkret 12/96, S. 64

René Martens

Film & Theater

Otaku

Regie: Jean-Jacques Beineix; Frankreich 1994; 168

Minuten, Arthaus-Video (eine um zwei Drittel gekürzte TV-Fassung läuft am 24.11. im WDR)

»Die Anwesenheit der Puppe macht meine Einsamkeit erträglich. Sie ist mein Gesprächspartner, in meinem Herzen lasse ich sie das antworten, was ich möchte«, sagt Yo Kawamorita, stellvertretender Direktor in einem japanischen Verlag, über seine Lieblingspuppe. Sie steht auf seinem Schreibtisch im Büro, insgesamt hat er rund 200 solcher Exemplare, zumeist angefertigt anhand von Fotos leicht bekleideter Schulmädchen. »Am liebsten mag ich Puppen, die schwache Frauen verkörpern«, ergänzt die 34jährige Führungskraft, denn die vermittelten ihm das Gefühl, daß er sie beschützen könne.

Menschen wie ihn nennt man in Japan Otakus: Eskapisten oder extreme Sammlertypen, die nur für ihre Obsession leben und sich teilweise in virtuelle Welten verabschiedet haben. Es gibt neben Puppen-Otakus u.a. Videospiel-Otakus, Monster-Otakus, Schuluniformen-Otakus und Fernsehnachrichten-Otakus. Sie werden, wie der Chef einer Firma für interaktive Spiele sagt, von dem Wunsch geleitet, »in einer kindlichen Welt mit den Fähigkeiten eines Erwachsenen« zu operieren. Der Mann muß es wissen, denn er war selber einst dem Otakismus verfallen.

Der Regisseur Jean-Jacques Beineix, bekannt geworden durch »Diva« und »Betty Blue«, hat über dieses Phänomen einen Dokumentarfilm gedreht, und zwar einen im besten Sinne. Der Franzose kommentiert nämlich nur äußerst sparsam, dafür gibt er den unterschiedlich fixierten Otakus ausgiebig Raum zur Selbstdarstellung. Beineix degradiert sie nicht zu Sensations-Objekten, weil er, erstens, begriffen hat, daß auch in einem kulturschaffenden Informationsjunkie wie ihm ein Otaku steckt, und er, zweitens, weiß, daß das Verhalten der überwiegend 18- bis 35jährigen, die für immer Kind sein wollen, eine beinahe zwangsläufige Reaktion auf die Entwicklung in der preußischsten aller Kontrollgesellschaften ist. Die japanische Ideologie und das Schulsystem seien verantwortlich für den Otakismus, klagt denn auch der Chefredakteur einer Zeitschrift. Sogar ein paar vermeintlich Gestörte sagen das, zumindest implizit. Ein Modellflugzeug-Otaku etwa, der wegen der Bastelei sein Medizinstudium abgebrochen hat, versteht seine jetzige Lebensweise als Protest gegen die herrschenden Normen.

Man muß Beineix nicht zuletzt zugute halten, daß er auch die explizit sexuellen Obsessionen, die unter Otakismus zusammengefaßt werden, auf nüchterne Art darstellt. Nicht auszudenken, was man hätte sehen müssen, wenn ein Fuzzy von RTL oder Pro 7 vor ihm entdeckt hätte, daß es in Japan Otakus gibt, die 18jährigen Mädchen für 60 Mark ihre schmutzigen Slips abkaufen.

Konkret 12/96, S. 64

Kay Sokolowsky

Film & Theater

Basquiat

Regie: Julian Schnabel; mit Jeffrey Wright, David Bowie, Dennis Hopper; USA 1996; 106 Minuten; ab 12.12. im Kino

Julian Schnabel, ein erfolgreicher New Yorker Maler, hatte einst einen Freund namens Jean-Michel Basquiat, der bis zu seinem frühen Exitus ein *noch* erfolgreicherer New Yorker Maler war, und weil er, Schnabel, sein, Basquiats, Leben für wenigstens so groß und aufregend hält wie das von »Jimi Hendrix und Charlie Parker«, hat er, also Schnabel, beschlossen, einen Film über ihn, also Basquiat, zu drehen, auf daß ihm, Schnabel, quatsch: Basquiat, ein Denkmal gesetzt werde. Das ist ein feiner Zug. Doch weil Schnabel vor lauter Pietät und posthumer Ergriffenheit jegliche Distanz zu seinem Thema und zumal zum Titelhelden abgeht, wurde aus ihm, »Basquiat«, ein Film, der nicht ganz so tief geht wie Smalltalk auf einer Vernissage.

Er habe, verkündet Schnabel, am Schicksal Basquiats »allgemeingültig das Leben eines Künstlers in dieser Zeit« zeigen wollen. Aber weil er das Leben und diese Zeit genauso wenig kennt und versteht wie sein verblichener Freund, weil die stupende Karriere Basquiats in erster Linie der Triumph einer völlig entpolitisierten, gänzlich der Mythographie des Trivialen verpflichteten Kunst gewesen ist, erfahren wir aus »Basquiat« so gut wie nichts über die Verwertungs- und kulturindustriellen Mechanismen, denen das »Genie« seinen steilen Aufstieg verdankte. »Er glühte hell, fing Feuer und verbrannte«, schwärmt Schnabel, und der neoromantische Geist dieses Satzes, dem es an nichts fehlt als an Hirn, beherrscht den Film. Die Unfähigkeit des Regisseurs, bloß zehn Zentimeter über dem Galerie-Betrieb zu stehen, dem er alles verdankt (auch die Chance, einen Spielfilm zu drehen, obwohl es bei seinem Talent nur knapp für einen MTV-Clip reichte) – die sehr ärgerliche Begeisterung Schnabels für Metaphern, die spätestens seit der Frührenaissance ausgelutscht sind (Basquiat tritt, als Kind, vor Picassos »Guernica«, und mit zährendem Auge sieht Mutter auf des Knaben Haupt eine Krone strahlen) – : Die emphatische Verklärung des Künstlers zur Lichtgestalt, die unter Troglodyten wandelt, läßt ihn, »Basquiat«, noch viel altmodischer wirken als sein heimliches Vorbild, »Agonie und Ekstase« von Carol Reed. Aber darin ging es immerhin um Michelangelo. Und nicht um einen wirren jungen Mann, der erst dann weiß, was er will, wenn er es getan hat.

Schnabel, der seinen alten Freund so gut wie möglich aussehen lassen möchte, erweist ihm laufend Bärendienste. Um den Rassismus, unter dem der Afroamerikaner Basquiat leidet, zu illustrieren, fällt Schnabel das Verheerendste ein, was ein simpler Kopf wie er sich vorstellen kann: Der Maler, arriviert und stoned, möchte in einem Feinkostladen für fünftausend Dollar Kaviar erwerben, doch seine (goldene) Kreditkarte wird abgelehnt. Dagegen sieht sein Ausflug in die Welt der Groupies (unerträglich: Courtney Love) beinahe realistisch aus.

Die zweidrei guten Szenen dieses grunddummen und lakenflachen Werks gehören David Bowie in der Rolle von Andy Warhol. So ähnlich wie Bowie dem späten Warhol hat der sich selber kaum gesehen. Wenn Schnabel seinen Film reduziert hätte auf diese ca. zehn Minuten, wäre am Ende vielleicht etwas Erträgliches herausgekommen. Ungekürzt jedoch ist die Sache einfach überflüssig.

Konkret 12/96, S. 65

Jens Hoffmann

Film & Theater

Tykho Moon

Regie: Enki Bilal; mit Johan Leysen, Julie Deply, Michel Piccoli, Richard Bohringer, Jean-Louis Trintignant; Frankreich/Deutschland 1996; 106 Minuten; ab 28.11. im Kino

Geschichten, in denen von Diktaturen erzählt werden soll, müssen stets die Fehlerhaftigkeit der Diktaturen voraussetzen, um überhaupt funktionieren zu können. Von einer perfekten Diktatur gäbe es einfach nichts mehr zu erzählen. Immer wird also im Plot ein soziales System mit irgendwie schusseligen Herrschern und irgendwie unzufriedenen Beherrschten entworfen. Die Idee von Gerechtigkeit und Freiheit bleibt als Hoffnung oder Drohung präsent. In Bilals »Tykho Moon« sind es so altmodische Dinge wie Flugblätter, Bücher und Attentate, die den obendrein gesundheitlich angekratzten Herrscher Mac Bee (Piccoli) zum Schäumen und Alpträumen bringen. Sie erinnern den Herrscher – nicht die Bevölkerung – daran, daß es in seinem Reich einmal eine Opposition gab und daß Nervenzellen in ihm sind, die von einem Oppositionellen stammen. Er ließ sie sich auf Rat seines Leibarztes (Trintignant) einpflanzen. Mac Bee will selbstverständlich ewig herrschen. Von einer geteilten Ewigkeit will er nichts wissen. In seiner gläsernen Überlebensmaschine ist nur ein Liegeplatz.

Der Mann, der Mac Beeals Zellenspender diente (Leysen),kann oder will sich an seine Vergangenheit nicht erinnern. Der am Himmel schwebende Raubvogel, der von Zeit zu Zeit in seinem Kopf auftaucht, bereitet ihm Schmerzen. Als er bemerkt, daß der Sicherheitsdienst nach ihm fahndet, verläßt er seine Katakombe ruhig und leidenschaftslos. Sein liebstes (einziges?) Videoband nimmt er mit.

Das Schöne an »Tykho Moon« ist, daß die Geschichte nicht auf den üblichen Entscheidungskampf um die politische Herrschaft zustolpert. Die Mac Bees werden zwar allesamt mehr oder weniger schallgedämpft erledigt, aber dort, wo Herrschaft war, bleibt am Ende eine Leerstelle, die weder mit frischer Herrschaft zuzementiert noch mit der sonst unvermeidlichen Erlösungssoße »Liebe« ausgegossen wird. Es kann jetzt irgend etwas wachsen, und es muß glücklicherweise nicht mehr gehofft werden. Ein unbestimmtes, freundliches Ende.

Der Film dürfte übrigens auch für Fans der Berliner Mauer interessant sein.

Konkret 12/96, S. 65

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

Die 120 Tage von Bottrop

Regie, Buch, Kamera: Christoph Schlingensief; Experimentalkamera: Kurt Kren; Kost me: Tabea Braun; Maske: Heide Haas, Babette Br sicke; Ausstattung: Petra Korink; Bericht von den Dreharbeiten

Dann wurde es der freundlichen Pressechefin von Sony doch zuviel. Wir hatten in der Baugrube am Potsdamer Platz die Helme mit SODOM beklebt – neben dem japanischen Firmennamen. Also nein, so geht es nicht, eins oder das andere! SODOM blieb und damit wieder ein Anschlußfehler. Aber eben das war das System; wenn alles Gegenwart wird, sind die übrigen Zeiten besiegt und Fehlanschlüsse keine Fehler mehr. Alexander Kluge (»Der Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit«) hat die Bilderpräsenz Schlingensiefs längst abgesegnet (im TV-Kulturfenster), denn die Medienrealität versetzt zwanglos Bottrop, Pasolini und Sönke Buckmann ins Herz des neuen Deutschlands. Ja, richtig, Sönke Buckmann heißt der Fassbinder des neuen deutschen Films, auch Steven Hawkins genannt, genial gespielt von Ralph Hütter, dem stark Behinderten. Er sitzt, jetzt außermedienreal, fast ganz gelähmt im Rollstuhl, und wenn ich helfe, ihn umzusetzen, fällt der Kopf unangenehm nach hinten und bleibt so, bis der Zivi kommt. Aber die Computerstimme ist auch in der Rücklage einfach klasse.

Jubelnd springt Sophie Rois in der Kastanienallee, Beine und Arme in alle Richtungen schmeißend, auf das Genie zu und beküßt und begrabbelt es so intensiv, daß die Bauarbeiter, die grade dabei sind, vor dem Prater die neuen Straßenbahnschienen einzubetonieren, freiwillig innehalten. Endlich kann der Tonmann (Andreas Köppen) verständliche Worte aufnehmen (»Ciao, bambino«). Leider aber wird Sophie Rois, die Großartige, am Abend, in Dunkelheit und Regen, von Regisseur Schlingensief des Sets verwiesen (weg von der trockenen und beleuchteten Einfahrt zum Prater-Theater!) und, was schlimmer ist, mit ihr die Intendanten Leander Haußmann und Frank Castorf, die grade eine Art Blues-Brother-Szene hatten. Schuld hatte ich irgendwie, denn Schlingensief, echt deprimiert und frustriert (Geld alle! Fördergelder nicht bewilligt!) hatte mir grade eröffnet, die Dreharbeiten nach dieser Szene abbrechen zu wollen, und ich hatte ihm vorgefaselt: »Na super, ein Fehler! Störung! Sofort kreativ nutzen! Tritt selbst vor die Kamera, setz es produktiv um, blabla...« Also trat Schlingensief in die Szene, ließ die Kamera weiter laufen und verkündete das Ende: »Verlassen Sie den Set! Es ist aus!« Das Rois-Gesicht zerfiel, und Castorf muckte auf: »Das Hausrecht habe ich!«, aber als es dann doch weiterging, war er weg. Scheiße also, diese gutgemeinten Ratschläge. Aber ich bekam s zurück.

Jetzt war ich im Bild, im Jogginganzug, die Kettensäge in der Hand. Margret Carstensen machte ihre Real-life-Plattenbau-Reportage (»voll asozial, der reinste Action-Hammer hier«), und dann mußte ich im Kettensägenoutfit und blutverschmiert meine Belehrungen wiederholen. Adressat war der Film-Fassbinder, der aus Schlingensiefs Volksbühnen-Inszenierungen bestens bekannte Hitler-Darsteller sowie psychisch Behinderte Mario Garzaner aus Graz. Am nächsten Tag bekam ich überdies in der Kritiker-Rolle von Martin Wuttke was auf die Nase. Mitten auf dem Potsdamer Platz. Das Blut ist abgewischt, der Rest getrocknet, und hoffentlich bleibt der Take im Film. Beweismaterial! – Wuttke himself spielt den Schlingensief, weil letzterer nur notfalls (s.o.) die Kamera verläßt.

Die Rollen flottieren. Bernhard Schütz spielt vor. Irm Herrmann ist auch Zeitzeugin. Volker Spengler legt die Hermann-Göring-Uniform (»Der Unhold«) an, Herbert Frisch zeigt Dessous, und Brigitte Kausch pendelt von Hanna Schygulla zu den Faschistinnen, die ganz in schwarz 12 nackte Komparsen durch die Sodom-Tage führen – am Hundehalsband.

»Ich bin ein Genie«, ruft der kleinwüchsige Mario trotzig hintereinander weg. Er hat die perfekten Fassbinderklamotten an, freilich in Kindergröße. Juliane Lorenz, Chefin der Fassbinder-Stiftung, sieht mich an. Ich sie. Vor der Kamera hat sie eine echte Träne geweint. Na prima. Wir einigen uns, daß Fassbinder erfreulicherweise keine historische Figur geworden ist. Also erlauben wir uns, über Schlingensiefs Dreh zu lachen. Und das tun wir dann.

Konkret 12/96, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Wenn der Chefredakteur Helmut Markwort sein Tagebuch schreibt:

Die Leser Ismail Solmaz (jetzige Nationalität deutsch) aus Essen und Dr. M. Suha Isik (immer noch Türke) schreiben in identischer Angelegenheit. Beide fragen, warum wir und andere Publikationen häufig das Wort »türken« wählen, wenn wir eine Täuschung beschreiben wollen. Einige Beispiele aus verschiedenen Medien: »Die Fernsehszene war getürkt.« »Er zahlte mit getürkten Papieren.« »Die Eltern haben einen Türken gebaut.« Daß diese Formulierung schon seit hundert Jahren gedankenlos gebraucht wird, kann nichts daran ändern, daß sie das Nationalgefühl der Türken verletzt. Wir werden das Verb »türken« aus unserem Wortschatz streichen und statt dessen – je nach Fall – »fingieren, täuschen, fälschen« schreiben.

Kraut goes p.c. Und so dürfen die Leser der Illustrierten »Focus«, wenn die Ausländer wieder mal zu viele und zu frech und also kriminell werden, sich auf die Zeile freuen: »Täuscher raus!«

Der Abgeordnete Achim Reichert von der Statt-Partei hat gesagt, die Kritik der Opposition am Senat erinnere ihn

an Treibjagd und Hexenverfolgung.

Hexenverfolgung? Gewiß. Reicherts Haufen ist gescheitert.

Henri Nannen ist tot. Im »RTL-Nachtjournal« wirft der Nachrichtensprecher Heiner Bremer ihm ein Sträußchen Diantus urinalis (vulgo: die Pißnelke) ins Grab:

Ein heißes Herz hat aufgehört zu schlagen. Dreizehn Jahre durfte ich unter Henri Nannen arbeiten. Dreizehn Jahre konnte ich von ihm lernen. Von manchen Lektionen profitiere ich heute noch.

Vorgesetzten, die den unter ihnen Arbeitenden in jahrelangen Lektionen solche Schmierstückchen beigebracht haben, muß man vom Sterben abraten.

Wessen Stimme zur Rechtschreibreform hat gerade noch gefehlt? Diese:

Der Spaß vergeht einem, bedenkt man, was sich hinter solchem »Modernisierungstrend« verbirgt. Vor allem und zuerst der »Übermut der Ämter«: der immer noch existierende und durch keine bittere Erfahrung widerlegte Glaube, man könne alles und jedes auf dem Amtswege regulieren – selbst etwas so Lebendiges wie unsere Sprache. Dieser Köhlerglaube vergißt in seiner hochgemuten Zukunftsvision von der allmählichen Gewöhnung, daß diese von einer Entwöhnung begleitet wird – nämlich der vom gesamten Corpus der bis dato vorliegenden Literatur.

Ich glaube ja nicht, daß unsere, nämlich Günter Kunerts, Sprache etwas so Lebendiges ist, sondern, wie der existierende und durch bittere Erfahrung nicht widerlegte Köhlerglaube, ganz und gar von Pappe, wenn auch einer anderen als der Duden, der das Wort Köhlerglaube sehr schön auf ältere Erzählungen zurückführt, in denen »ein Köhler auf die Frage nach seinem Glauben eine in ihrer Einfalt sehr klare Antwort gegeben« habe. Daß er mit seiner Klage dem sprachlichen Amtsschimmel und mir Gelegenheit geboten hat, sich über seine Schreibkunst den einen oder andern Apfel abzulachen, soll den Kunert nicht grämen. Von dem gesamten Corpus der bis dato von ihm vorgelegten Literatur mich zu entwöhnen, hätte es einer Rechtschreibreform so wenig bedurft wie seines Protests.

Es gibt im Zeitungsleben Augenblicke, da fordert sogar die »Tageszeitung« ihr Jahrhundert noch einmal in die Schranken, ohne den Vorwurf der Ewiggestrigkeit bzw. des Klassenkampfdenkens zu scheuen:

Es gibt einen Begriff, der aus der Mode gekommen ist. Zu Unrecht. Er heißt Klassenjustiz.

Wie wahr! Klassenjustiz bleibt Klassenjustiz! Und wenn ihr Opfer in diesem Fall auch kein Mitglied der Arbeiterklasse ist, sondern ein Graf, Vorname Peter.

In der Zeitung, die einmal das Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war, kann man heute Leitartikel wie diesen (von Dorothee Sölle) lesen:

Der Materialismus mit seiner Grundformel »Haste was, biste was« ist tödlich, aber zugleich frißt er unsere Seele auf, indem er eine Mauer errichtet: Das Brot ist kein Sakrament mehr, die Bäckerin wird unsichtbar, das Verteilen von Brot, das

eine wunderbare Brotvermehrung mit sich bringt, wird nicht mehr erlebbar... Aber so lange ich lebe, will ich nicht aufhören zu quengeln um ein Stück Hoffnungsbrot.

Muß man Stalinist sein, um den Verlautbarungen des Politbüros, die einst an gleicher Stelle zu lesen waren, sprachlich, politisch und moralisch den Vorzug zu geben vor diesem Scheiß?

Wolf Heckmann, der populistische Kommentator der »Hamburger Morgenpost«, wird, wann immer möglich, auch gerne popolustig:

Ich betrachte Fräulein Goldie Hawn und ihre naturgegebenen Besitztümer mit Vergnügen...

Er sagt: naturgegebene Besitztümer. Er meint: Arsch und Titten. Er übt seinen Altherren-Stil. Mit Siebzig fällt der naturgegebenermaßen etwas übelriechend aus.

Der Reporter Marc Werthmann von der »Bild«-Zeitung hatte auch ein Vergnügen:

Ich war beim Dalai Lama – sein Blick traf mich im Herzen... Der Damai Lama lacht mich an. Er greift nach meiner Hand, umfaßt nur vier Finger. Aber er packt hart zu. In der gleichen Sekunde durchströmt mich ein unheimliches Gefühl. Als ginge von dieser Hand eine seltsame Energie aus. Ich sehe in seine Augen und fühle: Dieser Mann schaut tief in mich hinein. Diese geheimnisvolle Kraft – man muß kein Buddhist sein, um sie zu spüren.

»Bild«-Reporter genügt.

Dieser Mensch hat mich gefangen. Meinen Kollegen in der Redaktion sage ich am nächsten Tag: »Ich überlege mir, Buddhist zu werden.« Keiner hat gelacht.

Nicht darüber, daß er Buddhist werden, und nicht einmal darüber, daß er extra zu diesem Zweck einmal »überlegen« will. Warum auch? Sie haben das alles selber schon erlebt: den Blick, der im Herzen trifft, das unheimliche Gefühl, wenn er einen hart anpackt, die geheimnisvolle Kraft, wenn er tief in einen hineinschaut, der Verleger. Da ist schon mancher Christ geworden oder Alkoholiker. Oder arbeitslos. Warum also nicht Buddhist?

Den Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, der demgemäß Engelhardt heißt, trennt von der Wahrheit nichts als ein Kalauer:

Die Kirche kämpft nicht um Privilegien, sondern sie streitet gegen die Verödung der Gesellschaft.

Aber den könnt ihr euch auch selber machen.

28. Oktober, Schlagzeile auf 68 Quadratzentimetern:

Pizza-Bote erschossen – es war der Bruder

Der Text setzt die Unschuldsvermutung konsequent fort:

Zwei Schüsse peitschen. Sie treffen ihn aus nächster Nähe in den Kopf. Er ist sofort tot. Schnell klärt sich das Motiv: Machtkampf innerhalb der Familie. Der jüngere Bruder Carlo (34) schoß – um die Pizzeria für sich allein zu haben.

2. November, Überschrift auf 7,7 Quadratzentimetern:

Pizzabäcker-Mord: Bruder des Toten wieder frei

Darunter ein paar kurze Zeilen:

Der Mord an dem Pizzeria-Besitzer – wer schoß denn nun? Der Brudes des Toten, ursprünglich in Verdacht, wurde aus der Haft entlassen.

Wer das Verbrechen an dem Bruder begangen hat? Die »Bild«-Zeitung. Beziehungsweise die Buddhisten.

Daß da einer sich erlaubt, die Deutschen »Hitlers willige Vollstrecker« zu nennen, hat den deutschen Stabshistoriker Michael Wolffsohn sehr empört:

»Die Deutschen?« Das ist eine unzulässige Verallgemeinerung. Es gibt »die Deutschen« so wenig wie »die Juden« oder »die Eskimos«.

Es gibt dann auch keine Exportwelt- und Fußballeuropameister, denn das sollen, sagt die Zeitung, für die Wolffsohn sich aufregt, »die Deutschen« sein. Klinsmann ein Eskimo? Manche Schwierigkeiten bei der Ballannahme würde es erklären. Nur leider: Die Eskimos gibt es ja auch nicht.